



Amerika ist anders

USA, eine eigene Welt.

Alfons Flatscher

Amerika ist anders

USA eine eigene Welt.

von Alfons Flatscher



© Report Media
202 Birch Avenue
Princeton, NJ, 08542 USA
www.report.at

Inhalt

1. Die Amish, der Bischof und die Regeln	13
2. Juno und die seltsame Wettershow	16
3. Mehr Mieter, weniger Eigentümer	18
4. Keine Magier, nur Suchende	20
5. Saudi Amerika	22
6. Reden um Geld	24
7. So nah und trotzdem fern	26
8. Unis Unternehmen	28
9. Achtung: Verkehrs-Kontrolle	30
10. Acht von Zehn	33
11. Außerirdischer Amtsschimmel	35
12. Bärige Weihnachtszeit	39
13. Erdäpfel & Kraut, oder wie es neuerdings heißt: Crowd!	41
14. Die Rückkehr der Weißen	43
15. Die Russenfresser	45
16. Eigensinn mit Tradition	49
17. Eine Geschichte aus zwei Städten	51
18. Go Change the World	53

19. Der neue Jahrgang ist da!	56	41. Drohnen, Spitzen und Konsorten	107
20. Klagen, klagen, klagen...	58	42. Leben in der Simulation	110
21. Kommen und Gehen	61	43. Trump und die Wende im Windschatten	113
22. Korruption ist überall	63	44. Ganz schön krank	117
23. Princeton das Schul-Paradis	65	45. Ich starte meine eigene Pfarre...	119
24. Toderenster Spass	67	46. Schule macht Immobilien Preise	121
25. Wir Selbermacher	69	47. Was für ein Theater	123
26. Wiege der Nation...	71	48. Zeitreise per Bahn	125
27. Google, Zillow und Co.	75	49. Scherbenhaufen USA	128
28. Der Oberste Sowjet tagt	77	50. Wir lieben Schwarze - wir hassen Nigger	132
29. Fliegende Experimente	80	51. Breitbart und die Geschichte mit der Kuh	134
30. Das Geschäft mit den guten Vorsätzen	83	52. Mit Corona zur Bananenrepublik	136
31. New Yorker Luft-Geschäfte!	85	53. Cassandra unterwegs	138
32. Opiatkrise ungebremst	88	54. Trumpland oder der falsche Film	140
33. Schlaraffenland für Gründer	90	55. USA & Corona: 5 Gewinner, 5 Verlierer	142
34. Die Schöne und das Bies	92	56. Steuern nur für kleine Leute	146
35. Tod aus Verzweiflung	94	57. Methusalem aus Omaha	149
36. Der lange Marsch	96	58. Facebook & Co. weiten Zensur aus	151
37. Die Lichter und das Mehr	98	59. 1779 - 2020: RIP USA	153
38. Die Wiedergeher des Klans	100	60. Beste Feinde	155
39. Fliegen und Spielen	103	61. Die Selbstgerechten	157
40. Licht und Schatten	105	62. Wer die Ukraine liebt	159

Prolog

Jeden Tag haben wir sie im Wohnzimmer, sie beherrschen unsere Erzählungen in Wort und Bild. Deshalb kennen wir sie, die Amerikaner. Aber Achtung! Das ist nur Einbildung. In Wirklichkeit haben wir nicht die leiseste Ahnung, wer sie sind und wie sie ticken. »Es sind nicht die Dinge, von denen du keine Ahnung hast, die dich in Schwierigkeiten bringen, sondern was du mit Sicherheit zu wissen glaubst, aber nicht so ist.«

Das ist ein Zitat von Mark Twain, oder? Falsch! Der Urheber ist unbekannt, genauso wie das Wesen der Amerikaner.

Dem Japan-Reisenden etwa ist zu jedem Augenblick klar, dass er sich in einer fremden Kultur bewegt, die anders denkt, anders lebt und er weiß, dass es ein immenser Aufwand ist, sich diese andere Welt zu erschließen.

Was uns wirklich davon abhält die USA zu verstehen, ist der Irrglaube, dass wir sie schon kennen.

Auch ich bin dieser Illusion aufgefressen. Dank eines Stipendiums der Austrian-American-Educational Commission habe ich fast ein Jahr für meine Dissertation in den Washington D.C. recherchiert. Da war Ronald Reagan Präsident. Seither habe ich immer wieder meine heimliche Geliebte Amerika besucht und 2010 bin ich mit meiner Frau und meinen zwei Kindern ganz in die neue Welt übersiedelt. In Princeton, New Jersey, der berühmten Universitätsstadt haben wir uns ein Reihenhaus gekauft, die Kindern haben die Middle-School und dann die High-School besucht und schließlich ihr Studium in den USA begonnen und auch abgeschlossen. Mehr als ein Jahrzehnt in den USA haben meine Beziehung zu Amerika auf eine harte Probe gestellt.

Die Übersiedlung in das Land meiner Träume hat mir klar gemacht: Ich bin in eine Falle getappt. Ich habe eine Fernbeziehung zu Amerika geführt und

mich dabei in ein Land verliebt, das mehr in meinem Kopf als in Realität existiert.

Es ist ein wundervolles Land, es ist ein hässliches Land. Es fasziniert und es stößt ab. Es ist eine Supermacht, die allerdings dabei ist, den Glauben an sich selbst zu verlieren.

Die Nation wurde aufgebaut von denen, die aus ihrer alten Heimat vertrieben wurden. Dort hatten sie keine Freiheit, keinen Besitz, keine Rechte. In der Neuen Welt wollten sie alles anders und besser machen.

Sie flohen vor der Kartoffelpest, den Religionskriegen, den Diktatoren, den Nazis, den Kommunisten. Sie ließen den bekannten Schrecken hinter sich und begaben sich auf die Suche nach dem Neuen.

Aber die Dämonen der Vergangenheit scheinen das Land einzuholen: Religiöse Eiferer in den Kirchen, den Medien und der Politik schreien und erzeugen dabei einen Lärmpegel, der Stimmen der Vernunft unhörbar macht.

Ich frage mich: Habe ich die letzten Jahre der USA erlebt? Gibt es sie noch, die Unabhängigkeit, die Freiheitsliebe, die freie Rede, den Wettbewerb, die unbegrenzten Möglichkeiten?

Ist die Allianz der Medien, der Konzerne, der Geheimdienste, des Militärs und des permanenten Staates so dominant, dass nichts mehr bleibt.

Die folgenden Texte sind in den vergangenen zehn Jahren entstanden und sie beschreiben den Weg vom Traum USA zum Albtraum.

Es ist ein gemeinsames Projekt, das ich mit meiner Tochter Alina während der Pandemie begonnen habe. Sie hat das Buch layoutiert und auch illustriert - und gesungen während sie das getan hat - schließlich ist sie ausgebildete Opernsängerin. Vielen Dank dafür, liebe Alina.



1

Die Amish, der Bischof und die Regeln

Die Amish leben ohne Handy, Facebook und Co. Sie leben ohne Strom so wie vor 300 Jahren. Aber sie beherrschen, was im Umgang mit der Obrigkeit unentbehrlich ist: die Auslegung von Regeln.

Laptop, iPhone, Facebook und Co - die Teens sind fest verankert im Zeitalter des Internet. Wenn meine Kinder etwas ausgefressen haben, nehm ich ihnen für einen Tag, ein Wochenende, in schlimmen Fällen eine Woche ihr Handy und/oder ihren Laptop weg. Das hat die Wirkung noch nie verfehlt. Sie sind abhängig von ihrer Elektronik und das nutze ich weidlich aus, um durchzusetzen, was ich für pädagogisch wertvoll halte. Jetzt wollte ich ihnen zeigen, dass es auch anders geht, dass es eine Welt außerhalb unserer Realität gibt. Wir haben uns ins Auto gesetzt, sind drei Stunden lang ins tiefste Pennsylvania gefahren und mitten im Amish-Land gelandet, dort, wo man heute noch so lebt wie vor 300 Jahren, oder sagen wir: fast so.

Kein Strom, kein Auto, keine Elektronik, Leben in Einfachheit und Gottgefälligkeit – das wollen die Amish, deren Wurzeln ins 16. Jahrhundert des Elsaß und der Schweiz zurückreichen und die untereinander Pennsylvania- Deutsch sprechen, das sich so anhört wie eine Kreuzung aus Vorarlbergerisch und Hol-

ländisch. Doch die geplante pädagogisch wertvolle Reise entwickelte sich anders als erwartet. Denn was zeigen sollte, was einfaches Leben bedeutet, geriet zu einem Lehrstück in kreativer Regelauslegung, in dem die Obrigkeit zwar nicht ignoriert, aber doch ziemlich an der Nase herumgeführt wird. Die Amish rund um Turbotville haben einen sehr praktischen Weg gefunden, ihr Fortkommen zu sichern – und das im wahrsten Sinnes des Worte. Der Bischof, das durch Los bestimmte Oberhaupt des jeweiligen Clans, legt fest, was die Gemeindemitglieder dürfen und was nicht. Er hat absolute Macht. Wenn er vorschreibt, dass Traktoren gut sind, aber Pferdekutschen nicht, dann gilt sein Diktum. Wenn er vorschreibt, dass Hosenträger nur über Kreuz getragen werden dürfen, dann hat das Geltung. Wenn also ein neuer Bischof auf Lebenszeit per Los bestimmt wird, kann die Gemeinde nur beten, dass nicht der Dorftrottel gewinnt.

Der Amish-Bischof von Turbotville etwa hält Fahrräder für Teufelswerk, während Roller durchaus akzeptabel sind. Deshalb sieht man in der Gegend Erwachsene mit Strohhut, Leinenhemd und schwarzer Weste auf Rollern mit überdimensionalen Rädern auf den Straßen. Eigentlich verwenden sie Fahrradreifen, die sie mit einem Trittbrett und Lenkgestänge verbinden. Sie beweisen damit, dass sie die Macht des Bischofs respektieren, aber dennoch ihre individuellen Antworten finden. Das gilt auch für Autos, die in einem derart riesigen Land ohne funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz unabdingbar sind. Amish dürfen keine eigenen besitzen, aber mitfahren dürfen sie – und so hat jeder der »normalen« Bauern der Gegend eine Amish-Familie quasi adoptiert. Gute Nachbarschaft ist eben ein religiöses Grundprinzip. Es sichert die komfortable Fahrt zum nächstgelegenen Einkaufszentrum.

Der Amish-Bischof von Turbotville etwa hat auch bestimmt, dass die Bauernhöfe seiner Gemeinde nicht mit der Außenwelt verbunden sein dürfen, sprich: Telefonanschlüsse und Stromleitungen sind untersagt, weil die Netze eine körperliche Verbindung mit den anderen darstellen. Jacob, der Bauer, den wir besuchten, hat sein Telefon deshalb in einem kleinen Wetterhäuschen untergebracht, und zwar am Grundstückrand, auf öffentlichem Besitz, nicht auf dem eigenen. Sein Sohn, kaum 20, aber mit Vollbart, steht abends immer dort und ist mitteilhaft.

Jacob hat den Bischof auch beim Strom wörtlich genommen: Sein Hof hängt nicht am Netz, aber im Stall steht ein Dieselgenerator, der die Melkmaschinen und die Förderbänder betreibt. Im Wohnhaus hängen die Petroleum-

lampen. Das Gebot, einfach zu leben, wird eingehalten. Vom einfachen Arbeiten hat der Bischof offensichtlich nichts gesagt.

Auf der Heimfahrt waren meine Kinder erstaunlich gut gelaunt und ich wurde den Verdacht nicht los: Sie hatten etwas gelernt, etwas, das seit hundert Jahren unverändert gültig ist: Keine Regel ist so gut, dass sie nicht umgangen werden könnte ...

Juno und die seltsame Wettershow

Die Amis sind ein seltsames Volk, alles machen sie zur Show – selbst das Wetter. Mit unerwarteten Folgen...

New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio stellte die Stadt kurzerhand unter Quarantäne als Juno, der Wintersturm, mit gewaltigem Mediengetöse auf die Stadt zuraste. In der acht Millionen Weltmetropole kam das Leben zum Stillstand und jeder, der nicht unbedingt außer Haus musste, blieb daheim, was den Anbietern von Pornovideos im übrigen Rekordzugriffe brachte. Die Schmuttelindustrie gehörte zu den Juno-Profiteuren, die Medien hingegen erlebten eine Blamage, die zwar nicht einmalig, dafür aber offensichtlich wie selten war.

Die Nachrichtenstationen des ganzen Landes hatten sich auf den angekündigten Jahrhundert-Event eingerichtet und inszenierten a la CNN in einer Endlosschleife wie beim spurlosen Verschwinden der Malaiischen MH70. Der ehemalige Topnachrichtensender hatte ein eigenes Juno-Mobil eingerichtet, einen überdimensionierten Geländewagen, aus dem die Reporter live moderierten. An jeder Ecke waren Kamerateams positioniert, die das Spektakel einfangen sollten. Auch die Kollegen von den gedruckten Nachrichten taten ihr Bestes um die ausbrechende Hysterie zu befeuern: Die New York Post titelte in fetten

Lettern: »Closed!« Die Megametropolis war geschlossen wie ein Krämerladen. Dem Jersey Journal gelang eine Wortschöpfung: »Whiteout« - statt Blackout. Der Globe schrieb schlicht vom nationalen Notstand.

Die Fernsehsender NBC, ABC, CBS und natürlich CNN kannten nur mehr ein Thema. Aber anders als bei den politischen News-Shows, bei denen immerhin noch eine entfernte Möglichkeit besteht, dass das, worüber gerade überdimensional berichtet wird, auch mit der Wahrheit zu tun hat, machte Juno CNN & Co einen Strich durch die Rechnung. Zwischen Berichterstattung und tatsächlichem Ereignis bestand kein Zusammenhang und jeder konnte es sehen. Die angekündigten Schneemassen fielen nicht, das Chaos brach nicht aus und jeder der einen Schritt vor die Haustür setzte, konnte dies nachvollziehen. Mehrere Meter Schnee waren angekündigt, gefallen waren ein paar Zentimeter. Die News-Freaks konnten das nicht glauben, so sehr hatten sie auf die Prognosen gesetzt.

Irgendwie mussten sie den Aufwand ja rechtfertigen und taten dann so, als wäre ein Schneegefusel ein gewaltiger Sturm, was sie nachträglich zur Zielscheibe einer anderen Gruppe des Showgeschäfts machte. Die Komödianten lebten tagelang von den Peinlichkeiten, die sich die Kollegen der seriösen Zunft leisteten. Das Leben ist keine Show – auch wenn die Fernsehstationen daraus eine machen wollen. Insofern ist Juno, der Leider-Nicht- Jahrhundertsturm, ein gefundenes Fressen für alle Medienkritiker. Er hat gezeigt, dass Wirklichkeit und Möglichkeit zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Danke Juno!

Mehr Mieter, weniger Eigentümer

Nach 2009 ist nichts mehr, wie es war, aus einem Volk stolzer Hausbesitzer wird eine Nation von Mietern, und das nagt am Selbstverständnis des Mittelstands.

Der amerikanische Traum vom Eigenheim im Grünen ist ausgeträumt. Die Große Rezession seit 2009 hat tiefe Spuren im US-Immobilienmarkt hinterlassen und zu einer tektonischen Verschiebung geführt. Amerikaner werden Mieter, nicht nur die Jungen, quer durch alle Altersschichten hat sich ein jahrzehntelanger Trend umgekehrt. Nicht ganz freiwillig. Die Lesart, die Millennials hätten dem Eigentum den Rücken gekehrt und einen neuen Bezug zum Besitz entwickelt, erweist sich als trendige, aber falsche Interpretation. Die neue Welle hat weniger mit Zeitgeist als mit neuen Risikovorgaben bei den Geldinstituten zu tun.

Sie überreagieren völlig und setzen Kriterien fest, an denen selbst der ehemalige Chef der Notenbank Ben Bernanke verzweifelte. Launig erzählte er beim jährlichen Treffen der Währungshüter in Jackson Hole, dass sein Versuch, den Hypothekarkredit auf sein Einfamilienhaus zu erhöhen, kläglich gescheitert wäre. Nachdem er als FED-Chef ausgeschieden ist, verdient er sein Geld

als Freiberufler, sprich er hält Reden für Geld, um präzise zu sein: zwischen 200.000 und 400.000 USD pro Auftritt. Aber als Freiberufler fiel er in die Kategorie der unsicheren Kantonisten, und die Bank lehnte ab. Das Pendel schlägt gewaltig in die andere Richtung aus.

Die Altersgruppe zwischen 45 und 64 sorgt für die größten Zuwächse bei den Mietern. Zu dem Ergebnis kommt das Harvard Joint Center for Housing Studies (JCHS) und bestätigt, nur mehr 64,5 Prozent der Amerikaner besitzen das Haus, in dem sie wohnen. Die Banken haben die Daumenschrauben angelegt und zwingen den Mittelstand in neue Verhältnisse – und die sind alles andere als angenehm. Rund ein Viertel aller Mieter zahlt mehr als die Hälfte des Einkommens fürs Wohnen, die Hälfte aller Mieter zahlt mehr als 30 Prozent. Wohnen ist für weite Teile der Bevölkerung längst nicht mehr leistbar. Die Mietkrise trifft längst nicht mehr nur Haushalte mit niedrigstem Einkommen, sie ist in der Mittelklasse angekommen. Selbst Familien mit einem Jahreseinkommen zwischen 45.000 und 75.000 USD gelten mittlerweile als akut belastet.

Die Gewinner der Verschiebung sind die auf Mietwohnungen spezialisierten Wohnbauträger. Sie erleben einen wahren Boom und verzeichnen seit 2010 im Schnitt Wachstumsraten von rund 15 Prozent jährlich.

Rund 1,2 Millionen Wohngebäude wurden 2015 neu gebaut. Auf dem Höhepunkt der Krise waren es gerade einmal 428.000 gewesen. Der Gesamtmarkt hat sich zwar auf Vorkrisenniveau erholt, setzt sich aber völlig anders zusammen, und das soll bis Ende des Jahrzehnts so weitergehen. Die Federal Reserve Bank of Kansas City prognostiziert, dass sich die Zahl der jährlich neu gebauten Mietobjekte im Mehrfamilien-Bereich bis 2020 auf 550.000 Einheiten nahezu verdoppeln wird. Für Wohnbauträger ist das ein wahres Eldorado, für Mieter aber ein Albtraum, wie JCHS betont.

»Die Zahl der hochbelasteten Mieter ist auf Rekordniveau, der Anteil der Hauseigentümer sinkt dramatisch, und wir brauchen eine dringende Politikdebatte in den kommenden Jahren, um das Ziel sicheren, ansprechenden und leistbaren Wohnraums für alle zu erreichen«, schreiben die Experten von JCHS. Aber von einer Debatte über leistbares Wohnen fehlt jede Spur, der Mittelstand steht in den USA unter enormem Druck. Und das erklärt zum Teil, dass ein demokratischer Sozialist wie Bernie Sanders und ein narzisstischer Lügenbaron wie Donald Trump dominante Rollen in der Politik spielen.

Keine Magier, nur Suchende

Janet Yellen war in den vergangenen Jahren die mächtigste Frau der US-Wirtschaft. Die Chefin der amerikanischen Notenbank (FED) schied im Februar 2018 aus ihrem Amt und gab sich bescheiden.

Sind Notenbanker sich selbst überschätzende Scharlatane oder Magier? Haben sie die Welt vor einer wirtschaftlichen Katastrophe gerettet? Das Verdikt ist nicht endgültig gesprochen, und folgt man Janet Yellen, der scheidenden FED-Chefin und nunmehrigen Finanzministerin, dann sind sie weder noch, sondern eher Suchende, die trotz des angehäuften Wissens und des lebenslangen Lernens bestenfalls erahnen können, wie Wirtschaft wirklich funktioniert.

»Das Wichtigste ist, sich nie zu sicher zu sein und nie zu glauben, man hätte ein Monopol auf die Wahrheit«, gesteht Yellen bei einem Vortrag an der Stern School of Business an der New York University. Befragt wurde sie im bis auf den letzten Platz gefüllten Auditorium von Mervyn King, dem ehemaligen Governor der Bank of England und Wirtschaftsprofessor, der unter anderem in Harvard und an der London School of Economics unterrichtet hat. Ein Gespräch von Notenbanker zu Notenbanker sozusagen, das die bescheidene Seite Janet Yellens offenbarte. Sie hat den Weg aus dem rauen Brooklyn an die Machtbebel

der Weltwirtschaft geschafft, dabei aber nicht ihre Erdung verloren. Den Studenten empfiehlt sie, beim Durchlesen der Protokolle der FED-Sitzungen nach der Anmerkung »Gelächter« zu suchen. So werde nämlich aufgezeichnet, wenn gerade einer der Governors der Notenbank einen Witz erfolgreich zu Ende gebracht habe. Die Sitzungen der Währungswächter finden in historischem Ambiente statt und das verleihe »die Illusion, dass tatsächlich Weltbewegendes besprochen werde«, sagt Yellen. Aber mitunter sei erstaunlich trivial, was da die Kapazunder so von sich geben, obwohl sie wissen, dass alles aufgezeichnet wird und nach einer Abkühlzeit von fünf Jahren ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Yellen hat in Brown studiert und wollte eigentlich Mathematikerin werden, ehe sie erkannte, dass Wirtschaftswissenschaften zur kühlen, analytischen Methodik auch das Soziale, Menschliche kombinieren – also der Frage nachgehen, was ein gelungenes Leben in einer entwickelten Gesellschaft ausmacht. Rein rechnerisch ist das nicht zu beantworten, es bleibt ein Mysterium, das seine Faszination nie verliert. Yellen ist mit dem Wirtschaftswissenschaftler George Akerlof verheiratet und der gemeinsame Sohn ist – erraten – auch in diesem Feld tätig. »Er war dafür bestimmt«, berichtet Yellen, »weil es in unserem Haushalt ein paar nicht wirtschaftsrelevante Themen gibt, allerdings nicht viele.«

Die Leidenschaft hat sich in ihrem Fall ausgezahlt, sie war Professorin in Berkeley und Harvard, Wirtschaftsberaterin unter Clinton und dann in der Notenbank, die sie 2014 zu ihrer Chefin machte. Das Erfolgsrezept: »Hart arbeiten und immer gut vorbereitet sein.«

Besser jedenfalls als die männlichen Kollegen, denn Frauen haben in der Wissenschaft einen enormen Nachteil gegenüber ihren männlichen Kollegen: Sie sind viel schlechter in Netzwerke integriert, während ihre Kollegen nach getaner Arbeit gemeinsam auf ein Bier gehen und diskutieren.

»Frauen sind daher viel weniger oft bei gemeinsamen Arbeiten mit dabei, werden seltener Co-Autorinnen«, meint Yellen. »Dass nur rund 30 % der Wirtschaftsstudierenden Frauen sind, ist immer noch ein Armutszeugnis.« Dabei wäre die weibliche Perspektive so wichtig; sie könnte einen enormen Beitrag leisten, um die vielen Rätsel zu lösen. Das brennendste aktuell etwa: »Wie kann es sein, dass die Inflation so niedrig ist, obwohl wir fast Vollbeschäftigung haben?« Yellen hatte als sie als Notenbankchefin ausschied auch kein Problem, mit den der FED zugeschriebenen Allmachtsfantasien aufzuräumen. »Wir wissen nicht, warum das so ist«, gesteht sie. Die Hüter der Weltwirtschaft sind auch nur Suchende. Keine Magier. Wie beruhigend.

Saudi Amerika

Billige Energie hilft den Amerikanern aus der Krise und führt zu Projekten, über die ein Europäer nur staunen kann.

Die Heizsaison beginnt und Rob, der Installateur aus New Jersey, wendet sich wieder seinem Brot-und-Butter-Geschäft zu: Er wartet Gasheizungen. In den vergangenen Monaten hatte er sich ganz anderen Projekten gewidmet. »Ich habe in vielen Häusern Erdgasgeneratoren zur Stromerzeugung eingebaut. Es ist billiger, den eigenen Strom zu erzeugen, als ihn zuzukaufen«, erklärt Rob – und ich kann es nicht glauben. Kaum bin ich wieder daheim, krame ich die eigene Stromrechnung heraus. Schließlich bin ich ein alter Sparefroh und überlege mir, ob ich meine Kosten senken kann. Ich bin gelernter Österreicher und daher aufs Kostensenken fixiert, wie die neue, alte Bundesregierung. Ich rechne nach: Im Juli und August haben wir in unserem Vier-Personen-Haushalt 1345 kWh verbraucht und dafür 147,95 USD gezahlt. Das sind elf Dollar-Cent oder umgerechnet acht Euro Cent pro kWh. Gemessen an europäischen Verhältnissen ist das ein Bettel.

Die e-Control zu Wien veröffentlicht auf ihrer Webseite den Europäischen Energiepreisindex und dem entnehme ich: Auf dem alten Kontinent kostet die Kilowattstunde mindestens 20,33 Euro-Cent. Beim Strom ist mir der deutliche

Unterschied zwischen Europa und USA erst jetzt aufgefallen. Ich schau mir zu selten die Stromrechnung im Detail an, aber jetzt – Rob sei Dank – weiß ich, dass ich nicht nur an der Tankstelle Grund zur Freude habe. egal wie teuer der Treibstoff in den USA ist, das Herz des europäischen Sparefrohs lacht bei jedem Tanken.

Aber Robs Rätsel ist immer noch nicht gelöst: Strom aus Erdgas, im eigenen Generator erzeugt, soll billiger sein als zugekaufter? Das zu entschlüsseln, bringt mich rasch an kulturelle und mathematische Grenzen. Warum haben sich die Amerikaner nicht konsequent von der britischen Krone losgesagt? Der Gasverbrauch wird immer noch in »British Thermal Units« (BTU) oder kurz »therms« gemessen. »A BTU is the amount of heat required to raise one pound of water (approximately a pint) one degree Fahrenheit ... «

Ich versuche, mir das so vorzustellen: Wenn ich mir beim Iren ein Krügl bestelle, kriege ich ein Pint. Wenn ich dann noch so lange warte, bis das Guinness um ein Grad wärmer ist, dann hat die British Thermal Unit zugeschlagen. Selbstverständlich reden wir von einem Grad Fahrenheit und nicht Celsius, aber das ist eine andere Geschichte, die nur Wikipedia und ein guter Taschenrechner klären kann. Langer Rede kurzer Sinn: Im Juli und August hat unser Haushalt 38 therms an Gas verbraucht und dafür sagenhafte 20,52 USD oder 15,27 Euro gezahlt.

Rob hat mir die Augen geöffnet. Wer hier tatsächlich auf Gasgeneratoren zur Stromerzeugung umstellt, von dem kann man das Sparen lernen. Vielleicht sollte ihn die österreichische Bundesregierung als Berater beschäftigen.

Reden um Geld

Diplome werden vergeben, Studienabschlüsse gefeiert. Jetzt haben begabte Redner Hochkonjunktur und sie verdienen gutes Geld.

Im Inszenieren sind die Amis wunderbar und die Abschlussfeiern des akademischen Jahres beweisen: die Schulen wissen, was großes Kino ist und in Princeton, dem Standort der gleichnamigen Universität, einer der führenden der Welt, war es gleich ein Beinahe-Präsident, der die Bühne betrat und das tat, worin die Amerikaner ungekrönte Weltmeister sind: er redete! Was er sagte, ist so oder so ähnlich vermutlich in hunderten Abschlussreden vorgekommen. Er spann die Legende von der Einzigartigkeit Amerikas im allgemeinen und der versammelten Studenten im besonderen, die das Zeug hätten der Geschichte einen Stempel aufzudrücken und die Zeit in neue Bahnen zu lenken. Womit er nahtlos bei seinem Leitthema, dem Klimaschutz, angelangt war. Der neuen Generation obliege es, die Welt zu retten und die Zweifler und Zauderer in die Schranken zu weisen, die Wissenschaft ignorierten und mit fadenscheinigen Argumenten ihre wirtschaftlichen Interessen verteidigten.

Das Thema kennt man von ihm, damit ist er Nobelpreisträger geworden, aber hier am Campus der Universität wirkt seine Rede, die er um gutes Geld

fast überall auf dem Planeten vorgetragen hat, wie eine Einladung an die Studenten, dem Orden der Gralsritter der Planetenretter beizutreten. Aber schwere Kost allein ist selbst den hellsten aller Köpfe zu viel, und deshalb muss in den 45 Minuten, die Al Gore eingeräumt waren, ein selbstironischer Witz angebracht werden, natürlich einen über den Hauptdarsteller selbst. Frage: »Woran erkennt man Al Gore in einer Gruppe von Geheimdienst-Mitarbeitern?« Antwort: »Er ist der mit dem ernstesten Gesicht.«

Gore hat daraus ein Markenzeichen gemacht und hat damit nach dem Ausscheiden aus der Politik Millionen verdient. Pro Rede kassiert er rund 100.000 US-Dollar und muss sich auch in diesem Feld seinem ehemaligen Chef geschlagen geben. Bill Clinton verlangte das Doppelte. Seit er das Weiße Haus ausgeschrieben ist, hat er geschätzte 100 Millionen mit Reden und Schreiben gemacht.

Buchbar ist Al Gore unter anderem über die Harry Walker Agency, die seit mehr als 67 Jahren Redner vermittelt. Dort hat jeder seinen Preis. Ein Bestseller-Autor darf für seinen Auftritt im Konferenz-Zirkus rund 40.000 US-Dollar verlangen, aber: die Kunden sind anspruchsvoll und es ist nicht leicht, sich einen Platz am lukrativen Rednerpult zu sichern. Nick Morgan vom Forbes-Magazin hat einen kleinen Ratgeber für Bezahl-Redner zusammengestellt und ganz oben auf der Liste steht: Sei nicht zu billig! Wer weniger als 10.000 Dollar verlangt, der ist für Walkers Agentur uninteressant. Sie verdient nichts am Billigredner und außerdem: Die Konferenzveranstalter fühlen sich unterfordert, weil hohe Preise mit hoher Qualität gleichgesetzt werden. Reden-Halten ist wie Spitzensport. Die wirklich Guten verdienen sich goldene Nasen.

So nah und trotzdem fern

Als Grenzgänger zwischen Europa und den USA lebe ich nun schon seit mehr als zehn Jahren den permanenten Perspektivenwechsel und zunehmend fällt es mir schwer, den Interpreten der jeweils anderen Seite zu geben.

Die Amerikaner wollen von einem Europäer wissen, was sich am alten Kontinent tut und sie geben offen zu, dass sie selbst nicht einen blassen Schimmer haben, wie die Welt jenseits des Atlantik so tickt. Manchmal habe ich den Verdacht, es interessiert sie auch nicht wirklich, weil sich in ihnen das Konzept des musealen Europas gefestigt hat: Europa ist der Flecken Erde, den man bereist, wenn man sich anschauen will, woher man kommt. Es ist die Vergangenheit. In einem Land, das manisch besessen ist von der gestaltbaren Zukunft, ist die Strahlkraft des Historischen begrenzt.

Die Europäer hingegen kennen die USA, behaupten sie zumindest. Schließlich sind sie mit US-Filmen und Fernsehserien aufgewachsen. Diese vermeintliche Nähe gibt ihnen auch das Recht zu kritisieren und das tun sie mit Leidenschaft. Sie haben uns die Wirtschaftskrise eingebrockt, die Amis, sie führen permanent Krieg und außerdem sind sie ignorant und können Austria und

Australia nicht auseinander halten, sagen ausgerechnet jene, die mit Sicherheit Kentucky nicht auf der Landkarte ausmachen könnten.

Wenn ich mir in einem Gespräch mit einem Österreicher das Leben leicht machen will, rede ich über den Militarismus, die fehlende soziale Absicherung, das marode Gesundheitssystem der USA und ernte wohlwollendes Nicken. Der Versuch die Faszination des Landes, das immer noch unbegrenzte Möglichkeiten hat, zu beschreiben hingegen, erfährt zwangsläufig eine Entgegnung: »Ja, aber...«

Dabei weiß ich nicht, mit wem die Unterhaltung schwieriger ist: mit jenen, die sich für die Fakten nicht (mehr) interessieren, weil sie ihren Blick längst Richtung Asien gewendet haben, oder mit denen, die vorgeben sich auszukennen und in Wahrheit bestenfalls an der Oberfläche schwimmen.

»Seit Bush bin ich nicht mehr in die USA gereist«, sagt mir jetzt ein IT-Techniker bei einer Party in der Wiener Innenstadt.

»Die amerikanische Politik ist eine Katastrophe.« Ich ahne, was er meint, aber bin mir sicher, dass er nicht die leiseste Ahnung hat, was unter amerikanischer Politik eigentlich zu verstehen ist. Denn was aus Washington kommt, macht in Wirklichkeit nur einen kleinen, wenn auch sehr sichtbaren Teil des amerikanischen politischen Systems aus. Politik findet dort auf lokaler Ebene statt. Die Kommunen organisieren sich selbst, wählen ihre Richter, ihre Strafverfolger, ihren Sheriff. Sie wählen die Leiter ihrer Schulen und entscheiden über Fragen, wie sie zusammenleben wollen direkt in lokalen Volksabstimmungen. Demokratie ist dort ein lokales Fest, das jährlich am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November gefeiert wird. Von einem Election Day, wie ihn die Amerikaner zelebrieren, können Europäer nur träumen. Aber ich sehe schon, das geht wieder viel zu weit und ich fange gleich einen Konter ein, ehrlich gesagt, höre ich ihn schon: »Ja, aber müssen die überall als Weltpolizist auftreten wegen des Öls...«

Unis unternehmen

Wissenschaft und Wirtschaft gehen Hand in Hand. An der amerikanischen Elite-Universität Princeton legt man jetzt noch einen Zahn zu: Unternehmertum soll die Klammer werden, die alles verbindet.

An der Uni Wien hat vor ein paar Jahrzehnten ein Angebot von IBM an einem kleinen Institut für einen wahren Studentenaufstand gesorgt. Der amerikanische Konzern wollte dem Institut Computer als Dauerleihgabe zur Verfügung stellen – und die Entrüstung war groß. Ein Anschlag auf die Freiheit der Wissenschaft wurde geortet und mit wahrer rhetorischer Akrobatik zogen die Militanten ins Feld.

Ganz so verpöft geht es heute nicht mehr zu, trotzdem erlebe ich immer wieder Naserümpfen, wenn ich berichte, wie eng Universitäten in den USA mit Unternehmen zusammenarbeiten, mit neuen und alteingesessenen. Die Hochschulwelt in den USA ist eine wahre Brutstätte für Startups und die Elite-Universität Princeton will es jetzt noch einmal ein Stück weitertreiben.

Entrepreneurship – Unternehmertum – soll die Klammer werden, die alle Fakultäten verbindet. Sozialwissenschaftler und Ingenieure sollen gemeinsam

agieren und sie sollen Unternehmersein nicht als Beruf, sondern als Geisteshaltung verstehen. Bei Startups, in jungen Unternehmen, aber auch in Konzernen und in Regierungen soll dieses »Mindset« für neuen Schub, für Bewegung sorgen, und zwar dauerhaft.

Das Ziel ist dabei nicht, die Uniabgänger reich zu machen – das ist bestenfalls ein erwünschter Nebeneffekt. Der Menschheit durch Innovation dienen, das ist die Ansage. Provost David S. Lee erklärt dazu: »Für uns heißt Unternehmertum, Veränderung riskieren und Werte schaffen.«

Darin hat man eine Riesentradition, will aber trotzdem jetzt das Profil schärfen. Die Kommunikation unter den Studenten und mit den vielen sehr erfolgreichen Absolventen soll ausgebaut werden. Google-Chef Eric Schmidt, HP-CEO Meg Whitman, Kultregisseur Ethan Coen und Amazon-Gründer Jeff Bezos haben in Princeton studiert und der Welt ihren Stempel aufgedrückt.

Sie sollen in das Ökosystem der Alma Mater noch enger eingebunden werden, um genau jenes Biotop zu schaffen, in dem Außergewöhnliches gedeihen kann. Denn: »Unsere Kernaufgabe ist es, Kreativität zu entfalten und den Charakter der Studenten zu entwickeln, den sie brauchen, um Risiko zu übernehmen, ihrer Leidenschaft zu folgen und unvermeidliche Rückschläge zu überwinden. Denn Fehlschläge sind notwendiger Teil jeder unternehmerischen Aktivität.«

Das klingt nach salbungsvollen, guten Vorsätzen, ist aber längst Teil der universitären Kultur in Princeton – einem Boden, auf dem viel entsteht und der immer wieder Überraschungen hervorbringt, weil nichts dem Zufall überlassen wird, schon gar nicht die Kreativität.

Achtung: Verkehrskontrolle

Amerika-Urlauber sollten vorsichtig sein: Verkehrskontrollen sind kein Spaß und jede abrupte Bewegung ist lebensgefährlich ...

Die Sirene ertönt, das Blaulicht geht an. Der Polizist hat einen Verkehrssünder erappt, folgt ihm mit Getöse, bis der Autofahrer sein Fahrzeug am rechten Straßenrand anhält und der Inspektor seine Anweisungen gibt. »Bleiben Sie in Ihrem Auto sitzen, Hände am Lenkrad«, sagt er über Lautsprecher durch. Der Polizist nähert sich von hinten dem Fahrzeug, die Hand an der Dienstpistole. Verkehrskontrollen sind lebensgefährlich. Das lernt in den USA jeder Fahrschüler. Jede unkontrollierte Bewegung kann tödlich sein. Die Nervosität der Polizisten hat ihren Grund:

164 »Police-Officers« sterben jährlich im Dienst, viele davon bei Schusswechseln. Der Ordnungshüter, bewaffnet mit einer Glock, rechnet damit, dass der Fahrer plötzlich eine Waffe zieht. Das lernt er in der Ausbildung.

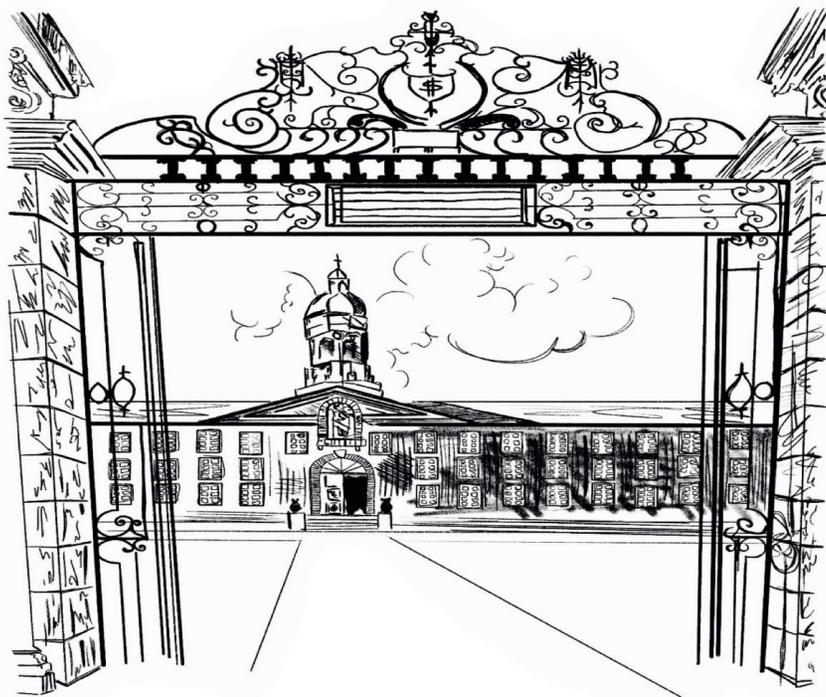
Jeder Lenker sollte wissen, dass er seine Hände nur bewegen darf, wenn er vorher dem Polizisten gesagt hat, was er zu tun gedenkt. Der Beamte ist nervös, der Lenker auch. Jetzt geht's darum, Vertrauen aufzubauen: langsame Bewegun-

gen, sichtbare Hände! Einfach im Handschuhfach nach Papieren zu suchen geht nicht in einem Land, in dem es mehr Schusswaffen gibt als Einwohner. Fahrzeugkontrollen sind todernte Angelegenheiten und sie enden immer wieder mit angelegten Handschellen und einer Freifahrt zum Revier. Alkoholisierung gilt als Schwerverbrechen, aber auch Alkohol offen auf dem Rücksitz deponiert zu haben, reicht für eine Festnahme.

Neulich wurde ein Passant im Zentrum Princetons verhaftet, weil er auf der Straße offen aus einer Bierflasche getrunken hatte. Das berichtet Town Topics, die Lokalzeitung.

Bei 0,8 Promille liegt die Grenze, ab der einem Haftstrafen drohen. Schon beim ersten Vergehen kann der Richter den Alkolenker für einen Monat einsperren, beim zweiten Vergehen muss er in den Häfen – bis zu drei Monate lang. Kein Wunder, dass rund 2,3 Millionen Amerikaner jährlich hinter schwedischen Gardinen landen. Wenn Alkohol im Spiel ist, verlieren die Amis ihren Humor. Wer's hingegen nur zu eilig hat, kann mit Milde rechnen, vor allem in Princeton. Der lokale Richter hat ein Herz für Schnellfahrer.

Verkehrsdelikte werden am Municipal Court verhandelt, von einem Richter, der vom Bürgermeister für drei Jahre eingesetzt wird. Ein Rechtsanwalt mit sechs Jahren Praxis kann das Amt ausüben, nebenberuflich, versteht sich, damit er den Bezug zum wirklichen Leben nicht verliert. Und im wirklichen Leben hat man es hin und wieder eilig. Der Richter in Princeton versteht das und drückt beide Augen zu. Auf den Strafmandaten, die lokalen Polizisten verteilen, ist neben dem Strafbetrag gleich der Gerichtstermin eingetragen. Wer nicht zahlen will, erscheint zur mündlichen Verhandlung beim Stadtrichter- und die Einheimischen schwören: »Unser Richter hat ein großes Herz für Autofahrer.«



10

Acht von Zehn

Acht der zehn besten Universitäten der Welt sind in den USA. Jetzt bauen die Amerikaner ihren Vorsprung weiter aus. Ein Grund dafür: Die US-Elite-Unis sind finanzielle Powerhäuser, mit einer aggressiven Strategie der Geldvermehrung.

Das Shanghai Ranking ist so etwas wie die Pisa-Studie auf Ebene der Universitäten. Es gilt als die seriöseste Bewertung der Leistungsfähigkeit der globalen Wissensinstitute. 2018 führte Harvard die Liste vor Stanford an. An dritter Stelle liegt die britische University of Cambridge, dann das MIT, die University of California, Berkeley, Princeton, Oxford, Columbia, das ,California Institute of Technology und schließlich an zehnter Stelle die University of Chicago.

Die ETH Zürich liegt auf Platz 19, als beste Uni des europäischen Kontinents. Die Rangordnung ist seit einem Jahrzehnt stabil, selbst die Wirtschaftskrise änderte daran nichts, im Gegenteil. Die Top-Unis bauen ihren Vorsprung weiter aus. Einer der Gründe dafür: Sie sitzen auf einem enormen Stiftungsvermögen, das sie mit aggressiven Strategien vermehren. Sie sind extrem erfolgreiche Geldhäuser mit angeschlossenem Uni-Betrieb.

Harvard etwa besitzt 39,2 Milliarden US-Dollar und erwirtschaftete 2018 einen Ertrag aus Aktien, Hedgefonds und Immobilienbesitz von 10 % – und war

unzufrieden damit, weil andere deutlich besser investierten. Stanford schlug den unmittelbaren Konkurrenten und lukrierte drei Milliarden aus Finanzgeschäften, eine Rendite von 11,3 %. Das kalifornische Spitzeninstitut verzeichnet ein Vermögen von 26,5 Milliarden US-Dollar in seinen Büchern.»Die Stanford Stiftung hat als Ziel, dauerhaft die Universität finanziell zu stützen«, erklärt der Schatzmeister – und findet sich damit im Einklang mit seinen US-Kollegen, die im Mittel 5,5 % annualisierte Erträge in den vergangenen zehn Jahren erzielten.

Die erfolgreichsten Geldvermehrter sitzen allerdings in Princeton. 14,2 % Rendite schaffte die dortige Uni 2018 und auch die Bilanz seit 2008 kann sich sehen lassen. In den vergangenen zehn Jahren hat Princeton eine beeindruckende Aufholjagd hingelegt. 2009 lag das Stiftungsvermögen noch bei 12,6 Milliarden US-Dollar. 2018 waren es 25,9 Milliarden, ein Zuwachs von 120 %. Verantwortlich dafür ist PRINCO, die Uni-eigene Investmentfirma, die das Ziel ausgibt: mehr als 10 % Rendite pro Jahr!

»Die Finanztheorie und die Erfahrung zeigen, das geht nur mit einer aggressiven, auf Aktien basierenden Strategie«, heißt es im Strategiepapier, das einer einfachen Logik folgt: Je besser investiert wird, umso mehr steht für den Lehr- und Wissenschaftsbetrieb zu Verfügung. Princeton verwendet nämlich zwischen 4 und 6 % des Vermögens, um den laufenden Betrieb zu stützen. Wächst das Vermögen, wird auch der ohnehin schon üppige Spielraum größer.

1,3 Milliarden des 2-Milliarden-Dollar-Budgets der Universität kommen aus den Finanzinvestments. Die Studiengebühren dagegen spielen eine untergeordnete Rolle. Sie tragen nur rund fünf Prozent – 108 Millionen USD – zum Budget bei.

Rund zwei Drittel der 8.273 Studenten zahlen überhaupt nichts für die Ausbildung, ein Drittel zahlt die vollen Gebühren. Nicht weil die Universität auf das Geld angewiesen wäre, aber: Die Eltern können es sich leisten, sie sind wohlhabend, deshalb zahlen sie, auch wenn es im Budget eigentlich keine Rolle spielt.

11

Außerirdischer Amtsschimmel

Außerirdischer Amtsschimmel: Wer über den heimischen Bürokratienschwungel lästert, ist noch nie in die Verlegenheit gekommen, in den USA ein Auto anzumelden. Ein Erlebnisbericht.

Grovers Mill in West Windsor ist ein historischer Ort und die Nachricht von den Ereignissen, die dort angeblich niemals stattfanden, versetzte die ganze Welt in Angst und Schrecken. Außerirdische seien hier gelandet, verlautbarte ein Radiosender und eine Massenhysterie war die Folge. Dann wurde behauptet, es wäre nur ein von Orson Welles produziertes Hörspiel mit dem Titel »Der Krieg der Welten« und keine Nachrichtensendung gewesen. Heute steht in Grovers Mill gleich beim Van Nest Park ein Denkmal, das an jene Radiosendung erinnert. Gleich in der Nähe befindet sich die MVA, die Motorvehicle Authority, und wer dort je zu tun hatte, dem kommen Zweifel: Vielleicht ist es doch wahr, vielleicht sind doch Wesen von einem anderen Stern hier gelandet und beginnen im Gewand der gnadenlosen Bürokraten Herrschaft über das Land zu gewinnen. Wer in dieser Gegend einen Führerschein will und ein Auto anmelden muss, kommt an der MVA in Grovers Mill nicht vorbei. Jeder braucht in den USA einen Führerschein und jeder braucht ein Auto, es ist das Fortbewegungsmittel, ohne das dort keine Existenz möglich ist. Also ist die MVA eine Behörde

mit einer ungeheuren Macht, sie entscheidet über Sein oder Nicht-Sein.

Ich hatte eine Gnadenfrist, drei Monate konnte ich mich mit meinem österreichischen Führerschein und mit meinem aus Österreich mitgebrachten Auto fortbewegen, aber die Stunde der Wahrheit kam, und ich machte mich auf zur MVA nach Grovers Mill, ein erstes Mal, und scheiterte. Ich hatte meinen Pass mit meinem Journalistenvisum dabei, den Kaufvertrag für mein Häuschen, die Bankkarte für das frisch eröffnete Konto, aber dem strengen Beamten war das nicht genug.

Um die 6-Punkte- Identitätsprüfung zu bestehen, fehle mir die Sozialversicherungsnummer, erklärte er und sah dabei streng über den Rand seiner ganz auf der Nasenspitze sitzenden Brille. Ich versuchte dem Beamten zu erklären, ich sei Journalist, beziehe mein Einkommen aus Europa und brauche daher gar keine US-Sozialversicherungsnummer.

Chancenlos! Ich müsse nach Trenton, die Hauptstadt New Jerseys, zur Sozialversicherungsbehörde eine Nummer beantragen. »Aber mit einem Journalistenvisum krieg ich die nie im Leben«, bettelte ich um Verständnis. »Dann bringen Sie uns das Ablehnungsschreiben. Wir brauchen es amtlich.« Diskutieren war sinnlos, also machte ich mich auf nach Trenton, stellte einen Antrag, von dem ich wusste, dass er abgelehnt werden würde, und eine Woche später war ich wieder in Grovers Mill, mit einem amtlichen Wisch in Händen, der mir bestätigte, legal sozialversicherungsnummerlos zu sein.

Diesmal wachte eine andere Beamtin über den Einlass. Sie sah aus, als gehörte sie der ersten Generation der aus dem Raumschiff von Orson Welles entstiegenen Aliens an. Sie kontrollierte meinen Pass, sie kontrollierte meine Bankkarte, sie kontrollierte den Kaufvertrag meines Hauses, sie kontrollierte das Ablehnungsschreiben der Sozialversicherung - und dann rief sie die Vorgesetzte, die ihre Enkelin hätte sein können. Die kontrollierte alles noch einmal und befand, mir fehle immer noch ein Punkt auf die sechs notwendigen Punkte beim Identitätscheck.

Meine Wohnadresse könne ich nicht nachweisen. Völlig eingeschüchtert von so viel Autorität wandte ich ein, dass ich doch den Kaufvertrag für das Haus, in dem ich wohnte, dabei hätte. »Ja, aber Sie könnten das Haus ja gekauft haben, ohne dort zu wohnen.«

Sie hatte recht, zweifelsfrei, aber bitte, wie bestätigt man in einem Land, in dem es kein Meldewesen gibt, seine Wohnadresse? »Bringen Sie mir eine Rechnung, die Sie an dieser Adresse empfangen haben.« Aber ich hätte Gas-,

Strom und Wasser erst angemeldet und ich wisse nicht, wann ich dort die ersten Rechnungen erhielt. »Ein einfacher Brief genügt auch«, zeigte sie Milde und als ich immer noch nicht verstand, setzte sie nach: »Schreiben Sie sich halt selber einen Brief an diese Adresse.«

American Water, der Wasserversorger der Gegend, rettete mich vor der Peinlichkeit, mir selbst einen Brief schreiben zu müssen. Im dritten Anlauf schaffte ich die Identitätsprüfung, der Cerberus ließ mich durch, bis zur Anmeldung hatte ich es geschafft, und nun ging alles ganz schnell. Ein Foto wurde gemacht, 70 Dollar bezahlt, und ich erhielt einen Berechtigungsschein. »Damit gehen Sie raus, nächste Tür links ins Testzentrum.«

Ein leicht triumphierendes Gefühl machte sich breit, ich stellte mich im Testzentrum an, präsentierte siegesgewiss meinen Schein und war in der Erwartung, dass jetzt mein österreichischer Führerschein umgeschrieben werden würde. Aber der Außerirdische hinter dem Schalter meinte nur: »Computer zwei ist frei, nehmen Sie Platz für den Test.«

»Welcher Test?!«, fragte ich, »ich habe auf Ihrer Website gelesen, dass europäische Führerscheine anerkannt sind und nur umgeschrieben werden müssen.«

»Auf unserer Webseite steht so viel Unsinn.« Am Test führe kein Weg vorbei. Ganz unvorbereitet war mir das doch zu viel. Ob es denn Lernunterlagen gebe, die ich mir kurz anschauen könne, fragte ich. »Ja, gleich da hinten sind die Lehrbücher, aber die sind alle auf Spanisch.«

Ganz schön einfallsreich, diese Außerirdischen ...



12

Bärische Weihnachtszeit

Kein Weihnachtsfriede für Gevatter Bär: Die Jagdsaison ist eröffnet und allein in New Jersey stehen hunderte Schwarzbären zum Abschuss.

Das Telefon läutet. Die Direktion der Princeton High School ist am Apparat, oder besser: der automatische Tonbanddienst. »Bitte holen Sie heute Ihre Kinder direkt vor der Schule ab«, sagt die freundliche Stimme, »und lassen Sie auf keinen Fall zu, dass einer der Schüler sich zu Fuß vom Schulgebäude entfernt. Es wurden Bären in der Stadt gesichtet.«

Die Schwarzbären, *Ursus Americanus*, sind in New Jersey unterwegs. Sie haben sich prächtig vermehrt: Allein im vergangenen Jahr wurden 3.000 Mensch-Bär-Begegnungen gezählt. 46 davon waren von der besonders unangenehmen Art, weil es sich die Zottelviecher direkt in der Küche beim Külschrank gemütlich gemacht hatten und dort die nichts ahnenden Bewohner überraschten, die hoffentlich die Warnungen der Wildtierbehörde internalisiert hatten: »Nicht schreien, keine überhasteten Bewegungen und nicht davonlaufen«, das empfehlen die Bärenexperten des Bundesstaates.

Die Schwarzbären sind richtig gute Sprinter und klettern können sie außerdem. Der wichtigste Tipp: »Öffnen Sie alle Türen und machen Sie einen

Fluchtweg für die Bären frei.« Wirklich ernst wird es, wenn der Bär zu gähnen beginnt, das heißt nämlich nicht, dass er sich langweilt, sondern: »Stopp, Sie sind zu nahe!«

Einmal im Jahr werden die Schwarzbären für eine Woche lang zum massenhaften Abschuss freigegeben. Heuer war es ab 9. Dezember so weit. Rund 7.000 Jäger haben sich eine Bewilligung geholt und durchkämmen rund 1.600 Quadratkilometer im Norden New Jerseys nach den dort lebenden rund 2.800 Bären. Jeder vierundzwanzigste Bär bleibt dabei auf der Strecke. »Unser Ziel ist es, die Schwarzbärenpopulation auf eine nachhaltige Größe zu reduzieren und die öffentliche Sicherheit zu erhöhen«, schreibt der verantwortliche Beamte Bob Martin und er rechnet damit, dass auch heuer wieder rund 287 Bären erlegt werden, wie schon im vergangenen Jahr. Zwei Dollar und fünfzig Cent kostet die Abschusserlaubnis und das Kontingent ist schon Wochen vorher ausverkauft. Ob tatsächlich Bär statt Karpfen und Weihnachtsgans am Heiligen Abend serviert wird, ist ungeklärt, aber die Behörden in Trenton geben sich alle Mühe, die Jagdgesellschaft auf den Geschmack zu bringen. Sie haben eine Sammlung von Kochrezepten veröffentlicht. Die 29-Seiten-Broschüre beginnt mit der nützlichen Anleitung zum Zerlegen des Tiers, gefolgt vom Hinweis, dass das möglicherweise von Trichinen verseuchte Fleisch bei 190 Grad eine Stunde pro Kilogramm im Rohr bleiben soll. Bärensteak und Bier, Bärennieren in brauner Zuckerkruste, Bären-Koteletts und Bäreneintopf finden sich genauso auf der Rezeptliste wie der unvermeidliche Bären-Burger.

»Das sind Mörder«, befindet Angie Metler, die Sprecherin einer Bärenschutzgruppe, die die Jagd per Gerichtsbeschluss verbieten lassen wollte und damit kläglich gescheitert war.

Die Jagd auch auf Bären ist des Amerikaners Recht, genauso wie der Waffenbesitz. Beary Christmas!

13

Erdäpfel und Kraut, oder wie es neuerdings heißt: Crowd!

50.000 Dollar für einen Erdäpfelsalat. Crowdfunding beflügelt

Phantasie...

»Stell dir vor«, so beginnt mein Sohn seinen Satz, und ich weiß, jetzt kommt eine Geschichte aus dem Kuriositätenkabinett des Internets. Er hätte auch sagen können, »Sachen gibts, die gibts nicht« und weil ich mich rechtzeitig entschieden habe, Vater zu werden, bin ich heute angeschlossen an diesen endlosen Strom von Internet-Grenzerfahrungen.

»Da macht einer Erdäpfelsalat und lässt sich das über Kickstarter finanzieren. Er hat schon 50.000 Dollar beisammen. Aber das Projekt läuft noch bis 2. August.« Zack Danger aus Columbus, Ohio, ist auf die glorreiche Idee gekommen und seine vage Ansage: »Ich mache Erdäpfelsalat. Ich weiß noch nicht genau welchen«, hat tatsächlich eine Welle der Begeisterung ausgelöst und er wird vermutlich ins Guinness Buch der Rekorde eingehen. So viel hat noch keiner für einen banalen Salat kassiert. 10 Dollar wollte er eigentlich haben. Um 35 Dol-

lar hätte er vier Portionen angerichtet und für 75 Dollar wollte er sich in die Gefilde des Pizzabackens vorwagen. 6218 Unterstützer haben sich den Spaß etwas kosten lassen, wobei ich gestehen muss, ich beneide Zack und ich denke daran, was ich aus all meinen Talenten hätte machen können. Ich bin zum Beispiel ein durchaus talentierter Pizzabäcker. Das sagen zumindest meine Kinder. Wäre ich rechtzeitig auf die Idee gekommen, die Großtat des Pizzabackens publikumswirksam auf www.kickstarter.com anzukündigen, ich wäre ein gemachter Mann, vermutlich Besitzer mehrerer Yachten und vielleicht einer karibischen Insel.

Aber ich habe einfach zu kompliziert gedacht. Crowdfunding, so mein Vorurteil, ist etwas für seriöse Projekte in Kunst, Kultur und Business. Etwas Neuartiges, das Grenzen verschiebt und neue Möglichkeiten aufzeigt. Aber in der Einfachheit liegt die Schönheit und Zack Danger hat tatsächlich das Tor zu einer neuen Dimension aufgemacht. Wer sonst würde sich Erdäpfel, Essig, Öl, Zwiebeln, Salz und Pfeffer bestimmt für den eigenen Genuss von der Allgemeinheit finanzieren lassen. Er hat tatsächlich eine Schwelle übertreten in eine neue Dimension, aber vermutlich wird er der Einzige bleiben, der sie erreicht. So banal ist Crowdfunding vermutlich nur einmal, aber wetten würd ich darauf nicht, sicher nicht!

14

Die Rückkehr der Weißen

Trenton ist die heruntergekommene Hauptstadt des US-Bundesstaats New Jersey. Aber Investoren glauben, die einstige Industriehochburg steht vor einer Wiederbelebung. Ein Besuch in einer der gefährlichsten Städte der USA

Amerikanische Autos haben eine automatische Sperrverriegelung. Kaum sitzt man im Wagen, hört man das beruhigende Klicken und keiner kann mehr die Türen aufreißen. Wenn man nach Trenton fährt, weiß man, warum das so ist. Ganze Straßenzüge sehen aus, als seien gerade die Vandalen durchgezogen. Leerstehende, verfallende Häuser, in keiner Stadt der Dritten Welt schaut es schlimmer aus und in wenigen ist es gefährlicher: 15,4 Morde, sagt die Statistik, gibt es in Trenton pro 100.000 Einwohner, doppelt so viele wie in Philadelphia oder Chicago. Dabei hatte Polizeichef Ernest Parrey in den vergangenen zwei Jahren Erfolge zu verzeichnen. Es gibt deutlich weniger Schießereien. 2014 lieferten sich Banden im Schnitt 15 Feuergefechte im Monat, 2015 waren es noch acht. In Worten: ACHT Schießereien im Monat – das soll ein Erfolg sein? Schwer zu begreifen, dass es in der Hauptstadt eines reichen Bundesstaates wie New Jersey zugeht wie im Bürgerkrieg. »Es gibt Gegenden, in die man besser nicht gehen sollte«, sagt John Hatch, ein Architekt und Immobilienentwickler, der gerade viel Geld aufs Spiel setzt und am den Grundstein für sein

bisher riskantestes Projekt legt. Fünf leerstehende Industriegebäude, die daran erinnern, dass Trenton einmal eine Hochburg der Stahlindustrie war, sollen in 192 Wohnlofts, Restaurants und Büros umgewandelt werden. 120 Millionen USD soll das Ding kosten, 40 Millionen wird allein die erste Ausbaustufe verschlingen.

Der Roebling-Komplex sei ein Signal, dass die Stadt an einem Wendepunkt angekommen ist, sagt Hatch. Seit 1950 ist die Einwohnerzahl von rund 130.000 auf 85.000 geschrumpft. Die weiße Bevölkerung hat, wie in vielen Metropolen der USA, fluchtartig die ethnisch durchmischte Stadt verlassen und ist in homogenere Vororte gezogen. Als White Flight wird das Phänomen beschrieben, das Stadtteile entvölkert, verarmt und zur billigen Beute von Gangs gemacht hat. 52 % der Bewohner Trenton sind Afroamerikaner, 33 % Latinos und 15 % sind Weiße. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit rund 17.000 Dollar pro Jahr halb so hoch wie im Rest von New Jersey.

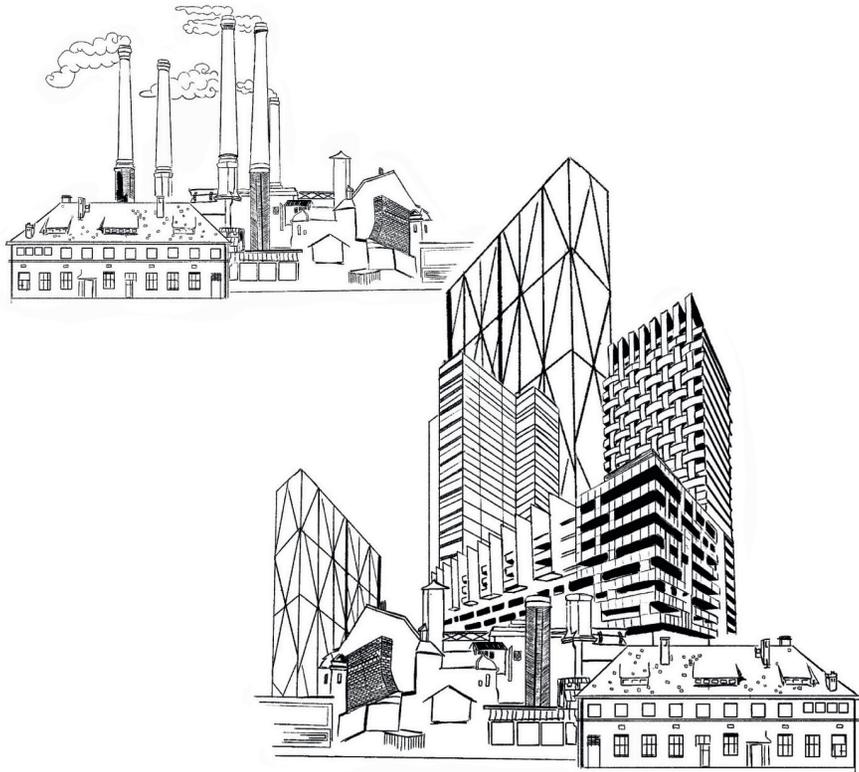
Aber jetzt kommen die Weißen zurück und entdecken die inneren Kerne der Städte wieder. »Überall in den USA sehen wir eine Wiederbelebung der urbanen Zentren. Die Millenials, die kreativen Arbeiter, lieben Downtown. Sie wollen Dichte. Sie wollen lebendige Innenstädte, wo sie arbeiten, leben und Spaß haben können.« Ein intakter urbaner Kern sei die Voraussetzung dafür, den biete Trenton rund um den Verwaltungsdistrikt. Mitten in der Verwahrlosung entstünden so Oasen der Lebensqualität. Theater, Galerien, eine junge Kunst- und Kulinarikszene sind die Vorboten. Hatch hat schon mit kleineren Projekten gute Erfahrungen gemacht.

Die Russenfresser

Wie es sein kann, dass die USA jemanden wie Donald Trump zum Präsidenten machten, ist ein Rätsel, das in Helsinki einer Lösung näher gebracht wurde.

John Brennan, der CIA-Chef unter Barack Obama, nennt ihn Landesverräter. James Clapper, der Ex-National-Intelligence-Boss, findet, Vladimir Putin habe Donald Trump behandelt wie ein Agent seinen Informanten, und Senator John McCain, ehemaliger Kandidat der Republikaner 2008, kritisiert vom Sterbebett aus, der Präsident habe einen Tyrannen verteidigt. Steve Cohen, Mitglied des Repräsentantenhauses aus Tennessee, fordert in einem Tweet sogar einen Staatsstreich: »Wo ist unser Militär? Der Präsident ist in der Hand unserer Feinde.« Selbst Fox News, sonst fest im Lager Trumps, lässt kein gutes Haar an Donald Trump, der dem Erzfeind gegenüber Schwäche gezeigt habe.

Die Washingtoner Eliten – beider Parteien und aller Medien sind in ihrer Kritik gnadenlos, weil der unberechenbare Präsident nicht das Muster übernimmt, das ewig nach einem Feind verlangt, um mit simplen Schwarzweißmustern die Nation im Kampf gegen wechselnde Imperien des Bösen zu einen. Zu sagen, Russland sei nicht die Macht der Finsternis, ist in Washington ein Tabubruch.



Genau den hat Trump jetzt beim Gipfel in Helsinki begangen. Aber vieles legt nahe, dass die Amerikaner, außerhalb der Machteliten in Washington, das Ende der Eiszeit mit Russland wollen. In einer Reuters-Ipsos-Umfrage, die nach dem Gipfeltreffen durchgeführt wurde, unterstützen 71 Prozent registrierter Republikaner die Vorgangsweise Trumps. 45 Prozent der Wähler glauben, dass die Sanktionen gegen Russland überhaupt nichts gebracht haben. In einer Gallup-Studie bezeichnen 40 Prozent der Republikaner Russland mehr als Verbündeten denn als Feind. Immerhin jeder vierte Anhänger der Demokraten, die sich zur Partei der Kriegshetzer entwickelt hat, konnte dieser Aussage zustimmen.

Die hyperventilierenden Machteliten, die sich nichts sehnlicher wünschen als die Rückkehr des Kalten Krieges, sehen in einem unberechenbaren Präsidenten eine Gefahr, während die Zahl derer wächst, die all die Ressourcen, die in Kriege und militärische Präsenz in aller Welt gesteckt werden, besser daheim investiert sehen. Die Verkehrsinfrastruktur – vor allem im Nordosten des Landes – ist desolat. Das Bahnnetz ist nicht einmal im 20. Jahrhundert angekommen, geschweige denn im 21. Die Stromleitungsnetze sind in weiten Teilen des Landes immer noch über Land geführt. Tagelange Stromausfälle nach heftigen Gewittern sind keine Seltenheit. Wissenschaftler der Harvard Universität haben errechnet, dass die USA im Irakkrieg mehr als fünf Billionen Dollar ausgegeben haben. Erreicht wurde damit nichts. Und die Glaubwürdigkeit derer, die damals Massenvernichtungswaffen im Irak gesehen haben – Brennan, Clapper, McCain (um nur ein paar zu nennen) – und die heute erneut Russland als Reich des Bösen malen wollen, sinkt dramatisch.

Nur die alten Medien, CNN & Co, stehen noch fest in Reihen der Kriegstreiber. Aber ihr Einfluss sinkt.

Und das ist gut so.



16

Eigensinn mit Tradition

Westminster in Maryland ist bekannt für seinen Eigensinn. Dinge passieren hier etwas schneller - und vor allem anders: Was sein soll und was nicht, wird hier eigen definiert.

Westminster in Maryland ist eigentlich ein typisches Ostküstenstädtchen mit 18.590 Einwohnern, das in manchen Dingen allerdings Maßstäbe setzt. Nirgends ist das Internet schneller. Ein Gigabit-Glasfasernetz, das zusammen mit dem Provider TING 2015 aktiv geschaltet wurde, sorgt für eine Spitzenposition bei der technischen Infrastruktur. Wie alle Modernen legen die Einwohner von Westminster auch Wert auf Tradition. Seit 1868 wird hier eine Memorial-Day-Parade abgehalten, die mittlerweile zur ältesten des ganzen Landes zählt. Man gedenkt der Gefallenen des Bürgerkrieges, schließlich haben sie in Westminster für Lincoln und gegen die Sklaverei gekämpft – für eine gerechte Sache also und da ist man kompromisslos.

Als der Zeitungsherausgeber Joseph Shaw 1865 in seinem Editorial Lincoln kritisierte, war Schluss mit lustig. Der aufgebrachte Mob zerstörte die Druckerpresse und vier Männer nahmen sich den Autor vor, was dieser nicht überleben sollte. Die Täter wurden vor Gericht gestellt und glatt freigesprochen. Im Urteil hieß es, es sei ein reiner Akt der Selbstverteidigung gewesen. Zwischen

Tat und Urteil lag freilich das Attentat auf Lincoln, was dazu beitrug, dass die Geschworenen die Sache nicht ganz wertfrei sahen.

Recht ist interpretierbar und in Westminster wird es in einer ganz speziellen Weise interpretiert. Am 10. März 2006 protestierten Mitglieder der Westboro Baptist Church vor dem Friedhof von Westminster gegen die »Unterwanderung« des Militärs durch Homosexuelle. Die Gruppe hielt Schilder hoch, auf denen zu lesen war: »Gott hasst Schwule«, »Ihr werdet in der Hölle schmoren« und »Amerika ist verflucht«.

Der Protest fand während des Begräbnisses von Matthew Snyder statt, einem homosexuellen Soldaten, der bei einem Unfall im Irak ums Leben gekommen war.

Der Vater des Toten ging vor Gericht und forderte Bußzahlungen für das ihm zugefügte emotionale Leid: »Sie haben aus dem Begräbnis meines Sohnes einen Medienzirkus gemacht und sie wollten meiner Familie weh tun. Sie wollten ihre Botschaften unter die Leute bringen und dabei war ihnen jedes Mittel recht. Mein Sohn sollte in Würde begraben werden, nicht gestört von einem Haufen von Clowns.«

Die Geschworenen und Richter Richard D. Bennett gaben dem verletzten Vater recht und verurteilten die konservativen Religionsfanatiker zu einer Schadenersatzzahlung von insgesamt 10,9 Millionen US-Dollar. In Westminster fand man, dass die verfassungsrechtlich garantierte Meinungsfreiheit Grenzen hat, die man nicht überschreiten darf. Die emotionale Entscheidung aus Westminster hatte aber vor dem Washingtoner Verfassungsrichter keinen Bestand. Chief Justice John Roberts schrieb das Urteil und befand: »Was die Protestierer sagten, im ganzen Kontext des Wie und Wo, steht unter dem speziellen Schutz der Verfassung und dieser Schutz kann nicht eingeschränkt werden von Geschworenen, die einen Protest verabscheuungswürdig finden.« Westminster verlor vor dem Höchstgericht, blieb aber der Gewinner der Herzen.

Eigenwillige schaffen das.

17

Eine Geschichte aus zwei Städten

Die USA schlittern in eine existentielle Krise. Demonstranten stürzen Denkmäler der Gründerväter Washington, Jefferson & Co und bringen damit zum Ausdruck, dass das System für sie nicht funktioniert. Eine Analyse des Immobilienmarktes zeigt, warum das so ist.

Es ist mehr als nur Dampfablassen, mehr als nur ein Ventil für die in den Monaten der Quarantäne aufgestaute, überschüssige Energie. Der jetzige Ausbruch an Gewalt liegt am System, das für die Eliten funktioniert, aber den an den Rand Gedrängten keine Perspektive eröffnet.

Das lässt sich an Zahlen nachweisen, konkret an den Immobilienpreisen. Sie sind ein harter Indikator, ein brutaler, wie sich am Beispiel der 70.000 Einwohner zählenden Stadt Camden in New Jersey zeigt. Ein 103 Quadratmeter großes Haus in der Morton Street ist jetzt um schlanke 14.500 US-Dollar am Markt, ein Haus in der Pulaski Street, auch um die 100 Quadratmeter, war um 28.900 Dollar nicht an den Käufer zu bringen, das Angebot ist auf 24.900 reduziert. Im nicht einmal eine Autostunde entfernten Princeton, Heimat der berühmten Universität, kriegt man um dieses Geld nicht einmal eine Hundehütte. Häuser sind dort im Mittel 867.436 Dollar wert. Zwei Städte, so nahe beieinan-

der, sind doch um Welten getrennt. Der Wert der Immobilien bestimmt nämlich, wie viel Geld den Gemeinden zur Verfügung steht. Die Grundsteuer wird direkt von den Kommunen eingehoben, sie bemisst sich am Verkehrswert der Liegenschaften. Sind die Häuser viel wert, ist ausreichend Geld für Schulen und für die Polizei da – beides wird primär von den Stadtverwaltungen finanziert.

Das erklärt auch, warum Camden im Jänner 2011 zunächst 168 der 370 Polizisten gekündigt und im August 2011 dann die Polizei komplett aufgelassen hat. Die Kassen waren leer in der Stadt, die über Jahre hinweg als Mörderhochburg der USA galt.

1200 Gewalttaten, 2241 Diebstähle pro Jahr entwerten jeden Besitz und sie nehmen jede Perspektive. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 14.747 Dollar, das ist weniger als die Hälfte als im Rest der USA und nur ein Fünftel von dem, was die Princetonians verdienen. Und weil auch die Schulen zum Großteil aus der Gemeindegasse finanziert werden, sind die schlechtesten Lehrer in Camden engagiert, und die arbeiten unter miserablen Bedingungen. Kein Wunder, dass es nur neun Prozent der Bevölkerung hier zu einem Uni-Abschluss geschafft haben. In Princeton: 80 Prozent! Wer das Pech hat, in Camden auf die Welt zu kommen, reiht sich unter die Hoffnungslosen ein und hat kaum eine Chance, dem Zirkel der Armut je zu entkommen.

Die Statuen von Georg Washington und Thomas Jefferson fallen, weil sie für eine Erzählung stehen, die von der harten Realität täglich als Märchen entlarvt wird. Die am 4. Juli 1776 von Jefferson und Washington mitunterzeichnete »Unabhängigkeitserklärung« ist eines der großen Dokumente der Weltgeschichte. Sie enthält den Gedanken, dass jede Regierung ihre Macht nur von den Regierten bezieht. Wenn die Regierung das Volk dem Ziel – Life, Liberty, Happiness – nicht näher bringt, dann hat dieses das Recht, die Gefolgschaft aufzukündigen. Das tun viele Junge jetzt und die Gründerväter Washington und Jefferson haben eigentlich das ideologische Rüstzeug dafür geliefert. Stürzt die Mächtigen, wenn sie ihre Versprechung nicht einlösen. König Georg III hat es erlebt ...

Go Change the World

Amerikanische Universitäten entlassen im Mai ihre Absolventen in ein neues Leben – mit dem Commencement. Ein Hochamt der Rhetorik und Inspiration.

30.000 Besucher im Yankee Stadium, nicht um ein Baseball-Match zu sehen, sondern um die frischgebackenen Absolventen der New York University zu feiern und sie in ein neues Leben zu entlassen. Festredner: Justin Trudeau, der kanadische Premier. Sein Thema: Dialog und Offenheit.

Geschick verwebt der Superstar der Politszene seine persönlichen Erfahrungen und das große Thema unserer Zeit zu einer überzeugenden Komposition. Nach seinem Studienabschluss begab er sich auf eine Weltreise, erzählt er. Reiste meist auf dem Landweg durch Europa, Afrika und Asien und schildert, wie seine Gespräche mit koreanischen Fischern in Mauretanien und russischen Veteranen des sowjetischen Afghanistankrieges sein Weltbild geformt haben. Begegnungen mit Menschen, die anders denken, anders glauben, anders leben, hätten ihm eine neue Perspektive gegeben und gezeigt, wie wichtig es sei, sich nicht permanent in der eigenen intellektuellen und sozialen Blase zu bewegen.

»Wir haben heute die einzigartige Chance, extreme Armut auf dieser Welt zu beseitigen, furchtbare Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose auszurot-



ten und Bildung für jeden zu ermöglichen. Aber dieser Fortschritt ist nur möglich, wenn wir ihn alle gemeinsam angehen. Die Menschheit muss ihr Stammesdenken überwinden ...

Vielfalt muss keine Schwäche sein, sie kann unsere größte Stärke werden.« Dabei ginge es nicht nur um Toleranz, sondern Akzeptanz, Respekt, Freundschaft, ja sogar Liebe. Dabei stellte Trudeau den Jungakademikern eine Aufgabe:

»Ich hätte gern, dass ihr auf eurem Weg bewusst Begegnungen mit Menschen sucht, deren Meinungen und Werte sich von euren unterscheiden. Ich hätte gerne, dass ihr ihnen zuhört, wirklich zuhört, und dass ihr versucht, sie zu verstehen und mit ihnen eine gemeinsame Basis zu finden ... Von jetzt an wartet eine andere Form des Lernens, in der eure Lehrer aus unterschiedlichen Lebenswelten, aus unterschiedlichen Bildungsschichten kommen und ganz andere Lebensstile pflegen. Die Zukunft wird von euch vor allem Mut verlangen, den Mut, euch anderen Meinungen auszusetzen, mit dem Risiko, überzeugt zu werden. Und das ist furchterregend.«

Und dann beschrieb Trudeau, was von den Führungskräften der Zukunft wirklich verlangt sein wird, nämlich nicht Führen im alten Stil, bei dem man durch Überzeugen und manchmal durch Zwang zur Verfolgung eines Zieles aufruft und sich dabei wirkungsvoller Feindbilder bedient. Die andere Religion, die andere Sprache, das andere Weltbild würden benutzt, um den »Stamm« hinter einer Fahne zu eien. »Aber das Führen der Zukunft bringt Menschen zusammen, bringt sie unter ein gemeinsames Dach. Das ist die Antithese der Polarisierung, des aggressiven Nationalismus, der Identitätspolitik, die in jüngster

Zeit so weit verbreitet sind. Das ist schwieriger, natürlich, weil gegeneinander aufzuhetzen immer einfacher ist als zu verbinden. Es erfordert wirklichen Mut, weil wenn man Menschen vom eigenen Weg zu denken überzeugen will, muss man zuerst zeigen, dass man offen ist und zuhören kann.«

Dabei ginge es nicht um einen moralischen Relativismus, nicht darum, dass alle Meinungen gleich richtig seien, es gehe darum, die Welt zu verändern: »Go change the world.« Commencement, ein neuer Anfang für eine neue Generation. Sie hätte keine besseren Worte mit auf den Weg bekommen können.

Der neue Jahrgang ist da!

Wie amerikanische Universitäten ihre Studenten aussuchen und ihnen vom ersten Tag an vermitteln, dass Unis mehr sind als Karrierestationen – sie begleiten ein Leben lang.

Die Band spielt, Tänzer liefern ihre Einlagen. Es herrscht Volksfeststimmung auf dem Gelände der New York University. Die Klasse von 2018 ist da: Die frisch Aufgenommenen, die 2018 abschließen werden, sind angekommen und werden gefeiert. Sie haben das Schwierigste hinter sich: den Aufnahmeprozess.

Shawn Abott, Vize-Rektor der New York University, versteht es, seine Zuhörer auf Touren zu bringen. »Wir in New York sind lauter, emotionaler, begeisterter«, ruft er den frischgebackenen Studenten zu, als sie ihm nur mit einem lauwarmen »Good Morning« begegnen. Er fordert mehr Leidenschaft, er kriegt sie auch. Sein Publikum sind die Auserkorenen, die sich in der Basketballhalle versammelt haben. Aus 52.000 Bewerbern sind 6.000 ausgewählt, im Herbst 2014 an der »größten privaten Forschungsuniversität der USA«, wie Abott meint, anfangen zu dürfen. »Welcome Class of 2018« steht auf den Aufklebern, die jeder Student trägt, es steht auch über dem Eingang jedes Instituts-

gebäudes. Violett ist die Farbe der Uni, am Begrüßungstag ist alles eingefärbt, selbst die Haare vieler Studentinnen.

»Ihr könnt stolz auf euch sein«, ruft Abott. »Noch nie hatten wir so viele, so qualifizierte Bewerber wie in diesem Jahr.« Jeder Frischgebackene ist etwas Besonderes, sagt Abott, und an den Gesichtern der stolzen Studiosi lässt sich ablesen: Es war ihnen noch nie so klar wie heute. Alle haben ein hartes Schuljahr in ihren jeweiligen Abschlussklassen hinter sich. Alle haben die standardisierten Tests (SAT) hinter sich gebracht, einen fulminanten Notendurchschnitt erreicht, Bewerbungsaufsätze geschrieben und mehrere Empfehlungsschreiben von Professoren vorgelegt und dann noch Interviews über sich ergehen lassen. »Wir haben uns jeden einzelnen Bewerber angeschaut«, versichert Abott, »wir haben uns die Entscheidungen nicht leicht gemacht. Ihr seid handverlesen.«

Es ist ein Selektionsprozess, der von vielen Universitäten des Landes aufwendig betrieben wird. Der Abschluss der High School verschafft nicht automatisch Zugang zum Studium. Die renommierten Unis suchen sich aus, wen sie haben wollen, und dabei sind die Kriterien nicht immer klar. Gute Noten werden vorausgesetzt, genauso wie entsprechende SAT-Ergebnisse. Das allein ist es nicht. »Wir suchen das Besondere«, sagt Abott, »und wir müssen überzeugt sein, dass der Kandidat zu uns passt.« Soziales Engagement etwa wird immer wichtiger. Patti Lieberman, Studienberaterin der Princeton High School, erklärt:

»Breite, universell interessierte, engagierte Studenten sind immer gefragter. Die Zeit der reinen Streber ist vorbei.« Das sei jetzt der Trend, aber: »Er ändert sich immer wieder und was heuer funktioniert hat, kann schon nächstes Jahr nicht mehr gefragt sein.«

Wie im wirklichen Leben – und die Studenten lernen früh, dass nichts in Stein gemeißelt ist, außer die Beziehung zu »seiner Uni«, Wenn man erst einmal aufgenommen ist. »Einmal NYU, immer NYU«, sagt Abott. »Ihr seid Teil der Familie.«

Klagen, klagen, klagen...

Jeder klagt jeden. Die Amerikaner pochen auf ihr Recht zu klagen und lähmen damit ein System. Dahinter steckt eine Heerschar von Rechtsanwälten mit raffinierten Methoden.

Das ist doch zum Kopfschütteln. Das dachte sich Denis Norton aus Seattle, Washington, als er die Klage seines Nachbarn Woodrow Thomas zugestellt bekam. Der Hund, so argumentierte der Kläger, belle die ganze Zeit, mit einer Lautstärke von bis zu 128 Dezibel, und das erzeuge emotionalen Stress. So viel Stress, dass 500.000 Dollar als Schadenersatz angemessen seien.

Das fand Norton lächerlich, bis er dann das Urteil erhielt. Der Kläger gewann auf allen Linien, sein Haus steht jetzt zur Versteigerung. Norton ist auf den Hund gekommen und Thomas teilt sich den Gewinn mit seinem Rechtsanwalt.

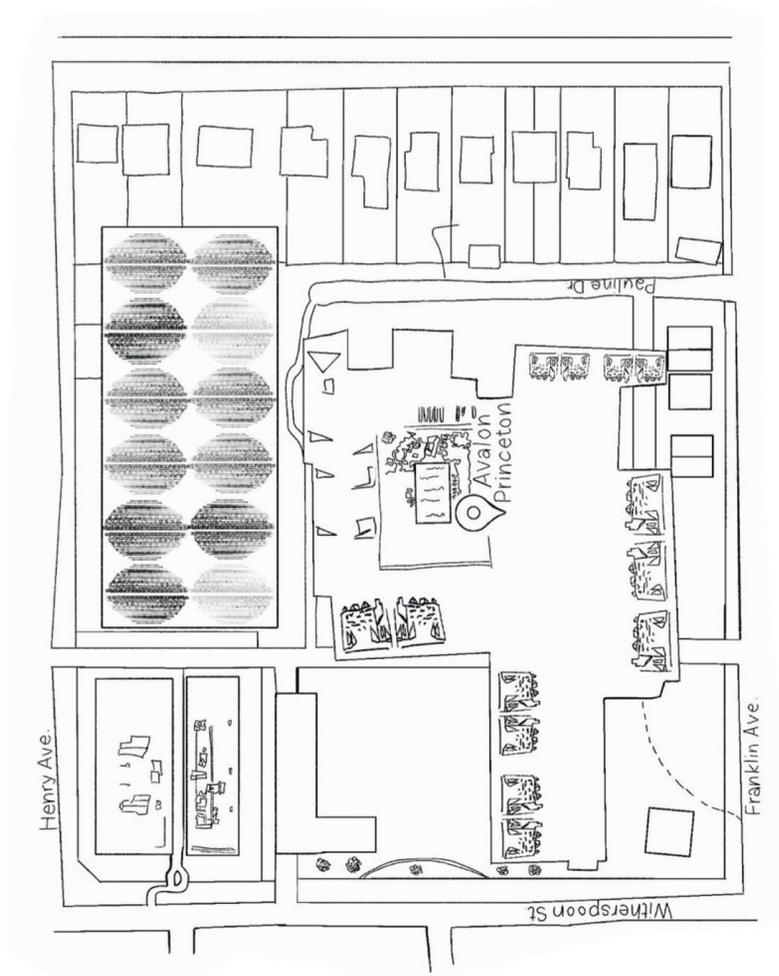
15 Millionen zivilrechtliche Klagen werden jährlich in den USA eingebracht. Es gibt nichts mehr, das den Gerichten zu blöd erscheint. Red Bull weiß davon ein Lied zu singen. Nach einer Sammelklage erklärte sich der Getränkkonzern bereit, zwölf Millionen US-Dollar in einen Fonds einzuzahlen, weil der Slogan »Red Bull verleiht Flügel« nicht im wahrsten Sinn des Wortes richtig ist. Jeder, der nach dem Konsum des Getränkes abheben wollte, aber von

der Schwerkraft zurückgehalten wurde, kann sich jetzt aus dem Topf sein Geld abholen. Um genau zu sein: zehn Dollar! Der einzelne Enttäuschte hat wenig davon, wirklich ausgezahlt hat sich die Klage nur für die Rechtsanwälte von Garden City Group, die hauptsächlich mit Sammelklagen ihr Geld verdienen. Je größer der Konzern, umso wahrscheinlicher, dass er früher oder später mit dieser Gruppe Bekanntschaft macht. Die Citygroup Bank, Yahoo, BP, Expedia, Lucent Technologies, die Royal Bank of Scotland und viele andere mehr standen schon auf der Abschlusliste.

Das System läuft so: Anwälte finden ein Thema, suchen nach Geschädigten und klagen auf Basis eines Erfolgshonorars. 60 Prozent des erstrittenen Geldes etwa wollen die Anwälte von Hooten & Jacoby LLP. Sie haben mir – und vielen anderen Hausbesitzern in Princeton – einen Vorschlag gemacht: Klagt die Gemeinde. Ihr zahlt zu viel Grundsteuer! Der Angelpunkt: Der Verkehrswert einer Liegenschaft ist die Basis der Berechnung der Grundsteuer, die von der Gemeinde eingehoben wird. Mit diesen kommunalen Steuereinnahmen werden dann hauptsächlich die Schulen und die lokale Polizei bezahlt. Die Gemeinde beschäftigt einen eigenen Schätzmeister, der jährlich ermittelt, was ein Objekt nun am Markt tatsächlich wert ist.

Falsche Schätzung heißt auch gleich falsche Steuern. Das eröffnet ein breites Feld für Streitereien, wenn man sie haben will. Jetzt sind die Princetonians keine notorischen Streithansln, und es wird interessant sein zu sehen, ob es Hooten & Jacoby gelingt, die Leute auf eine Idee zu bringen und sich ein lukratives Geschäftsfeld zu eröffnen. Ihr Angebot: »Wir klagen, es kostet Sie nichts, Sie tragen kein Risiko. Und am Ende kriegen Sie vielleicht 40 Prozent der Steuer zurück.« Verlockend, nicht wahr? Trotzdem habe ich abgelehnt. Die Schulen funktionieren wunderbar, die Polizei auch. Das Geld ist bei einer funktionierenden Gemeinde besser aufgehoben als bei nimmersatten Anwälten, die Streitsäen und goldene Nasen ernten.

Aber ich bin auch kein Amerikaner...



21

Kommen und Gehen

Ein Jahr ist eine Ewigkeit – zumindest für Amerikaner. Sie mieten monatsweise und zahlen für die Flexibilität einen heftigen Aufpreis.

Ende vergangenen Jahres wurde der neue Wohnblock der Avalon Gruppe in Princeton, New Jersey, eröffnet. Die 280 Apartments liegen rund einen Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, mit der Universität und Schulen in Gehweite. Aber die Belegung des frisch errichteten Objekts funktioniert nicht wie bei uns in Österreich, wo Mieter einziehen mit der festen Absicht länger, vielleicht sogar ein Leben lang zu bleiben. Wer bei Avalon den längstmöglichen Mietvertrag unterschreibt, bleibt zwölf Monate. Für eine Dreizimmerwohnung zahlt man 4.234 US-Dollar monatlich. Wer sich nicht so lange binden mag, zahlt einen Aufpreis. Zwei-Monats-Verträge gibt es um 8.249 Dollar. Wer eine halbe Ewigkeit, also ein halbes Jahr, bleibt, legt 7.534 Dollar ab. Im Monat versteht sich.

»Ich bin hochzufrieden mit der Akzeptanz«, meint Ron Ladell, der Vize-Präsident des Bauträgers. Das Modell – wer kürzer bleibt, zahlt mehr – funktioniert und zeigt: Es ist eine andere Welt und die Information, dass in Wien befristete Mietverträge mit Abschlägen bedacht werden, erntet ungläubiges Kopfschütteln. Wer weiß schon, was kommt? Die reinen Miethöhen sind dabei gar nicht ungewöhnlich. Das Durchschnittseinkommen im 30.000 Einwohner

zählenden Princeton liegt bei 200.000 Dollar. Damit verschlingt die Miete selbst zu Avalon-Preisen rund 25 Prozent des Haushaltsbudgets, liegt also im Schnitt europäischer Metropolen. Der Zeithorizont zeigt, die USA sind ein anderer Planet. Über ein Jahr hinaus planen wollen viele nicht. Wer weiß schon, wie sich die Jobsituation entwickelt, und wo man dann sein wird? Die Princetonians sind jung, 32 Jahre im Schnitt, sie sind gut ausgebildet und sie verdienen weit über dem Landesschnitt. Die Stadt wächst, dabei ähneln die Mobilitätsmuster jenen des nahegelegenen New York City. Aus der Achteinhalb-Millionen-Metropole sind in den vergangenen fünf Jahren 400.000 Menschen weggezogen, trotzdem ist die Bevölkerung um 365.000 gewachsen. In der Stadt herrscht ein permanentes Kommen und Gehen, und solange mehr kommen als gehen, ist die Dynamik ungebrochen.

Wirtschaftlich haben die kurzen Mietverträge keinen Sinn, wie die vom Furman Center for Real Estate and Urban Policy of New York University zusammengetragenen Daten beweisen. »Es ist schwer zu verstehen, welchen Vorteil Mieter aus dem oftmaligen Übersiedeln ziehen«, meint Max Weselcouch vom Furman Center. Oftmalige Wohnungswechsel sind teuer, trotzdem steigt die Zahl der Stadtnomaden rapide. Junge Amerikaner wollen sich nicht mehr binden, nicht einmal an die eigene Wohnung.

»Kurzzeitverträge sind so populär, weil sich die Leute nicht sicher sind, ob ihnen die Wohnung, der Job, die Stadt auf Dauer gefallen werden. Ihre Lebenssituation könnte sich ändern«, meint die Immobilienexpertin Sofia Song. Die Tatsache, dass es eine vorzeitige Beendigung von Mietverträgen praktisch nicht gibt – wer zwölf Monate mietet, zahlt zwölf Monate, auch wenn er früher auszieht –, reduziert das Thema auf die Frage, wie weit in die Zukunft junge Amerikaner zu planen bereit sind. Ein Jahr ist für sie eine Ewigkeit – und wer will sich so lange binden?

22

Korruption ist überall

Für Tony Mack klickten die Handschellen. Er war Bürgermeister von Trenton, der Hauptstadt des neun Millionen Einwohner zählenden Bundesstaates New Jersey. Trenton ist eine 84.000-Seelen-Stadt, bekannt für ihre rauen Sitten. 37 Morde passieren dort im Jahr. In ganz Österreich sind es jährlich rund 50.

Wer in Trenton lebt, weiß, was es heißt, nahe am Abgrund zu sein, und Tony Mack ist über die Klippe gestürzt. Er wird jetzt ein paar Jährchen mit den wirklich harten Gesellen hinter schwedischen Gardinen verbringen. Ein Schöffengericht hat ihn Anfang Februar der Annahme von Schmiergeld für schuldig befunden. Das Urteil wurde einstimmig gefällt, die Beweislast war erdrückend. Mack nominierte nicht einen einzigen Entlastungszeugen und in Rekordzeit war die Verurteilung ausgesprochen. Das kommt bei Schmiergeldgeschichten selten vor. Die tatsächlichen Empfänger treten selten direkt in Erscheinung, schirmen sich ab und bedienen sich der Fußsoldaten, um im Zweifelsfall alles leugnen zu können. Geldkuverts direkt in Empfang zu nehmen, ist – sagen wir – die pannonische Methode. Zum Verhängnis wurde Bürgermeister Mack ein Garagenprojekt, das die lokalen Bauträger Harry Seymore und Lemuel Blackburn errichten wollten. Sie brauchten dazu ein Grundstück von der Stadt und

planten, es weit unter dem Marktwert zu erwerben. Eine Zuwendung an Mack sollte den Deal möglich machen. Natürlich verhandelten die zwei nicht direkt mit dem Bürgermeister, sie arrangierten die Details mit dessen Bruder Ralphiel und dem Vertrauten Joseph »JoJo« Giorgianni. Sie trafen sich in Hinterzimmern finsterner Spelunken und wurden handelseins.

54.000 Dollar gingen in einem Kuvert an Giorgianni und weitere 65.000 sollten in einer zweiten Tranche folgen. Dazu aber kam es nicht mehr. Denn nach der Übergabe des ersten Kuverts hatte das FBI, was es brauchte. Das Ganze war eine Sting-Operation, die Projektentwickler Seymore und Blackburn hatten nie vor, eine Garage zu bauen. Sie agierten im Auftrag des FBI, trugen bei jedem Treffen Aufnahmegeräte und hielten in Ton und Bild jedes Detail fest. Gleichzeitig wurden die Telefone von Ralphiel und Tony Mack und von JoJo Giorgianni abgehört und so wurde auf Tonband festgehalten, was die Unterläufer nach jedem Treffen gleich dem Bürgermeister berichteten. Der Eingang des Schmiergeldes wurde verklausuliert dem Chef gemeldet: »Onkel Remus ist angekommen.« Das war der vereinbarte Code, wie Giorgianni vor Gericht bestätigte. Als das FBI aus der Deckung kam, Hausdurchsuchungen beim Bürgermeister machte, knickte Giorgianni ein und gestand. Der Bürgermeister war geliefert.

Der Bundesstaat New Jersey ist bekannt korrupt. Bürgermeister von zehn Städten – Newark, Camden, Patterson, Passaic, Asbury Park, Orange, Perth Amboy, Hamilton, Hoboken und jetzt Trenton- wurden wegen Bestechlichkeit vor Gericht gebracht und verurteilt. Und überall spielten die Agenten des FBI eine zentrale Rolle, mit durchaus radikalen Methoden. Korruptionsbekämpfung auf amerikanisch eben ...

23

Princeton das Schul-Paradis

Spätestens seit Pisa wissen wir, im österreichischen Schulsystem läuft etwas fundamental falsch. An meinen zwei Kindern erfahre ich, was es ist. Ich sehe, wie anders sie in einem neuen System reagieren.

Seit September besucht meine Tochter die John Witherspoon Middle School und mein Sohn die Princeton High School in New Jersey, und ich bin erstaunt, wie sich meine Kinder in diesem Umfeld entwickeln. David, der 15-Jährige, erzählt mir, das er in Mathematik im Moment 94 Prozent aller möglichen Punkte erreicht habe. »Aber wenn ich diese Hausübung noch mache, dann hab ich 100 Prozent.« Zunächst habe ich meinen Ohren nicht getraut, zu deutlich hatte ich seine Reaktion in Erinnerung, wenn ich ihn auf ein »Genügend« in einer Schularbeit im Wiener Wasa-Gymnasium angesprochen hatte. »Papa, was willst du, es ist eh ein Vierer.« Wenn er dann mit lauter Vierern durch das Schuljahr gerutscht war, schleuderte er mir den Satz abgewandelt entgegen. »Papa, was willst du, ich bin eh durch.«

Ein Jahr später kommt der selbe junge Mann zu mir, berichtet von einem Ergebnis, das er in einer fremden Sprache, in einem fremden Land, in einem völlig neuen System erreicht, und zeigt den Ehrgeiz, nicht nur die Bestnote, son-

dern die Bestnote mit der Maximalzahl an Punkten zu erreichen.

Was ist passiert? Den Unterschied machen Lehrer wie Mark Shelley, er unterrichtet meinen Sohn in Geschichte und er hat mir – und allen anderen Eltern – seit Schulbeginn 28 Mails geschickt. In jedem beschreibt er die Aufgaben und die Projekte, die in den nächsten Tagen und Wochen zu erledigen sind, er erinnert an Hausaufgaben, die noch nicht abgegeben wurden, und immer wieder betont er, wie viel Freude es ihm macht, meinen Sohn in seiner Klasse zu haben. »Mit diesen Kindern zu arbeiten macht Freude«, schreibt er. Mark investiert Zeit, um die Eltern im Detail zu informieren, was die Kinder gerade lernen, er motiviert, und er zeigt, Lernen macht Spaß!

Die Ansage wirkt. Als ich jetzt Anfang Jänner in Princeton aufgebrochen bin, um nach Wien zu fliegen, fragt mich meine 13-Jährige, die noch vor wenigen Monaten gezittert hat, ob sie den Umstieg wohl schaffen würde: »Gell Papa, wir müssen nicht nach Österreich zurück.« Als ich nachfrage, warum sie denn in den USA bleiben wolle, antwortet sie: »Weil mir die Schule so gut gefällt.« Was anders sei als im Wiener Musikgymnasium, will ich wissen:

»Hier werde ich viel mehr gelobt.«

Und ich versuche mich zu erinnern, ob ich je von einem österreichischen Lehrer ein E-Mail bekommen habe und ob einmal ein Lob für die Leistungen meiner Kinder gekommen ist.

24

Todernster Spaß

Schießereien an amerikanischen Schulen sind traurige Realität. Jetzt machen Verrückte einen Spaß daraus: Sie versetzen mit falschen Alarmen Gemeinden in Angst und Schrecken. Swatting wird zum gefährlichen Spiel.

Was zu tun ist, wenn ein Amokschütze ins Schulgebäude eindringt, lernen Kinder in Princeton früh. Immer wieder wird der »Lockdown« geübt. Türen versperren, sich unter den Tischen verstecken, sich verbarrikadieren und sich auf keinen Fall herauswagen, ehe nicht Entwarnung gegeben wird. Das ist die Routine, die öfter gedrillt wird als ein Feueralarm. Fünf Amokläufe, 15 Tote gab es allein 2015 in den USA.

»Das ist keine Übung«, brüllte Gary Snyder am 21. Mai 2015 ins Mikrofon und die 1200 Schüler der Princeton Highschool taten, was sie gelernt hatten. Der Lockdown funktionierte, das SWAT-Team der Polizei rückte an: Hubschrauber, Hundestaffeln, alle verfügbaren Einsatzkräfte rückten aus. Die Straßen rund um das Schulgebäude wurden gesperrt.

Ein Bewaffneter sei in die Schule eingedrungen, hieß es in dem Anruf, der in der Polizeizentrale eingegangen war.

Steve Cochran, der Manager des Schuldistriktes, informierte über Email alle Eltern. »Bitte kommt nicht zur Schule, wir informieren, sobald wir wissen, was los ist.« Die Entwarnung folgte zwei Stunden später. Falscher Alarm! Ein Verrückter hat sich einen Scherz erlaubt. »Wir erleben viele Fälle von Swatting«, erklärt Steve Cochran. Anonyme, manchmal computergenerierte Anrufe gehen bei Schulen ein, in denen behauptet wird, ein Bewaffneter sei in das Gebäude eingedrungen oder eine Bombe sei gelegt worden.

Am 28. April war die Riverside Volksschule betroffen, am 12. Mai und am 30. September die John Witherspoon Mittelschule, am 21. Mai, am 8. Juni, am 25. September die Princeton High School. All diese Schulen liegen in einem Umkreis von rund vier Kilometern. Für Steve Cochran war es ein richtiges Seuchenjahr und der Spaß mit dem Schrecken hat ihn, die Schüler, die Lehrer, die Eltern ordentlich auf Trab gehalten. »Diese wiederholten Fehlalarme beängstigen und frustrieren uns alle.«

Die lokale Polizei kooperiert mit dem FBI, IT-Spezialisten sind angesetzt, um jenen das Handwerk zu legen, die sich daran erfreuen, andere in Angst und Schrecken zu versetzen.

»Die sinnvollste Antwort, die wir darauf geben können, ist ruhig zu bleiben und gemeinsam zu arbeiten und nicht in die Panik zu verfallen, die die Täter kreieren wollen.« Swatting ist im Bundesstaat New Jersey zu einer Epidemie geworden und Paul Moriarty hat eine Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, die im Juni 2015 beschlossen wurde: Fünf bis zehn Jahre Haft, eine Strafe in der Höhe von 150.000 Dollar und den Ersatz der Kosten, den der Polizeieinsatz verursacht hat. Mit aller Härte wird gegen Swatting vorgegangen, denn das Spiel mit dem falschen Alarm ist kein Spaß – nicht, wenn man dafür zehn Jahre hinter Gitter geht.

25

Wir Selbermacher

Wir Österreicher sind gewohnt, überall selbst Hand anzulegen. Selber tanken, selber parken, selber im Garten arbeiten – wir sind ein Volk von Selbermachern. Warum eigentlich?

New Jersey ist der »Garden State«. Der Bundesstaat hat sich diesen Beinamen redlich verdient. Das sieht man an meinem Rasen: Er wächst schneller, als man schauen kann. Kaum gemäht, muss ich schon wieder von vorne anfangen. Bei der EM in Frankreich hätten sie mit so einem Grün ihre Freude gehabt – oder auch nicht. Wahrscheinlich hätte man in der Halbzeit mit schwerem Gerät ausrücken müssen, um zu verhindern, dass die Spieler knietief im Grünzeug stehen und der Ball sich zwischen den Halmen verkriecht.

Mein Elektrorasenmäher ist im Dauereinsatz und ich schiebe ihn schwitzend durch die Gegend. Mein Sohn schaut mich mitleidig an und wundert sich, dass ich nicht auf die simpelste aller Lösungen gekommen bin. »Warum engagieren wir nicht ein paar Helfer?«, meint der Schlaumeier. »Das machen doch alle anderen auch.«

Tatsächlich: Überall wuseln Mexikaner, Guatemalteken und sonstige Hispanics durch die Gärten, schneiden alles klein und bugsieren es mit überdimensionierten Turbogebläsen von der einen Ecke in die andere. Wer ein ordentlicher

Amerikaner ist und es bei seiner Grillparty sauber haben will, lässt die Latinos die Arbeit machen.

Aber da gibt es ein Problem: Ich bin kein Amerikaner! Die einfachste aller Lösungen ist mir nicht einmal in den Sinn gekommen. Warum eigentlich? Bin ich zu geizig dafür?

Mein Sohn sagt ja und ein bisschen hat er recht, aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Ich bin ein Europäer, ein Österreicher – und wer lässt sich daheim den Rasen mähen? Millionäre? Wir tanken ja auch selber. Wir tragen uns das Eingeaufte selber heim und wenn jemand vor einem Restaurant nach unseren Autoschlüsseln fragt, schreien wir »Überfall«. Auf die Idee, dass da jemand unseren Wagen parken will, damit wir mehr Zeit beim Essen und weniger beim Parkplatzsuchen verbringen, kommen wir gar nicht. Und dass es drinnen im Lokal mehr Kellner gibt als Ameisen in einem gesunden Waldboden, kommt uns außerirdisch vor.

Wir haben verlernt, zu arbeiten und arbeiten zu lassen. Fürs eine kriegen wir zu wenig und fürs andere zahlen wir zu viel. Wir sind ein Volk von Selbermachern. Was bleibt uns auch anderes übrig? Wenn man nämlich nicht nur den Latino zahlt, sondern auch den ganzen Apparat von Finanzkontrollen und Registrierkassen-Stasis und Sozialversicherung-Fritzen und Politbonzen, dann verzichtet man auf den Latino und legt selber Hand an.

Aber Moment: Ich bin ja nicht mehr in Österreich, ich bin in den USA:
»Hola, Javier!«

Wiege der Nation...

Die USA zu verstehen, ist nicht leicht. Ein Besuch in Lancaster County hilft zu begreifen, woher dieses Land kommt.

Wer verstehen will, woher die USA kommen, muss nach Lancaster County in Pennsylvania reisen. Hier ist Ur-Amerika, nicht nur wegen der Amish, die mit ihren Kutschen, dem schwarzen Gewand, den Strohhüten und ihrer, jedem Fortschritt entsagenden Lebensweise eine exotische Attraktion geworden sind. Auf ganz engem Raum haben sich hier im 18. Jahrhundert Religionsflüchtlinge aus Mitteleuropa niedergelassen. In Ephrata kann man das Kloster besichtigen, in dem die Singles rund um Johann Conrad Beissel gelebt haben. Der deutsche Einzelgänger wurde zum Guru wider Willen, weil er derart charismatisch davon erzählte, dass die zweite Ankunft Christi und der Jüngste Tag nah wären. Seine Jünger gaben alles auf, die Liebe, die Ehe und sogar ein weiches Bett.

Auf kargen Bänken mit einem Holzschneit als Polster schliefen sie, nur wenige Stunden jede Nacht, weil ab zwei Uhr morgens gemeinsam gebetet und auf die zweite Ankunft Jesus Christi gewartet wurde.

So viel Kargheit ertrug man nur in der festen Überzeugung, dass sie bald vorbei sei. 1732 gründete Beissel seine zölibatäre, asketische Gemeinschaft, die erst am 27. Juli 2008 ihr zu erwartendes Ende fand, als Marie Kachel Bucher, die



letzte Nachfahrin der Glaubensbrüder, starb.

In Lititz, wenige Kilometer von Ephrata entfernt, ließen sich zur selben Zeit, Mitte des 18. Jahrhunderts, mährische Hussiten nieder und schotteten ihre Siedlung gegen Andersgläubige ab. Gäste waren willkommen, allerdings nur zur Miete.

Musik, Kunst, Brezel und Schokolade brachten die Jünger von Lititz hervor, und das erklärt auch, warum 2003 der Ort zur »Coolsten Gemeinde der USA« gewählt wurde. Brezeln machen ist eine Kunst. Die kann man dort erlernen, wo Julius Sturgis 1861 angefangen hat, die besonders knusprige Variante der Bier-Brezel zu fertigen.

In der alten Backstube, wo früher Julius und seine vielen Kinder Hand anlegten, können heute Touristen ihr Geschick beweisen und lernen, wie man aus der Vergangenheit eine Zukunft macht. Sturgis-Brezeln werden heute im benachbarten Reading gebacken, einem Ort, der von Richard und Thomas Penn, den Söhnen des großen William Penn angelegt und dann an deutsche Immigranten aus Süddeutschland verkauft wurde. Zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges wurde hier mehr Eisen gefertigt, als in England, und die Kanonen für George Washingtons Truppen gebaut.

Lancaster County ist die Wiege der USA, in der religiöse Fanatiker friedlich nebeneinander lebten und dann an einem gemeinsamen Ziel arbeiteten: die ungeliebten Kolonialherren loszuwerden. Es ist ein Ort, an dem heute noch Siedler in schwarzen Einspannern unterwegs sind, in Häusern ohne Strom wohnen und so tun, als sei die Zeit vor 200 Jahren stehengeblieben – und keiner denkt sich was dabei. Sie gehören zum Straßenbild wie McDonald's und Starbucks.

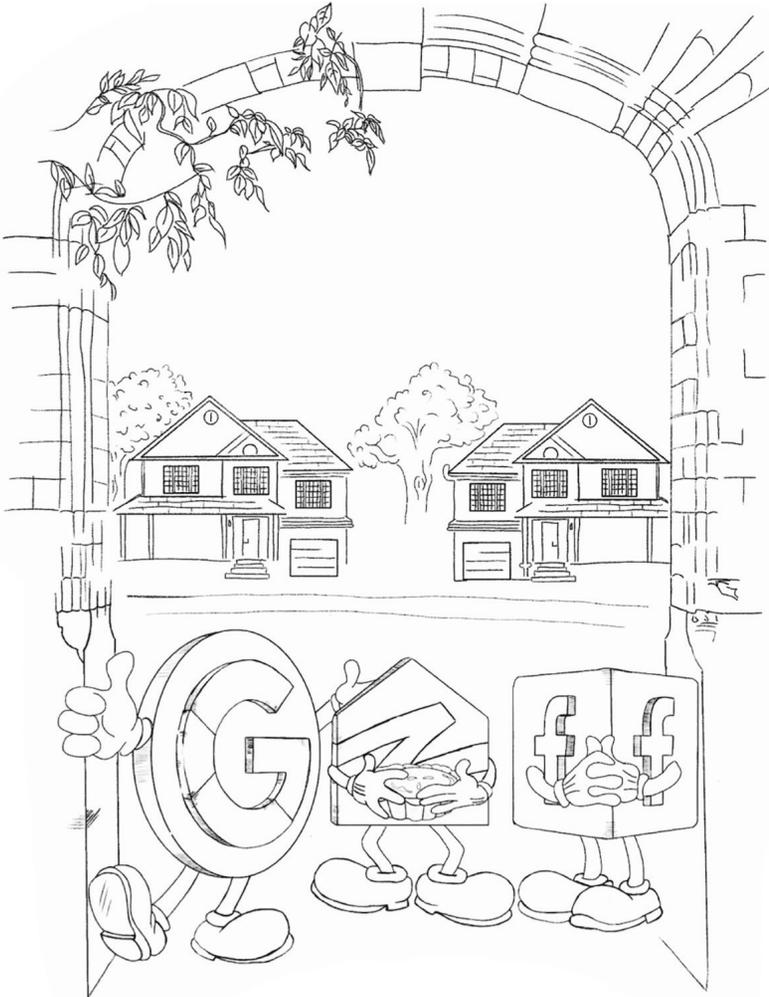
Jeder mag glauben, was er will. Solange er friedlich bleibt und seine Steuern zahlt, ist er willkommen. So hat William Penn Einwanderer aus Europa angelockt, und sie bestimmen bis heute die amerikanische DNA

Google, Zillow und Co.

Google Earth liefert die Bilder, Zillow die Zahlen und Facebook das Persönliche. Bald weiß ich mehr über meine Nachbarn, als ich je wissen wollte.

Adrett im Business-Kostüm stand die resolute Dame vor meiner Haustür in Princeton und beehrte Einlass. Sie wolle mein Haus besichtigen, erklärte die Mittvierzigerin, und als sie mein verdutztes Gesicht sah, erklärte sie mir auch, warum. Sie plane ihr Haus zu verkaufen und habe dabei festgestellt, dass ich meines weit unter jenem Wert erworben hätte, den sie für ihre Liegenschaft veranschlage. Dafür müsse es einen Grund geben und den wolle sie herausfinden, also müsse sie sich mein Haus anschauen. Sie müsse gar nicht, aber vor allen Dingen müsse ich nicht, entgegnete ich. Sie ließ nicht locker und lieferte weitere Details: Sie wohne in derselben Straße, nur fünf Blocks weiter, habe ihr Haus vor fünf Jahren erworben und habe so viel bezahlt, wie der Vorbesitzer meines Reihenhäuschens.

Jetzt hatte sie mit ihrem Detailwissen mein Interesse geweckt, und als die Unbekannte meinen Keller inspizierte, erfuhr ich mehr über mein Haus und entdeckte, das ist keine Tratschtante, die zu viel Zeit bei ihren Nachbarn verbringt. Sie nutzt Zillow.com und kann für jedes Haus nachlesen, wie viel es ge-



rade wert ist. Das Haus am Anfang der Straße kostet 562.000 USD, der Nachbar schräg gegenüber, ein freundlicher Russe, hat 538.000 USD gezahlt. Und: In der Gegend werden gerade fünf Häuser zum Kauf angeboten, und eins ist vor kurzem verkauft worden. Erst vor zwei Tagen ist ein Objekt in der Parallelstraße auf den Markt gekommen, das schon im Mai 2006 vom jetzigen Besitzer erworben wurde. Jetzt will der um 625.000 USD verkaufen. Zillow.com hält das nicht für aussichtslos, aber die Preisbandbreite schwankt zwischen 480.000 und 633.000. Jedenfalls wartet die Nachbarschaft gespannt, denn er hat es schon einmal vor einem Jahr probiert. Genau am 5. Juli 2010 hat er das Haus in der Leigh Avenue 97 um 625.000 auf den Markt gebracht und am 4. Dezember wieder vom Markt genommen. Jetzt startet er einen neuen Versuch. Davor war das Haus im Jahr 2005 um 310.200 USD verkauft worden, und der jetzige Besitzer hat es dann am 2. Mai 2006 um 455.000 USD erworben.

Laut Zillow.com haben die Häuserpreise in den vergangenen 30 Tagen um rund 28.500 USD zugelegt, also könnte mein Nachbar, wenn der Trend anhält, Glück haben.

Ich lerne an diesem Tag enorm dazu, und das Schöne ist, alles, was mir die resolute Nachbarin erzählt, kann ich später online nachlesen. Als Journalist weiß ich das zu schätzen, ich muss nicht mitschreiben.

Also: In meinem Township leben 16.762 Menschen, davon sind 4.680 nicht in den USA geboren. Rund drei Viertel sind Weiße, 14 Prozent Asiaten, fünf Prozent Afroamerikaner. 52,8 Prozent sind Akademiker und weitere 25,5 Prozent haben den Titel des Bachelors erworben.

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Jahr beträgt 105.662 USD. Nur habe ich in all dem Datenwust noch nicht herausgefunden, was mein russischer Nachbar, von dem ich weiß, was sein Haus wert ist, nun tatsächlich verdient.

Aber mit großer Wahrscheinlichkeit steht demnächst ein anderer Nachbar vor der Tür, der mir erzählt, was ich verdiene und was meine Kinder so treiben. Das weiß er, weil er auf Facebook ist und es irgendwie geschafft hat, auf die Liste der Freunde zu kommen.

Der Oberste Sowjet tagt

Wer Amerikanern österreichische Politik erklären will,
hat seine liebe Not ...

David Tubbs ist Professor am renommierten New Yorker King's College. Er unterrichtet Politik- und Rechtswissenschaften und hat ein Faible für den ehemaligen Ostblock. Bei einem Bier in der Triumph-Bar in der Nassau Street in Princeton stellt er mir ein paar harmlose Fragen, die mich erstaunlich schnell ins Schleudern bringen. »Wie sind die Wahlen in Österreich ausgegangen?«

Ich erzählte ihm, dass es sich mit Wahlen in Österreich so ähnlich verhalte wie mit dem Fußballspielen und zitiere einen Witz. Frage: Was ist Fußball? Antwort: 22 Mann rennen einem Ball nach und am Ende gewinnen die Deutschen. Umgelegt auf österreichische Wahlen heißt das: 6,4 Millionen Österreicher wählen und am Ende regiert Rot-Schwarz. »Warum ist das so?«, fragt David. Er ist zwar ein gefragter Wissenschaftler, aber er stellt einfache Fragen, also gebe ich ihm einfache Antworten: weil mit den Freiheitlichen, die stark genug wären, um in einer Regierung eine Rolle zu spielen, die anderen nicht wollen, nicht einmal die anderen Oppositionsparteien. Also bleibt in dem Farbenspiel nur Rot-Schwarz. Kaum habe ich ihm die österreichische Logik präsentiert, erwischt mich Tubbs mit einer Frage, von der man auf Anhieb nicht sagen kann,



ob sie einfach genial oder einfach blöd ist. »Warum koalieren aber zwei Parteien, die völlig unterschiedliche politische Konzepte haben?« Jetzt bin ich endgültig in der Zwickmühle. Ich könnte ihm erklären, und damit wäre ich ja nicht weit von der Wahrheit entfernt, dass die zwei dadurch, dass sie so lange miteinander regiert haben, in Wirklichkeit inhaltlich gar nicht so weit von einander entfernt sind – beide wären im amerikanischen Spektrum Linksparteien –, aber auf den Versuch, die österreichischen Parteien inhaltlich zu verorten, lasse ich mich lieber gar nicht ein.

Immerhin ist David Tubbs Politikprofessor und das Eis könnte da dünn werden. Stattdessen entscheide ich mich für ein unverfänglicheres Argument: aus Staatsräson! Ja, sie koalieren, weil sie die Verantwortung für das größere Ganze sehen. In dem Moment, in dem ich das sage, wundere ich mich, dass ich wie ein einfaches Rudeltier reagiere. Egal, wie unsinnig man findet, was in der eigenen »Herde« passiert, Außenstehenden gegenüber will man die eigene Truppe in einem respektablen Licht erscheinen lassen. Der Mechanismus muss in die Gene eingebrannt sein. Die zwei Parteien wollen nicht miteinander, sage ich zu ihrer Ehrenrettung, aber sie opfern sich, weil sonst das Land unregierbar wäre. Nur trauen sie sich nicht über den Weg und deshalb verhandeln sie jetzt einen umfassenden Koalitionsvertrag, damit keiner den anderen später über den Tisch ziehen kann. Deshalb gibt es jetzt monatelange Verhandlungen, die dann in nächtelangen Abschlussrunden münden, und dann wird Schwarz auf Weiß festgelegt, was sie in den kommenden fünf Jahren tun werden.

»Das klingt ja nach dem Fünfjahresplan, den der Oberste Sowjet in der alten UdSSR immer ausgearbeitet hat – und man weiß ja, wie das ausgegangen ist«, erwidert Tubbs und schiebt nach: »Karl Poppers »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« hat es bei euch mit Sicherheit nicht auf die Bestsellerliste geschafft.«

Und da kann man ihm leider nicht widersprechen ...

Fliegende Experimente

Die amerikanische Zivilluftfahrt ist seit Jahren in der Krise. Während Cessna, Beechcraft und Piper, die einstmals großen Drei, bessere Tage erlebt haben, bleibt der Trend zum Selberbauen ungebrochen. Rund 25.000 Experimental- Flugzeuge, Marke Eigenbau, sind im US-Luftraum unterwegs. Sie sind die Zukunft der Fliegerei, sagen Experten.

Wer die Musik nicht hört, glaubt, der Tänzer sei verrückt geworden«, steht auf einer Plakette im Cockpit des Flugzeugs, das Earnest gebaut hat. Gleich neben der Aufschrift »Experimental«. Diese Kennzeichnung schreibt die Luftfahrtbehörde vor, damit jeder Passagier weiß: Bei der fliegenden Kiste hat der Pilot selbst Hand angelegt und die strenge Zertifizierung gibt es nicht. Wer da mitfliegt, tut es auf eigenes Risiko.

Earnest ist ein präziser Tüftler und hat mit großer Liebe zum Detail Konstruktionspläne umgesetzt, die aus der Feder des Gurus des Flugzeugbaus stammen: Burt Rutan ist der Säulenheilige der experimentellen Luftfahrtbewegung, dem alljährlich im Juli in Oshkosh bei der größten Flugschau gehuldigt wird. Rutan hat unter anderem den Voyager gebaut, das erste Flugzeug, das einen Non-Stop-Flug rund um den Globus absolviert hat, und Space-Ship-One, das

von Virgin-Airline und Microsofts Steve Ballmer finanzierte erste private Welt- raumtaxi. Auch Earnests Quickie 200 ist von Rutan entwickelt worden, in den 70er Jahren, als die gesamte zivile Luftfahrtindustrie kurz vor dem Zusammenbruch stand. Cessna hatte sich vorübergehend aus dem Markt verabschiedet, Grumman war in die Pleite geschlittert, bei Piper und Beechcraft jagte eine Umstrukturierung die nächste. Mitschuld an der Misere der Industrie waren skrupellose Anwälte, die im Namen trauernder Witwen das Flugzeug verantwortlich machten für den Absturz der Piloten. Unglaubliche Beträge wurden den Opfern zugesprochen und die kommerziellen Flugzeugbauer haben mit Rückzug oder Einstellung jeglicher Innovation reagiert.

Was nicht seit Jahrzehnten erprobt war, kam nicht mehr zum Einsatz und irgendwie haben die Airmen die Freude an den fliegenden Museumsstücken verloren und zur Selbstverteidigung gegriffen. Sie legen selber Hand an, so wie Earnest. Er hat die Pläne für seine Quickie von einer rabiaten Ehefrau gekauft, die ihren Mann in eine Anstalt für psychisch Kranke hat einweisen lassen, nachdem er mit den Bauanleitungen heimgekommen war. Earnests Frau war da toleranter und auch mutiger. Sie half beim Auflegen der Glasfaser-Matten und beim Schneiden des Schaumstoffs und war dann beim Jungfernflug am Flughafen von Ashville, North Carolina, mit dabei. Später flog sie dann regelmäßig mit. Immerhin schaffte Earnest 1.200 Flugstunden, ehe er sich einem neuen Projekt zuwandte. Jetzt steht seine Thatcher CX4 kurz vor der Fertigstellung, ein Einsitzer. Earnests Frau will nicht mehr mitfliegen.

Es hat sich eine eigene Industrie für Flugenthusiasten entwickelt. Lancair, Glasair, Velocity sind die prominenteren Entwickler, die den Flugenthusiasten Pläne und Bausätze liefern. Glasair etwa greift bei seiner Sportsman den Bastlern unter die Arme und verspricht, in zwei Wochen sei das Fluggerät startklar. Nur 51 Prozent der Arbeit muss der Pilot selber machen – damit sich das Haftungsthema erledigt und kein Anwalt den Lieferanten für Baufehler verantwortlich machen kann. Earnest hat sich den Traum von der grenzenlosen Freiheit über den Wolken selbst erfüllt. Auf eigenes Risiko!



30

Das Geschäft mit den guten Vorsätzen

Rund zehn Kilo hat der Durchschnittsamerikaner zu viel auf den Hüften - und zu Beginn des Jahres füllen sich die Fitnesscenter. Aber nicht für lange...

Für Jason Miller ist jetzt Hochsaison. Er managt eine Filiale des New York Sports Clubs und rund um die Jahreswende notiert er die meisten Neueinschreibungen. »Das schlechte Gewissen und die guten Vorsätze treiben die Leute zu uns«, erklärt Jason und heuer hat er noch mehr zu tun als die Jahre zuvor. Es läuft eine Rabattaktion: 19,90 Dollar pro Monat ohne jede Bindung, heißt es in der Werbung, und ich wundere mich. Wie kann einem börsennotierten Unternehmen wie der Town Sports International Inc. so ein Anfängerfehler passieren? Die machen 470 Millionen USD Umsatz pro Jahr und haben trotzdem keine Ahnung.

Jetzt, wo die Weihnachtsvöllerei und die Illusion, dass ein Neues Jahr auch einen neuen Anfang bringt, den Mitgliederstand automatisch in die Höhe treiben, reduzieren sie die Preise auf ein Drittel. Warum haben die nicht mich gefragt? Geduld, hätte ich ihnen geraten, und dann, irgendwann im März, hätte ich mit einem Supersonderrabatt jene gezielt angesprochen, die immer noch

nicht kapiert haben, dass sie sich bewegen sollen. »Ich versteh euch nicht«, sag ich zu Jason. Nicht, dass ich Aktien des Sportclubs hielte, aber ich habe einen Sinn für Eigentümer. Die müssen sich ganz schön verhöscherlt fühlen. Die Umsätze müssen ins Bodenlose fallen, mutmaße ich, ehe mir Jason einen tiefen Einblick in die Psyche der Fitnesssuchenden gewährt.

»Vor einem Jahr hat mich meine Mutter angerufen und mir von einem sensationellen Angebot eines Clubs erzählt. Die Mitgliedschaft um nur zehn Dollar! Sie hat sich gleich eingeschrieben und mich dazu.« Und er stellt mir dann die rhetorische Frage, wie oft ich glaube, dass er dort gewesen sei, und gibt gleich die Antwort: »Nicht ein einziges Mal habe ich den Fuß in dieses Sportzentrum gesetzt und meine Mutter im Übrigen auch nicht.« Das Modell habe sich sein jetziger Arbeitgeber angeschaut und nach langen Recherchen sei man zum Ergebnis gekommen, dass ein niedriger Mitgliedsbeitrag der beste Garant für hohe Profite sei.

Als Jason meine offensichtliche Überforderung bemerkt, legt er nach. »Unsere kleine Filiale in Princeton hatte schon bisher 2.500 Mitglieder, von denen nur rund 800 regelmäßig zum Training kommen. Das ganze Modell beruht darauf, dass Leute für etwas zahlen, das sie letztlich nicht konsumieren. Zu Beginn des Jahres wollen sie etwas in ihrem Leben verändern. Sie kommen regelmäßig, aber spätestens Mitte Februar ebbt das ab. Manche sind enttäuscht von ihren Fortschritten, bei anderen wird einfach der berufliche Alltag zu intensiv. Sie kommen zeitlich nicht mehr dazu. Sie nutzen unsere Anlagen nicht mehr, wollen aber trotzdem Mitglied im Club bleiben. Das gibt ihnen das Gefühl, ihre sportlichen Ansprüche nicht ganz hinter sich gelassen zu haben.

»Genau damit wollen wir unser Geschäft machen: mit denen, die zahlen, aber nicht kommen.« Und in der ganzen Vorbereitung auf die Rabattaktion ging es nur darum, herauszufinden, wo der magische Preis liegt, der dafür bezahlt wird, Teil der Sportgemeinde zu sein, ohne je von Schwitzenden geruchsbelästigt zu werden. Genial, diese Geschäftemacher – ganz schön blöd, diese Sportler!

31

New Yorker Luft-Geschäfte

In New York sind Immobilien extrem teuer, das beflügelt die Geschäfte mit der Luft. Schlechte Nachrichten für alle, die vom Penthouse in Manhattan träumen.

Ohne Doppeljackpot geht gar nichts mehr. Die Stadt, die besser als viele andere durch die Krisenjahre gekommen ist, hat wieder den Rekord-Modus eingeschaltet. Immobilien in New York waren nie teurer. Der durchschnittliche Verkaufspreis in Manhattan ist im vergangenen Jahr um 17,3 Prozent gestiegen, wie der jüngste Elliman-Report berichtet. Der durchschnittliche Verkaufspreis einer Immobilie betrug Ende des vergangenen Jahres 1,9 Millionen USD, der durchschnittliche Quadratmeterpreis lag bei 17.880 Dollar.

Wer in Manhattan verkaufen will, hat sein Objekt in der Regel nach 23 Tagen an den Mann gebracht. Die Bauträger sind in Hochstimmung. Die Neubauten gehen weg wie die warmen Semmeln und machen rund ein Fünftel aller Verkäufe aus. Rund die Hälfte der Neubauten in Manhattan liegt im Preissegment von einer bis drei Millionen. Nur rund 16 Prozent der Neubauten liegen im »Billigbereich« unter einer Million und belasten den Käufer im Schnitt mit 800.000 USD.

Besonders stark wächst das Luxussegment, weil die Superreichen aus al-



ler Welt Manhattan stürmen. 500 Objekte wurden im vergangenen Jahr an den Geldadel verkauft, um 27.777 USD/m² im Schnitt. Rund ein Drittel aller Neubauten wird für diese Klientel gebaut. Der Oligarch und ehemalige Senator Vitaly Malkin hat sich genauso eingekauft wie der griechische Korruptionist Dimitrios Contominas. Wie die New York Times berichtete, zieht der lockere amerikanische Umgang mit dem Gesellschaftsrecht viele an, die nicht gern gefragt werden, woher sie eigentlich ihr Vermögen haben. Die Columbus Skyline LLC, hinter der der chinesische Baumogul Wang Wengliang steckt, hat sich groß ins Time Warner Center eingekauft, genauso wie der amerikanische Football-Star Tom Brady.

Die Times kritisiert, dass der Markt immer intransparenter wird und eigentlich niemand mehr weiß, was wem gehört. Und das sei nichts anderes als eine offene Einladung für Geldwäscher aus aller Herren Länder.

Auch ein ganz eigener Markt entwickelt sich atemberaubend: Luftrechte! In Manhattan gibt es nämlich keine maximalen Bauhöhen, die Idee ist: Wer einen Flecken Erde besitzt, dem gehört alles, was darüber liegt – bis zum Himmel, und alles, was darunter liegt bis zur Hölle. Das führt zu dem eigenartigen Phänomen, dass die Preise für Luftrechte explodieren.

Die Blackstone Gruppe kaufte vor kurzem den Stuy-Town/ Peter Cooper Village-Komplex um fünf Milliarden Dollar. Wie erst jetzt bekannt wurde, waren in dem Deal auch rund 90.000 Quadratmeter Luftrechte enthalten, deren Wert auf 625 Millionen USD geschätzt wird.

So schauen Luftgeschäfte in New York aus!!!

Opiatkrise ungebremsst

Rund 75.000 Amerikaner sterben jährlich an einer Drogenüberdosis gestorben. Die Opiat-Epidemie hat ihren Höhepunkt erreicht.

Der Mann war nicht ansprechbar und rang nach Atem, als die Polizisten Thomas Lagomarsino und Andy Lee in die Wohnung kamen. Er hatte sich eine Überdosis gesetzt. Das erkannten die Beamten, weil sie es schon so oft gesehen hatten. Sie verabreichten ihm Narcan, einen Nasenspray, speziell entwickelt für Opiat-Opfer. Als dann die Notärzte eintrafen, hatte der Mann das Bewusstsein wiedererlangt.

Narcan gehört mittlerweile zur Standardausrüstung der Polizei. Bewusstlose, um ihr Leben ringende Drogensüchtige sind ein allzu gewohntes Bild. Auch für die Polizei in East Liverpool, Ohio, die zu einem ungewöhnlichen Mittelgriff. Im September entdeckten sie Rhonda Pasek und James Accord, bewusstlos durch Opiatkonsum, in ihrem Auto, auf dem Rücksitz befand sich ihr sichtlich geschocktes Enkelkind. Das war selbst den hartgesottenen Inspektoren zu viel. Sie stellten die Fotos auf ihre Facebook-Seite, mit der Erklärung: »Wir wissen, dass viele wegen dieser Bilder entsetzt sein werden. Das tut uns leid, aber es ist Zeit, dass die Öffentlichkeit erfährt, womit wir täglich zu tun haben.« Die Bilder lösten eine Welle der Empörung aus und gaben der Epidemie ein Ge-

sicht: das einer bewusstlosen, weißen Großmutter. Oma und Drogen in einem Satz, das passt überhaupt nicht zusammen. Was folgte, waren Schuldzuweisungen an eine Frau, die jedes Verantwortungsbewusstsein verloren und ihren moralischen Kompass über Bord geworfen habe. Aber auch East Liverpool wurde als Ort der Verzweiflung ausgemacht, in dem es kaum einen Haushalt gibt, der nicht in der einen oder anderen Form Sozialhilfe empfängt. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Stimmung depressiv. Wo sonst könnte eine Oma zum Junkie werden?

Ein Wissenschaftsteam um Janet Currie der Princeton University hat genau diese Frage untersucht: Wurde die Opiat-Epidemie ausgelöst durch die Finanzkrise und ihre Folgen – Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit?

Currie kommt dabei zu einem überraschenden Ergebnis. Es besteht kein Zusammenhang. Im Gegenteil: Ein Großteil der Süchtigen steht völlig normal im Arbeitsprozess. Sie sind nicht die verarmten Randgruppen, sondern haben etwas anderes gemeinsam: Irgendwann in ihrem Leben hat ihnen ein Arzt Schmerzmittel verschrieben, ganz legal auf Rezept.

»Ein bestimmendes Merkmal der Epidemie des Drogenmissbrauchs ist, dass viele Überdosierungen und Tote direkt auf legale Opiate zurückgeführt werden können, von einem Arzt verordnet«, sagt Currie, Professorin der Wirtschaftswissenschaften und Direktorin des Zentrums für Gesundheit der Uni Princeton.

Wenn man der Epidemie Herr werden will, dann reicht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht. Der sei zwar gut, aber aussichtsreicher wäre, sich die Verschreibepaxis der Ärzte anzuschauen, weil der Weg zum illegalen Fentanyl nicht beim Dealer, sondern bei den Göttern in Weiß beginne.

75.000 Mal kam jede Hilfe zu spät. Beiden Parteien in Washington beschlossen mit überwältigender Mehrheit ein Gesetz unterschrieben, das sechs Milliarden Dollar für die Bekämpfung der Krise vorsieht und harte Strafen für Dealer androht. Gleichzeitig wird auch massiv in Forschung investiert, um rezeptpflichtige, opiathaltige Schmerzmittel zu ersetzen.

Schlaraffenland für Gründer

Vor kurzem habe ich in den USA eine Aktiengesellschaft gegründet. Einfach nur so....

Einfach so. Ich wollte wissen, ob es tatsächlich so einfach ist, wie behauptet wird, und ob es so wenig kostet. Hier das Ergebnis: Die Gründung der AG hat drei Tage gedauert. Am Montag habe ich die Online-Registrierung gemacht, den Wunschnamen eingetragen, ausgesucht, ob ich die Gründungsunterlagen in einer Ledermappe mit Goldprägung oder als Loseblatt zugeschickt bekommen will. Ich hab mich für Goldprägung entschieden. Wie oft gründet man schon eine Aktiengesellschaft? Wenn schon, denn schon. Bei der Bestellung der gedruckten Aktien war ich mir nicht sicher. Eine Aktie schien mir gar mickrig und 500 Stück kamen mir zu protzig vor. Also sind es 100 Stück geworden, mit denen ich mir, klassisch bedruckt, wie sie sind, im Zweifelsfall das Häusl tapezieren kann.

Am Donnerstag kam dann das ganze Paket per Post: Lederband mit Goldprägung, Stempel, gedruckte Aktien mit dem Namen meiner INC. 429 US-Dollar oder 316 Euro hat der Spaß gekostet. Gut, es wäre auch schneller gegangen: Die Eilzuggründung einer Aktiengesellschaft geht binnen 24 Stunden und kostet

599 US-Dollar oder 442 Euro. Kein Mindeststammkapital, kein Gewerbeschein, keine Kammer, keine Umlage, keine Einschränkungen.

Kurz war ich versucht, ein Bauunternehmen anzumelden. Schließlich denkt sich jeder Journalist, dass er einmal im Leben etwas Ordentliches machen sollte. Also warum nicht Baumeister? Einfache Anmeldung genügt, ein Befähigungsnachweis wird nicht verlangt. Ausbildung und Erfahrung sind nicht notwendig, wenngleich auf der Infowebseite des Handelsregisters der nützliche Hinweis kommt, dass es vielleicht gerade bei Bauunternehmen ratsam sei, im Gründungsteam jemanden dabei zu haben, der schon irgendwann einmal irgendetwas gebaut hat, selbst wenn es aus Legosteinen war.

Ich hab mich dagegen entschieden, weil im Kleingedruckten stand, dass eine Versicherung abzuschließen wäre. Was natürlich in meinem Fall grundvernünftig gewesen wäre, denn wer will sich schon von einem unversicherten Journalisten sein Haus bauen lassen.

Es war mir dann zu kompliziert, außerdem hätte mein Chef vom Dienst für die unnötige Rechercheaufwendung einer Baumeisterversicherung wohl kein Verständnis gehabt. Also ist es eine Medienaktiengesellschaft geworden. Schuster, bleib bei deinen Leisten.

Die Schöne und das Biest

Was in den USA im Moment passiert, ist rätselhaft.
Die Suche nach Antworten im Yankee Doodle.

Michelle Obama, Ted Cruz, Jeff Bezos, Bill Bradley, James Stewart und Dutzende mehr hängen hier, in schwarzweiß, gerahmt im einheitlichen Format. Die Wände des Yankee Doodle, der Bierbar des Nassau Inn, in der Generationen von Studenten der Eliteuniversität Princeton den Lernstress vergessen haben, sind voll mit Porträts berühmter Abgänger. Einer hängt hier nicht: Donald J. Trump, der 45. Präsident der USA. Trotzdem ist er allgegenwärtig.

»Er ist nicht mein Präsident«, sagt eine etwas angegraute Abgängerin, die ihrer Bar auch lange nach den Unizeiten treu geblieben ist. Barack Obama hingegen sei ganz ihrer gewesen. »Hat er den Friedensnobelpreis verdient?«, Frage ich und bremse sie damit in ihrer Euphorie. »Allein 2016 hat er rund 26.000 Bomben abwerfen lassen, in Syrien, in Pakistan, in Jemen, in Libyen, in Afghanistan, im Irak«, lege ich nach. »Er hat den Dohnenkrieg dramatisch ausgeweitet und selbst amerikanische Staatsbürger ermorden lassen.«

Mit weit aufgerissenen Augen schaut mich die hochgebildete Lady an und es platzt aus ihr heraus: »Sind Sie Trump-Anhänger?« Jetzt ist klar, ich bin zu weit gegangen. Das Gespräch, das freundlich begonnen hat, ist dabei zu kippen.

Ein falsches Geständnis würde mir zu einer unfreiwilligen Bierdusche verhelfen, ein Satz Ohrfeigen nicht ausgeschlossen. Also bleibe ich bei der Wahrheit.

»Nein, bin ich nicht. Von Geburt bin ich Österreicher und von Beruf Journalist, beides verpflichtet mich zu gewisser Neutralität.«

Die Karte sticht. Wir bestellen noch ein Yuengling, das älteste Bier der USA, prosten uns zu. Meine Fragen hat sie allesamt nicht beantwortet und ich beschließe, ihr das nicht durchgehen zu lassen.

Kaum wiegt sie sich in Sicherheit, lege ich nach und wandere wieder auf einem schmalen Grat. »Amerikaner verdienen heute nicht mehr als vor 15 Jahren. Leute, die zweimal Obama gewählt haben, wählten diesmal Trump. War das die Rache für eineinhalb Jahrzehnte der realen Einkommensverluste? Haben sie einen Krätzensack wie Trump gewählt, um dem Establishment eins auszuwischen?«

Ich bilde mir ein, das ist eine legitime, wenngleich eine nicht ganz einfach zu beantwortende Frage. Aber wenn man sie hier in der Bar der geistigen Elite der USA nicht stellen darf, wo sonst?

»Sie haben ihn gar nicht gewählt!« So einfach sei das, meint die Lady. »Die Mehrheit, um genau zu sein rund drei Millionen mehr, haben Hillary gewählt.« Nach dem dritten Bier setzt die Realitätsverweigerung voll ein und ich sehe ein, es hat keinen Sinn mehr, darüber zu reden, dass das Wahlsystem genau so eben nicht funktioniert. Es geht um die Wahlmänner, die in jedem Bundesstaat vergeben werden.

Nur einen letzten Seitenhieb kann ich mir nicht verkneifen: »Obama wurde genau nach denselben Regeln zum Präsidenten. Warum waren sie bei Obama voll in Ordnung und jetzt nicht mehr?« Ich kriege einen eisigen Blick und sehe ein, ich habe mein Glück heute schon überstrapaziert. Selbst die gescheitesten Leute haben keine Antworten für mich, nicht einmal nach dem dritten Bier.

Ade, Yankee Doodle!

Tod aus Verzweiflung

Die USA werden Opfer einer Epidemie, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine halbe Million Menschen hinweggerafft hat.

Begonnen hat sie Anfang des Jahrtausend im Südwesten des Landes, um 2004 kam sie über die Appalachen, dann Florida, erfasste den Nordwesten des Landes. Heute hat sie sich in jedem Winkel der USA festgesetzt, die Epidemie, die zu einem dramatischen Anstieg der Sterblichkeit geführt hat. Sie trifft nur Weiße, die Altersgruppe zwischen 45 und 55 und nur die USA. In anderen Industrienationen kann das Phänomen nicht beobachtet werden. Mediziner sind ratlos.

Es brauchte einen Professor, um eine Erklärung zu finden. Angus Deaton, der an der Universität Princeton lehrende Nobelpreisträger, hat einen Begriff dafür gefunden: Tod aus Verzweiflung. Zwischen 1978 und 1998 sank die Sterblichkeitsrate dieser Altersgruppe um zwei Prozentpunkte. Damit lagen die USA im internationalen Gleichklang. 1998 drehte der Trend, seither steigt die Sterblichkeitsrate um einen halben Prozentpunkt pro Jahr. Der Unterschied: eine halbe Million Menschen, etwa so viele wie durch die AIDS-Epidemie, sind Opfer der stillen Seuche, geprägt von Selbstmord, Alkohol- und Drogentod.

Lange Zeit wurde das Phänomen übersehen. Weil der schleichende Tod mit

einem Rückzug der Betroffenen in ihre eigenen Welt zu tun hat und weil die Opfer entweder direkt oder indirekt Hand an sich selbst legen, werden sie als tragische Einzelschicksale abgestempelt. Oberflächlich betrachtet, scheitern die Betroffenen an sich selbst. Sie verlieren ihre Arbeit, Ehen gehen zu Bruch, die sozialen Beziehungen erodieren. Alkohol und Drogen betäuben den Schmerz.

Letztlich ist Verzweiflung die Todesursache und das hat viel mit den nicht erfüllten Erwartungen an ein Leben in materieller Abgesicherheit zu tun. Angus Deaton hat herausgearbeitet, dass ein handfester Zusammenhang zwischen dieser Epidemie und dem wirtschaftlichen Niedergang genau dieser Gruppe besteht. Die Erosion der weißen Mittelklasse setzte in den 70er-Jahren ein. Industriearbeitsplätze gingen verloren und mit ihnen auch der Zusammenhalt einer Gruppe, das Eingebettet- sein in ein Werk. Ganze Landstriche sind verödet, weil die Fabriken entweder zugesperrt oder nach Mexiko oder Asien verlegt worden sind.

Der amerikanische Traum ist für viele zu einem Alptraum geworden. Dafür spricht, dass Schwarze und Latinos dieser Alterskohorte von dem Phänomen nicht betroffen sind. Sie waren von vornherein nicht Teil dieses Traumes. Die Depression diskriminiert in diesem Fall Weiße. Warum das so ist, versuchen Deaton und seine Frau Anne Case, ebenfalls Professorin in Princeton, im Detail zu klären. Sie stehen dabei vor der schwierigen Frage, wie verlorengegangene Identität und frustrierte Erwartungen massenhaft in den frühen Tod treiben können.

In einem Beitrag für die New York Times schreibt Deaton: »Es gibt Millionen Amerikaner, deren Leiden durch Armut und Krankheit so schlimm oder noch schlimmer ist als jenes der Armen in Afrika und Asien... Es ist Zeit, dass wir aufhören zu glauben, nur Nicht-Amerikaner seien arm.« In Wahrheit sind viele so arm, nicht nur materiell sondern auch sozial, dass sie sich betäuben müssen, um ihre Existenz zu ertragen, die sie vor der Zeit beenden.

Der lange Marsch

Zu Fuß in eine bessere Zukunft: Latinos begeben sich seit Jahrzehnten auf den langen Marsch nach Norden, um der Armut in ihren Heimatländern zu entkommen.

Javier arbeitet an einer Shell-Tankstelle in Mercer County. Er kommt aus Mexiko und hat die rund 4500 Kilometer von seiner Heimatgemeinde nach New Jersey zu Fuß zurückgelegt.

Er ist illegal in den USA und das schon seit fast 10 Jahren. «Ich bin hierher gekommen, weil sehr viele Mexikaner da sind, und wir unbehelligt hier leben können. Meine Kinder gehen hier zur Schule, keiner fragt nach unserem Status.»

Der Bezirk hat eine »Don't ask, don't tell« Regel. Die lokale Polizei, die Schulen, das Gemeindeamt und auch viele Arbeitgeber fragen nicht nach Papieren. Die Unternehmen stellen an, führen die Lohnsteuern und die Sozialversicherung ab und das wars. Vor dem Finanzamt sind die Illegalen legal, vor der Einwanderungsbehörde Gesetzesbrecher. Nur die Immigration and Customs Enforcement (ICE) ist eine Bundesbehörde und die kümmert lokale Behörden wenig. Rund 200 Städte, darunter Los Angeles, San Francisco, New Haven, Portland, Philadelphia, haben sich ganz offiziell zu Schutzgebieten erklärt. Sie mel-

den keine Illegalen an die Bundesbehörden, sie unterstützen keine Abschiebungen, selbst dann nicht, wenn Illegale mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Jede Stadt hat ihre eigene Polizei, finanziert sie selbst, bestellt den Polizeichef, oft durch direkte Wahlen, und gibt sich selbst die Regeln. Dagegen ist Washington machtlos.

Dabei argumentieren viele der Kommunen sehr pragmatisch. Philadelphia etwa war ein Dorn im Auge, dass früher illegale Einwanderer aus Angst vor Abschiebung sich praktisch nie als Zeugen von Verbrechen gemeldet hätten. Die Angst habe man ihnen genommen und das habe der Aufklärungsrate gut getan.

In Los Angeles gilt seit 1979 die »Special Order 40«, die es dem LAPD (Los Angeles Police Department) verbietet, Verstöße gegen die Einwanderungsgesetze zu ahnden. Viele kleinere Städte haben zwar keine formellen Beschlüsse gefasst, scheinen nicht offiziell als Schutzzonen auf, sie folgen aber dieser Praxis.

Geschätzte 350.000 Latinos begeben sich jährlich auf den großen Marsch und sorgen dafür, dass die Population der 11,5 Millionen Illegalen weiter wächst. Washington scheitert genauso wie Brüssel regelmässig daran, in einem großen Wurf das Thema zentral zu bewältigen. Macht aber nichts, weil die amerikanischen Städte zwar keine perfekten aber pragmatische Lösungen finden. Solche, die es Javier ermöglichen seine Familie zu versorgen und alle paar Monate ein wenig Geld an seine Verwandten in Mexiko zu schicken. Und das ist ja was...

Die Lichter und das Mehr

Sie sind zurück, die opulenten Weihnachtsdekorationen. Ein sicheres Zeichen dafür, dass die wirtschaftlich schwierigen Zeiten vorbei sind.

Das Haus am Red Maple Drive 68 ist heller beleuchtet als so manche amerikanische Kleinstadt. Drei monströse Bären, vier überdimensionale Schneemänner, ein Charly Brown, ein Elefant, drei Hasen nur aus Lichterketten und dazwischen einige Christbäume mit stilisierten Geschenkpaketen davor. Man fragt sich, was die Botschaft der Lichtorgel sein soll und wie die Verbindung der Figuren zueinander und zu dem bevorstehenden Fest tatsächlich ist. Gut, alle haben irgendwann einmal bei Disney eine Rolle gespielt, nicht im selben Film, aber das scheint dem Dekorateur völlig unwichtig zu sein.

Einem nüchternen Europäer, der an die Krippe im Stall, Josef und Maria, die Schafe, den Esel und die Heiligen Drei Könige gewöhnt ist, fehlt das Gen der Unmäßigkeit. Hier wird das Beschauliche durch das grell Orgiastische ersetzt. Nicht nur am Maple Drive. Überall in den Vorstädten der USA ein Lichtermeer, grell, bunt, übermäßig – wie zu den besten Zeiten von Clark Griswold präsentieren sich die Häuser und Gärten.

Die eigentliche Botschaft hat nichts mit dem christlichen Fest zu tun, son-

dern nur mit der eigenen Befindlichkeit. Sie sagt deutlich: Uns geht's wieder besser! Die Lichter sind wieder voll aufgedreht! Es ist Vorweihnachtszeit im Jahr eins nach Ende der Wirtschaftskrise. Der Schock ist endgültig verdaut, die Normalität wieder eingekehrt. In den vergangenen Jahren hat Zurückhaltung regiert, weniger Rentiere, weniger Sterne, weniger Weihnachtsmänner. Es war alles gedämpft. 2015 aber bringt die Opulenz zurück, es wird wieder geklotzt und nicht gekleckert.

Geschätzte sieben Milliarden werden heuer in den USA ausgegeben, um Weihnachten im grellen Licht erscheinen zu lassen. Das Straßenbild verrät es und auch die aktuellen Statistiken bestätigen den Aufschwung. Das Gallup-Institut rechnet vor, die US-Bürger sind wieder in allerbesten Kauflaune: Heuer will man rund 830 Dollar für Geschenke ausgeben. 2014 waren es nur 720 Dollar und am Höhepunkt der Krise im Jahr 2008 gar nur 616. Im Vergleich dazu: Marketagent.com hat erhoben, dass Österreicher heuer 349 Euro (entspricht ca. 380 US-Dollar) für Geschenke ausgeben wollen. Das sind um 42 Euro mehr als vor einem Jahr, aber im Vergleich zu den USA bescheiden.

Hier wird wieder spendiert wie vor der großen Rezession, die Ausgaben erreichen das Niveau des Jahres 2006, sind aber noch nicht ganz auf dem Allzeithoch von 2007 (866 Dollar). Es fehlt nicht viel und irgendwie hat man das Gefühl, hier setzt man an zu einem neuen Höhenflug – und 2016 wird ein richtig gutes Jahr.

Die Wiedergänger des Klans

Am 12. Jänner 2019 marschieren einige wenige Maskierte durch Princeton und tragen Schilder, auf denen steht: »It's ok to be white«. Hunderte Gegendemonstranten vertreiben die Wiedergerher des Ku Klux Klans (KKK) aus der Stadt. Aber Erinnerungen an eine unheilvolle Vergangenheit werden wach.

Allein die Ankündigung reichte, um die Kleinstadt Princeton in Aufruhr zu versetzen. Anfang Jänner waren Plakate aufgetaucht, die eine Demonstration der New Jersey European Heritage Foundation am Palmers Square direkt im Zentrum ankündigten. Die Gruppe gilt als nationalistische Vereinigung in der Tradition des Ku Klux Klans.

Polizeichef Nick Sutton war alarmiert und Bürgermeisterin Liz Lempert erklärte, in den USA sei Redefreiheit garantiert, egal wie verachtenswert die geäußerte Meinung auch sein möge, aber:

»Wir wehren uns gegen diesen wirren Versuch, Hass zu säen.« Am Tag des angekündigten Marsches fanden sich hunderte empörter Bürger am Palmers Square und nur ein paar wenige Maskierte mit ihren mickrigen Schildchen, auf denen sie Weißen Mut zusprachen, dass Weiß-Sein nichts sei, wofür man sich schämen müsse.

Die paar Verwirrten hatten das Memo nicht bekommen. Die Organisatoren hatten den Marsch abgesagt und überrascht von der heftigen Reaktion nun behauptet, dass alles nur ein Akt der Realsatire gewesen sei.

Aber sie hatten eine Phantomdiskussion losgetreten, die in diversen sozialen Foren zu heftigen Schlagabtauschen führte. User Tom lieferte in der Kommentarspalte des Online-Forums Planet Princeton eine Schlagseite gegen die Liberalen, Linken: »Toleranz heißt doch, dass es ok ist, jeder Rasse, Hautfarbe und Herkunft zu sein.« Das inkludiere Weiße. Und User Joey Da Bull erklärte, die weiße Rasse sei die einzige, die keine Clubs nur für Weiße haben dürfe. Das sei doch diskriminierend. L. Sullivan meint: »Ich bin weiß und stolz drauf. Wenn es Black Lives Matter gibt und Gay Pride ... dann sollte das für Weiße auch ok sein.«

Die versteckten Rassisten hatten sich zwar nicht auf dem Platz, aber in den Foren Raum verschafft und sich in Erinnerung gerufen. Princeton, die Heimat einer der führenden Universitäten der Welt, ist ein guter Platz für den Klan. Woodrow Wilson war zunächst Professor an dieser Universität, dann ihr Präsident, ehe er 1915 Präsident der USA wurde. Und: Er war ein Klans-Mann. Im Weißen Haus hat er den Stummfilm »Geburt einer Nation« (»Birth of a Nation«, 1915) vorführen lassen, in dem der Klan verherrlicht wird und in dessen Schlussequenz Klan-Gänger in weißen Kapuzen einen Schwarzen lynchen und den Toten auf die Stufen eines Regierungsgebäudes werfen, ein Schild des KKK auf der Brust.

Wilson habe allein mit dieser Filmvorführung im Weißen Haus die Klans-Ritter hoffähig gemacht und dazu beigetragen, dass sie zu einer bestimmten sozialen Bewegung der 20er-Jahre wurden, kritisieren Historiker. Im vergangenen Jahr wurde die dunkle Seite des 28. Präsidenten der USA an der Universität Princeton intensiv und kontroversiell diskutiert, mit dem Ergebnis: Die Politik- und Staatswissenschaftliche Abteilung heißt nach wie vor »Woodrow Wilson School of Government«.

Es ist eben nicht leicht, mit den dunklen Seiten der eigenen Geschichte ins Reine zu kommen. Vielleicht gibt es deshalb die Wiedergerher.



Fliegen und Spielen

Unternehmertum beginnt in den USA früh. Die Gründer sind um die 20 und starten ihr Geschäft bereits in der High School – ohne bürokratische Hürden.

Viele Flugreisen beginnen mit einem Akt der Verschwendung. Da fährt man zum Flughafen, stellt sein Auto gegen teure Gebühren im Parkhaus ab, fliegt an seinen Zielort und mietet dort, wieder gegen gutes Geld, einen Wagen. Einen fahrbaren Untersatz braucht man ja. Vorher und nachher sitzt man im Auto, aber man hat sein Konto ordentlich belastet, nur um das zu tun, was man eh schon getan hat. Ganz schön komisch, dachte sich Kevin Petrovic und gründete zusammen mit Shri Ganeshram und Rujul Zaparde das Unternehmen »flightcar«.

Es löst das Problem der Verschwendung, indem es Abreisende und Anreisende zusammenbringt, sprich jene, die an einem Ort ein Auto haben und es parken müssen, und jene, die eines brauchen, weil sie ihres an einem anderen Ort zurückgelassen haben. Abreisende vermieten an Ankommende ihr Auto und verdienen Geld, statt es teuer zu parken. An den Flughäfen von San Francisco, San Jose, Los Angeles, Boston, Seattle, Philadelphia, Washington, D.C., Dallas, Austin und Oakland hat Kevin schon seinen Dienst eingerichtet. Der

Dienst wird mittlerweile mit AirBnB und Uber in einem Atemzug genannt und hat im September 2014 in einer dritten Runde 13,5 Millionen Dollar von Investoren bekommen, um die Expansion zu finanzieren.

Die Gründer sind Anfang 20 und Kevin saß vor zwei Jahren noch mit meinem Sohn auf der Schulbank der Princeton High. Dort war Kevin in guter Gesellschaft. Er war nicht der einzige Gründer. Sabor Dasgupta (19) etwa hat aus seiner Liebe zu Schach und Mathematik die Online-Plattform chessacademy.com gemacht, auf der sich nunmehr Spieler aus 190 Ländern tummeln mit dem Ziel, besser zu werden. Nicht alle Ausflüge der Schüler der Princeton High School ins Unternehmertum sind derart spektakulär: Chris etwa bietet die Reparatur bzw. den Tausch von iPhone-Touchscreens an, weil die Kids die mit schöner Regelmäßigkeit ruinieren. Meine Tochter hat das gleich zwei Mal im Abstand von drei Monaten geschafft. Dank Chris kriegt sie trotzdem kein neues Handy. Ein anderer Mitschüler hat jetzt, da es wärmer wird, einen Radreparaturdienst eröffnet, direkt an der Schule. Der Direktor weiß das und findet's gut, solange die Kinder ihre Steuer zahlen. Die muss am 15. April abgegeben werden – aber das war's dann auch schon mit bürokratischen Beschränkungen.

Wenn ich da so sehe, was sich an Unternehmertum schon in der High School meiner Kinder abspielt, denke ich an meine Verlagsgründung in Wien vor 19 Jahren. Kaum waren wir im Firmenbuch eingetragen, kam ein Prüfer der Wirtschaftskammer, der ein Gutachten verfassen musste, ob wir eine KG sein dürfen oder eh nur eine KEG. Wir hatten noch keinen Umsatz gemacht, da stand schon ein Finanzbeamter im Haus, um zu untersuchen, ob das keine Scheinfirma wäre, und dann flatterte der Strafbescheid der Gewerbebehörde ins Haus wegen unbefugten Betriebes eines Gewerbes. Dass Verlegen kein Gewerbe, sondern ein demokratisches Grundrecht ist, wussten die Amtskappler natürlich nicht. Es passt ja auch nicht ins System.

40

Licht und Schatten

Folterberichte, rassistische Polizeigewalt: Das momentane Bild der USA könnte kaum schlechter sein und es überschattet die enormen Leistungen, die das Land erbringt. Die Spitzenforschung bahnt den Weg in eine bessere Zukunft. Elite-Universitäten spielen dabei eine zentrale Rolle.

»Wir leben im Goldenen Zeitalter«, schwärmt Mark Allen, der Direktor des gerade erst eröffneten Krishna P. Singh Centers für Nanotechnology der Universität von Pennsylvania. »Vor wenigen Jahren haben wir noch geglaubt, dass wir nie in der Lage sein werden, einzelne Atome zu sehen, heute schieben wir sie hin und her und positionieren sie in Formationen, die völlig neue Möglichkeiten eröffnen.« Anfang Oktober 2014 hat das Zentrum seine Tore geöffnet, das zu den führenden seiner Art zählt. In dem 7.200 Quadratmeter großen Bau arbeiten die Forscher der Universität mit den modernsten Geräten. Medikamente, die punktgenau an die richtigen Körperzellen geliefert werden, Speichermedien für Energie, die »fossile Energieträger« überflüssig machen, so Mark Allen, neue Verfahren, Trinkwasser effizient aus Meerwasser zu gewinnen, daran wird hier gearbeitet. Aber auch weitaus profanere Dinge haben das Interesse der Forscher geweckt. Kleiderstoffe, die länger halten, Golfbälle, die

gerader fliegen und die Harry-Potter-Decke, die unsichtbar macht. Professor Nader Engheta arbeitet daran, Lichtwellen so zu manipulieren, dass Objekte für das menschliche Auge tatsächlich nicht wahrnehmbar sind. Die Forscherinnen Alison Sweeney und Shu Yang sind dabei, ein Rätsel zu lösen, das die Menschheit seit Ewigkeiten beschäftigt. Wie kann die Energie der Sonne effizienter gespeichert werden? Die Riesenschnecken vor der Insel von Palau liefern dazu die Anregung. Sie haben nämlich in einem extrem feindlichen Umfeld einen Weg gefunden, aus Sonnenlicht Algen zu produzieren und aus den Einzellern Nahrung. »Wie die Schnecken das machen, widerspricht so ziemlich allem, was wir über Energiespeicherung bisher gewusst haben«, sagt Shu Yang. »Das Sonnenlicht am Äquator ist so intensiv, dass die meisten Pflanzen zerstört werden. Aber die Riesenschnecken haben eine Struktur entwickelt, die das Licht bricht und Algensäulen in ihren Körpern wachsen lässt. Die Evolution hat ein perfektes System hervorgebracht, Licht effizient zu nutzen. Wir bauen das jetzt nach.«

Dabei hat das Forschungszentrum den Anspruch, die eigenen Entwicklungen marktfähig zu machen. »Wir ermöglichen Weltklasse-Forschung«, sagt Mark Allen, »und wir zielen darauf ab, diese Forschungsergebnisse in marktfähigen Produkten zu sehen. Wir bringen Innovatoren und Unternehmer zusammen.« Ein eigenes Zentrum für Technologietransfer kümmert sich um die Zusammenarbeit mit führenden Industriekonzernen, hilft aber auch dabei, Startup-Unternehmen zu gründen. So kommerzialisiert die Universität ihre Patente und sorgt dafür, dass die Forscher noch bessere Rahmenbedingungen bekommen. Krishna P. Singh, nach dem das Forschungszentrum benannt ist, wurde von dieser Universität ausgebildet. Er hat dann seinen Konzern Holtec International aufgebaut, der heute weltführend bei der Entsorgung von atomarem Abfall ist. 20 Millionen US-Dollar hat Singh seiner Alma Mater gestiftet, denn »ohne sie wäre ich nie dorthin gekommen, wo ich heute bin«. Die Elite-Universitäten bringen Licht in ein Land, damit es nicht endgültig in der Schattenwelt versinkt.

41

Drohnen, Spitzel und Konsorten

Wie aus Barack Obama innerhalb weniger Jahre Richard Nixon, der Zweite wurde.

Tim hat sein Studium abgeschlossen. Anfang Mai hat er seine Abschlussarbeit beim Princeton Theological Seminary eingereicht. Jetzt ist er, mit Anfang 50, Theologe mit Diplom – im Zweitberuf, versteht sich. Im Erstberuf ist er Opernsänger mit Vorliebe für Bachs Matthäus-Passion.

Im Garten seines Hauses, direkt bei der Universität Princeton, stoßen wir auf seinen Erfolg an und ich frage: »Tim, was hat dich in deinem Abschlussjahr am meisten bewegt?« Er wird sehr nachdenklich und sagt dann: »Die Drohnen.« Nun hatte ich von einem frischgebackenen Theologen einiges erwartet, aber warum kommt er ausgerechnet auf die Drohnen? Professor John R. Bowlin habe in seinem Seminar ausführlich darüber referiert, was die US-Armee im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet anrichtet. Der ganze Landstrich sei devastiert, das Gemeinschaftsleben völlig zusammengebrochen. Jeder misstraue jedem, alle hätten Angst vor plötzlich, aus heiterem Himmel kommenden Raketen Treffern.

»Unschuldige werden zu Opfern, weil sie zufällig in der Nähe eines mutmaßlichen Terroristen sind. Und die Regierung Obama macht es sich leicht, in-

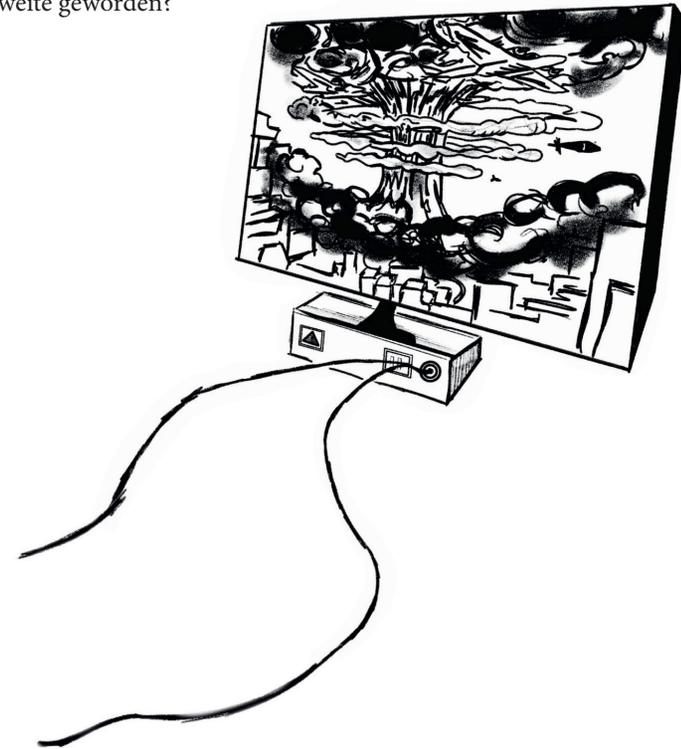
dem sie alle im Umkreis eines Terroristen auch als feindliche Krieger einstuft.« Deshalb gibt es niemals zivile Opfer. Zivilisten zählen nicht als Zivilisten, wenn sie dumm genug sind, sich in der Nähe eines Terroristen aufzuhalten. Tim hatte sich bis zu dem Seminar noch nie mit der Thematik auseinandergesetzt. In den US-Medien spielt sie keine Rolle und John Bowlins Ausführungen haben sein Weltbild erschüttert. »Was wir in Pakistan tun, ist eine moralische Schande«, sagt Tim »Es untergräbt alles, wofür wir stehen, und mit jedem von Drohnen getöteten, unschuldigen Opfer kreieren wir neue Terroristen.«

Tim ist ein anständiger Mensch. Er erkennt Unrecht, wenn er es sieht. »Mir ist unbegreiflich, wie Barack Obama jemals den Friedensnobelpreis verliehen bekommen konnte«, meint Tim und ich versuche eine schräge Erklärung: »Man hat nicht einen Mann, sondern ein Wunschbild ausgezeichnet. Man hat auf Obama projiziert, was man in Amerika gern gesehen hätte.« Zu Jahresbeginn hat Obama ein Gesetz unterschrieben, den National Defense Authorization Act.



Es schränkt die Bürgerrechte massiv ein, indem es das mittelalterliche »Habeas Corpus«-Recht aushebelt. Kein Bürger sollte willkürlich festgenommen werden, beschlossen die Engländer 1679.

Barack Obama macht das 2013 rückgängig. Mutmaßliche Terroristen dürfen ohne Gerichtsverfahren, ohne das Recht auf ein Verfahren, ohne Chance auf Verteidigung beliebig lange gefangen gehalten werden. Das Gesetz erlaubt auch den Einsatz von Drohnen in den USA gegen US-Bürger. Obama hat dem Rechtskraft verliehen, aber gleichzeitig dazu gesagt, er werde von seinen Rechten keinen Gebrauch machen. Genauso wie die Steuerbehörden niemals als Instrument verwendet werden würde, um politische Gegner fertigzumachen, oder wie im Land der Mutigen und Freien niemals Journalisten bespitzelt werden würden. »Es ist eine moralische Bankrotterklärung«, sagt Tim, aber wahrscheinlich ist er als Theologe mit Diplom einfach zu sensibel. Oder ist tatsächlich aus der Lichtgestalt Barack Obama in wenigen Jahren Richard Nixon der Zweite geworden?



Leben in der Simulation

Wirklichkeit ist nichts anderes als eine Computersimulation, sagen nicht nur Spinner aus der Sci-Fi-Szene, sondern auch ernsthafte Wissenschaftler. Washington liefert starke Argumente für die These.

Elon Musk, der Tesla-Gründer, vertritt die These und ernsthafte Wissenschaftler schließen sich dem an, was Nick Bostrom, der Oxford-Professor, 2003 das erste Mal formulierte.

Wenn es alte, technologische Zivilisationen im Universum gibt und wenn diese Computersimulationen entwickeln, dann muss es eine enorme Anzahl simulierter Realitäten geben, bevölkert von künstlich intelligenten Wesen, die nicht die leiseste Ahnung haben, dass sie in einer erfundenen Welt leben. Wir gehören dazu.

Für Bostrom ist klar: Wenn es Wesen höherer Intelligenz gibt, dann leben wir mit ziemlicher Sicherheit in einer Computersimulation. Mit anderen Worten: Die GscheiterIn aus dem All machen sich ihren Spaß mit uns und wir merken es nicht einmal.

NBC-News zitiert den Computer-Wissenschaftler Scott Aaronson von der Universität von Texas: »Fehler in der Programmierung unseres Universums wären – wie in den Matrix- Filmen – ein beobachtbarer Hinweis auf eine Simu-

lation.« Ungereimtheiten im Programmverlauf, Schlampigkeiten der Entwickler, die sich auf das Sichtbare konzentrieren, aber dort nachlässig werden, wo sie glauben, dass keiner hinschaut, könnten uns dabei helfen, herauszufinden, ob an Bostroms These etwas dran ist. Die Simulation offenbart sich durch ihre Schwachstellen.

In Washington läuft im Moment ein großangelegtes Experiment in Sachen Simulation, genannt Impeachment. Die Demokraten glauben, dass sich die Entwickler unserer Welt nur geirrt haben können, als sie 2016 den Orangen-Mann ins Weiße Haus gesetzt haben. Sie fahren jetzt, was Software- Entwickler ein Debugging nennen. Die 2016 eingefügten Code- Zeilen sollen gestrichen werden, weil kein Programmierer einer Simulation, der sein Geld wert ist, so perfide mit der Menschheit umspringen könne, dass er jemanden zum mächtigsten Mann der Welt macht, der offensichtlich dafür völlig ungeeignet ist. Entweder der Entwickler war betrunken, eingeraucht oder ihm war so langweilig, dass er eine halbblustige Wendung beschloss. Schluss mit den respektablen Präsidenten, zu denen man aufschauen konnte, die in der Lage waren, moralische Imperative zu formulieren und so etwas zu mimen wie das Vorbild einer ganzen Nationen, einer ganzen Welt. Wer von Abraham Lincoln über Theodor Roosevelt, John F. Kennedy und Barack Obama zu The Donald kommt, kann es nicht ernst meinen.

Debugging-Projekt Impeachment

Mit Donald J. Trump war die Antithese der Vaterfigur geboren, der laute, pöbelnde Chef, der herzieht über alle, die sich ihm widersetzen, sie klein macht und wie ein Halbstarker nur den Modus des Imponiergehaves kennt. Adam Schiff, der demokratische Chefankläger, will Debugging um jeden Preis, auch wenn das heißt, dass die ganze Gründungslegende der Founding Fathers über Bord geworfen werden muss. Das Konstrukt, das sich James Madison, Alexander Hamilton und Thomas Jefferson in den Gründungspapieren der Union ausgedacht haben, kann keine Bedeutung haben, wenn es am Ende zu einer Figur führt, die jetzt im Weißen Haus sitzt, sagen Schiff und Co. Gewaltenteilung ist obsolet, es regieren die Gralshüter, ein faires Verfahren mit Rechten des Angeklagten ist null und nichtig.

Wer jemanden wie Donald Trump zum Präsidenten macht, hat seine Glaubwürdigkeit als Erschaffer verspielt und kann nicht mehr ernst genommen werden. Die Simulation hat ausgedient, die Demokraten erschaffen eine neue.

Bostroms Mastermind muss wirklich Sinn für Humor haben, deshalb hat er nicht eine Simulation gemacht, sondern zumindest eine zweite für die Republikaner. Die Welt der einen hat mit der Welt der anderen nichts zu tun. Im republikanischen Senat mag man The Donald zwar auch nicht und hätte liebend gerne einen Grund, den Immobiliencycoon aus Absurdistan zu entsorgen, aber die Traditionalisten halten fest an der bisherigen Erzählung und der Dreifaltigkeit aus Madison, Hamilton und Jefferson, die ein Konstrukt entwickelt haben, das den Wähler gleich drei Mal entscheiden lässt: über Repräsentanten, Senatoren und den Präsidenten.

Alle drei Gewählten haben begrenzte Macht und kontrollieren einander, keiner kann den anderen so einfach abberufen, es sei denn aus ganz wichtigem Grund, wie Hochverrat zum Beispiel. Madison-Hamilton-Jefferson haben eine Realität geschaffen, in der der Wähler Gewählte gegen Gewählte ausspielen kann. Ganz schön raffiniert und das von Leuten, über die man vieles sagen kann, nur eines nicht: Sie waren keine Computer-Programmierer und haben mit Sicherheit keine Simulation erfunden, sondern der Realität ins Auge geschaut und die Schwächen der politischen Akteure erkannt. Die Machtgier des einen durch die Machtgier des anderen zu begrenzen, ist ein gefinkelter Schachzug und stammt aus einer Zeit, in der sich die Frage, ob Wirklichkeit wirklich ist oder nur simuliert (und wie oft), mit Sicherheit nicht gestellt hat.

Was für eine schöne, alte Welt.

43

Trump und die Wende im Windschatten

Trumps Twitteriaden und der Theaterdonner um seine Person halten die Medien und die aufgeregte Politiköffentlichkeit in Atem. Ruhig und konsequent hingegen läuft im Hintergrund der radikale Umbau des Staates.

Ob der amerikanische Präsident Donald Trump seine mediale Omnipräsenz als geschicktes Ablenkungsmanöver inszeniert oder ob ihn sein überdimensioniertes Ego gar nicht anders agieren lässt, ist eigentlich einerlei. Was immer die Motive sind, Trump erzeugt jenen Windschatten, in dem ein radikaler Umbau des Systems möglich ist.

Politico, das renommierte Magazin, das klar in den Reihen der Trump-Kritiker steht, listete Ende 2017 138 Punkte auf, die der neue Präsident ziemlich unbeobachtet von der Öffentlichkeit durchgesetzt hat, und räumte mit der eigenen Legende auf, dass da ein überforderter Polit-Schausteller am Werk sei, der außer Schlagzeilen wenig produziere. Trump liefert und arbeitet eine Agenda ab, von der viele naiv glaubten, sie existiere gar nicht. Die Regeln werden auf allen Ebenen umgeschrieben, mit dem Ziel Wachstum zu generieren. Dem wird

fast alles untergeordnet: Arbeitsrecht, Klima- und Naturschutz, Konsumentenschutz.

Klarer Sieg für Uber & Co

Ganz vorne auf der Politico-Liste steht die Anfang Juni 2017 getroffene Entscheidung von Arbeitsminister Alexander Acosta, die Richtlinien für die Interpretation des Arbeitsrechts (Fair Labor Standards Act) aufzuheben. Ein klarer Sieg für Uber, McDonalds und Co, wertete Politico. Sie können jetzt viel freier Werkverträge abschließen und müssen nicht befürchten, dass das Arbeitsministerium korrigierend eingreift und aus Lieferanten Angestellte macht – was unter Barack Obama immer wieder geschehen ist. Die Arbeitskosten sinken und Unternehmen brauchen sich um Krankenversicherung und Lohnsteuerabfuhr keine Sorgen mehr machen. Gleich zum Drüberstreuen hob Acosta die Haftung der Konzernzentralen für Arbeitsrechtsverletzungen von Franchisenehmern auf.

Gleich nach Amtsantritt hatte der frischgebackene Präsident die Verordnung 13771 erlassen, wonach für jede neue Regulierung zwei alte abzuschaffen seien. Am 30. September ging das Fiskaljahr zu Ende und Budgetdirektor Mick Mulvaney legte eine Zwischenbilanz vor: Mit den neu verfassten Vorschriften wurden tatsächlich 22 alte entsorgt. Die Kostensenkung dadurch: 8,1 Milliarden US-Dollar, aber das ist erst der Anfang.

Projekt Bürokratieabbau

Seit Amtsantritt Trumps wurden 1579 geplante Vorschriften zurückgezogen oder verschoben. Sie sollen nicht belasten, wenig kosten und viel bringen: Das sind die Kriterien für neue Regelungen.»Unified Agenda« heißt das Projekt Bürokratieabbau, das Budgetdirektor Mick Mulvaney koordiniert und ihn zu einer Schlüsselfigur des Kabinetts macht. Für 2018 hat er sich viel vorgenommen und einen detaillierten Plan für jedes Ministerium veröffentlicht, der auf der Webseite des »Office of Management and Budget« im Detail abgerufen werden kann.

Ganz oben auf der Liste steht die Neufassung des Dodd- Frank-Acts, der nach der Finanzkrise mit dem Ziel erlassen wurde, riskante Spekulationen im Bankensektor zu verhindern. Damit habe man aber weit übers Ziel geschossen und bewirkt, dass vielen mittelständischen Unternehmen der Geldhahn zugedreht wurde. Die Bestimmungen sollen gelockert werden. Insbesondere die Volcker-Regel – benannt nach dem ehemaligen Notenbankchef – ist den Kon-

servativen ein Dorn im Auge. Auf 272 Seiten wird hier festgelegt, was im Bankensektor alles als zu riskant gilt. Seit Mitte 2017 arbeiten die betroffenen Ministerien daran, die Beschränkungen zu lockern.

So erratisch der amerikanische Präsident in seinem öffentlichen Verhalten ist, so eindeutig zieht sich ein roter Faden durch die Handlungsweise seiner Regierung. Viele sehen ihn noch nicht und sind abgelenkt durch die tägliche Show aus dem Weißen Haus. Die russischen Verschwörungstheorien und die permanente Twitter-Aufgeregtheit beschäftigen die Öffentlichkeit und im Windschatten wird in aller Stille an einem ganz neuen Amerika gebaut, an einem, das nicht ganz so sympathisch ist, aber erfolgreich – vielleicht.



44

Ganz schön krank

Das Gesundheitssystem in den USA ist ganz schön krank. Ärzte und Krankenhäuser legen die Kosten willkürlich fest und geraten dafür immer stärker unter Kritik.

Die Geschichte von Herrn Hong wurde Anfang des Jahres in vielen US-Medien breitgetreten, weil sie den trockenen Zahlen einer Studie der Universität von Kalifornien in San Francisco ein Gesicht und einen Namen gab. Herr Hong, eines Tages von schweren Bauchschmerzen gepeinigt, begab sich in die Notaufnahme des nächstgelegenen Krankenhauses. 30 Stunden später wurde er operiert. Alles verlief völlig problemlos – bis dann die Rechnungen kamen. Herr Hong, ein Investmentbanker, machte sich zunächst keine Sorgen. Er war versichert. Leider hatte das Krankenhaus, das er ausgesucht hatte, keinen Vertrag mit seiner Versicherung – und die Rechnung über 59.283 Dollar landete bei ihm.

»Es gibt keine vernünftige Begründung für die Kosten, die Krankenhäuser verrechnen«, erklärt Renee Hsia gegenüber der New York Times. Die Notfallmedizinerin war Coautorin der Studie, die herausfand: Blinddarmoperationen kosten in einzelnen Krankenhäusern 1500 US-Dollar, in anderen werden bis zu 182.955 Dollar dafür verrechnet. Sie untersuchte 19.368 Fälle, bei denen Erwachsenen unter 60 der Blinddarm problemlos entfernt wurde. »Wir haben ei-

nen Preisunterschied vom Zwei- bis Dreifachen erwartet – aber das 100-Fache ist einfach unfassbar.« Renee Hsia hat sich auch die Kosten einer Geburt angeschaut und fand ein ähnliches Bild: Zwischen 3296 und 37.227 US-Dollar verrechneten die Krankenhäuser für die Geburtshilfe. Die Preise haben überhaupt nichts mit den tatsächlichen Kosten zu tun. Viel wichtiger ist die Wohngegend. In »reichen« Vierteln, steigen automatisch die Behandlungskosten.

»Die Art, wie Preise zustandekommen, und die Art, wie für Leistungen bezahlt wird, ist so undurchsichtig wie in keiner anderen Industrie. Für den Patienten ist es sehr schwer, als informierter, preisvergleichender Konsument zu agieren«, sagt Hsia. Die Erwartungen, dass der Affordable Care Act – besser bekannt als »Obama-Care« – daran etwas ändert, ist gering. Das Gesetz konzentriert sich – mit wenig Erfolg – darauf, mehr Versicherte ins System zu bringen und damit die Zahllast einer breiteren Basis aufzuhalsen. Die willkürliche Preisgestaltung bleibt im Kern nicht angetastet. Die Krankenhäuser werden lediglich dazu verpflichtet, ihre Preise für häufig vorkommende Behandlungen öffentlich zu machen. Der Idee der Transparenz hat sich aber das Healthcare Bluebook, eine von zahlreichen Medienkonzernen unterstützte Initiative, verschrieben. Es liefert online Daten darüber, was ein fairer Preis für eine Behandlung in der jeweiligen Wohngegend ist.

10.832 US-Dollar dürfte demnach eine Blinddarmoperation in New Jersey kosten, wenn man vier Tage im Krankenhaus bleibt. Das Bluebook liefert auch gleich Verträge mit den Krankenhäusern mit, die man sich ausdrucken kann, um sie vom Anbieter vor der Operation unterschreiben zu lassen. Weil aber nicht zentral verrechnet wird, braucht man auch einen Vertrag mit dem operierenden Arzt und natürlich mit dem Anästhesisten. Bleibt zu hoffen, dass man vor jedem Krankenhausbesuch ausreichend Zeit hat, den Papierkram zu erledigen ...

45

Ich starte meine eigene Pfarre...

»Ich starte meine eigene Pfarre«, sagte der Theologiestudent aus Princeton und sein europäischer Gesprächspartner ertappte sich beim Kaiser Ferdinandschen-Gedanken: »Ja, darf er des....«

Es ist ein Rätsel, dass mir das In-den-USA-Sein täglich aufgibt. Die Amis sind uns so ähnlich aber gleichzeitig sind sie doch so völlig anders und ich hechle diesem Unterschied nach und versuche ihn bei jeder Gelegenheit festzumachen. Manchmal ist es wie in einem Selbsterfahrungsseminar. Ich ertappe mich bei Gedanken, die so schockierend Wienerisch sind und mich hin stoßen auf die Andersartigkeit.

Zu Silvester war ich mit meiner Familie bei einem Theologieseminaristen, seiner Frau und seinen reizenden drei Töchtern eingeladen. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, eigentlich ist der angehende Theologe Opernsänger, ein Tenor, der die großen Rollen von Mozart bis Puccini in den besten Häusern dieser Welt gesungen hat. In Pennsylvania, in einer sehr religiösen Farmerfamilie aufgewachsen, fühlte er sich immer als christlicher Missionar, der bisher seine Botschaft mit seinem Gesang verbreitete. Es war Silvester und irgendwann kam die Frage nach den Pläne für die Zukunft und Tim antwortete: »Ich gründe meine eigene Pfarre.« Als er das sagte, schoss ein Gedanke durch meinen Kopf, bei

dem ich mich sofort sehr alt fühlte: »Ja, darf er das...« Es war irgendwie ein Ferdinandscher Reflex, der in mir als Österreicher eingepflanzt ist, der mich denken ließ, dass ein derartiger Schritt – eine eigene Pfarre zu gründen – ja irgendwie von der Obrigkeit sanktioniert sein müsse.

Nicht in den USA, das erklärte mir Tim gleich, indem er seine Idee wie einen Businessplan präsentierte. Ein wesentliches Kriterium für ihn war, dass seine neue Pfarre nicht zu nahe an der alten, an jener, wo er bisher mitgearbeitet hatte, sein dürfe. Er wolle nicht, dass sein neues Unterfangen als Konkurrenz empfunden werde.

Denn schließlich verbinde ihn viel mit der Westerly Road Church, die ja auch eine höchst eigene Entstehungsgeschichte hatte: Drei kinderlose Geschwister hatten sich irgendwann von einem netten Aktienhändler einreden lassen, sich an einem Fonds zu beteiligen. Sie kauften die Papiere, zahlten ein und dann vergaßen sie die Geschichte. Jahr für Jahr kamen per Post die aktuellen Abrechnungen, die sie sich nicht einmal anschauten. Meist landeten die Briefe ungeöffnet in der Rundablage.

Es vergingen dreißig Jahre ehe die Neugierde siegte und sie doch nachschauten und feststellten: Ihre Fondsanteile waren ein Vermögen wert, ein Vermögen, das ihnen bisher nicht abgegangen war und das sie auch in Zukunft nicht für sich in Anspruch nehmen wollten. In der Kirche, in die sie bisher gingen, aber fühlten sie sich nicht mehr wohl und entschlossen sich, mit dem Geld kurzerhand eine eigene zu gründen. Sie bestellten bei einem Baumeister ein Fertigteilgebäude, das ließen sie in der Westerly Road aufstellen. Dann schrieben sie die Stelle des Pastor aus und beauftragten ihn damit, eine Gemeinde aufzubauen.

Jeder kann seine Kirche gründen, jeder darf das, auch Tim. In ein, zwei Jahren öffnet er die Tore, verbreitet seine Botschaft, hofft, dass viele Schäfchen kommen, denen er spirituell etwas geben kann und die umgekehrt für seinen Dienst zu zahlen bereit sind. Denn man fragt keine Obrigkeit und, solange man die Rechnungen zahlen kann, braucht man sie auch nicht.

46

Schule macht Immobilien Preise

In Orten mit guten Schulen sind Immobilien teurer.
Schulmanager schaffen Vermögen.

Steve Cochrane lädt zu einem Town-Hall-Meeting. Er ist der neue Manager des Schulbezirks und das Thema, über das er mit Eltern und Lehrern in Princeton, New Jersey, diskutieren will, lautet: »Wellness: Wie wir unseren Kindern helfen können ein glückliches, erfülltes und erfolgreiches Leben zu führen.«

Er hat sich einiges vorgenommen für den Abend und will über Zeitmanagement, Stressbewältigung, Beziehungen und über Chancengleichheit reden. Das ist ein ziemlich dichtes Programm für einen ziemlich kurzen Abend, aber der Mann muss sich beweisen. Er wurde Anfang des Jahres bestellt und will seine Position festigen.

Seine Vorgängerin Judy Wilson hatte den Schulbezirk bis zu ihrer Pensionierung fest im Griff und war ungemein populär. Sie erhielt für ihre Schulen eine Auszeichnung nach der anderen und viele sagen, sie habe zum Höhenflug der Immobilienpreise beigetragen. Denn: Orte mit guten Schulen sind beliebt und dementsprechend steigen die Hauspreise. Princeton ist mittlerweile ein teures Pflaster. Davon wiederum profitiert Cochrane: Ihm stehen heuer 79 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Er ist Chef von 294 Lehrern an sechs Schulen,

auf rund zwölf Schüler kommt ein Lehrer. Die Schulen sind sensationell ausgestattet und die Verträge der Pädagogen gut dotiert. Cochrane kann sich seine Pädagogen aus einer Flut von Bewerbern aussuchen.

Er ist der Macher im lokalen Schulsystem und seine erste große Abendveranstaltung dient dem Stimmenfang, denn an den Urnen wird über seine Zukunft entschieden. Dabei steht nicht der Superintendent selbst zur Wahl, sondern das Gremium, das ihn bestellt oder eben wieder absetzt. Das Board of Education der Gemeinde Princeton ist das oberste Schulorgan und jedes der neun Mitglieder wird direkt von den Gemeindebewohnern für eine dreijährige Funktionsperiode gewählt. Der Election-Day im November ist ein Fest der Demokratie – neben Präsidenten, Senatoren, Kongressabgeordneten, Bürgermeistern, Sheriffs und Richtern stehen auch die Mitglieder der Schulbehörden zur Wahl. Und die Wähler wissen, dass sie nicht nur über Bildungsziele, das Budget und den Schulmanager abstimmen, sie entscheiden auch darüber, wie viel ihre Häuser in Zukunft wert sein werden.

Die Stadt Camden liegt nicht einmal 30 Kilometer von Princeton entfernt und dort ist ein 120 Quadratmeter großes Haus um 18.000 Dollar zu haben. In der 77.000 Einwohner zählenden Stadt werden jährlich 1.995 Gewaltverbrechen und 4.085 Eigentumsdelikte verübt. Die Schulen sind inferior, die Stadtpolizei kaum mehr existent und die Gemeinde vor dem Bankrott. Die Kommunen finanzieren sich über die Grundsteuer in der Höhe von rund 1,5 Prozent des Verkehrswertes der Liegenschaften, und wenn die Häuser nichts mehr wert sind, sitzt die Gemeinde auf dem Trockenen.

Cochrane arbeitet in Princeton unter paradisischen Umständen und er wird daran immer wieder erinnert, wenn er auf der Autobahn an der Abzweigung Richtung Camden vorbeikommt. Paradies und Hölle liegen nah beieinander. Deshalb muss man darauf achten, nicht irgendwann die falsche Abfahrt zu erwischen.

47

Was für ein Theater

Wer in New York Theater machen will,
muss ein Business-Profi sein.

Wien am Vorabend des Ersten Weltkrieges, das ist der Schauplatz des Theaterstücks »Final Analysis« von Autor Otho Eskin. Die Protagonisten: Sigmund Freud, Gustav Mahler, Alma Mahler, der junge Hitler und ein Revolutionär aus Georgien namens Jossif Vissarionovich Dzhughashvili, alias Stalin.

Seine Premiere feierte das Stück beim Midtown International Theater Festival in New York City und heimste gleich sieben Preise ein. Durch den Erfolg motiviert, versucht die Truppe um Regisseurin Ludovica Villar-Hauser das Stück im Pershing Square Signature Center auf die Bühne zu bringen – und das ist kein leichtes Unterfangen. Broadway-Produktionen kosten Millionen, aber auch Off-Broadway ist eine teure Angelegenheit. Das Theater liegt zwar in der 42. Straße, aber einige Blocks vom Epizentrum der Szene entfernt.

Wer hier Theater machen will, muss zuerst einmal mSponsoren finden. »Die geplante Produktion kostet 315.000 Dollar«, sagt Villar-Hauser, die in London aufgewachsen ist und deren Mutter eine Österreicherin war. Die ersten 50.000 schaffte sie über Kickstarter, eine Online-Plattform für die Kreativwirtschaft. Das System dort funktioniert so: Der Projektbetreiber beschreibt sein

Vorhaben, definiert sein Finanzierungsziel, und nur wenn er die selbst gesteckte Hürde tatsächlich überschreitet, kriegt er das Geld. »Final Analysis« schaffte es und landete auf Anhieb unter den 25 bestfinanzierten Theaterproduktionen. Das Geld ist vorgesehen für Design, Versicherungen und vor allem für Marketing und PR, also hauptsächlich dafür, die restliche Finanzierung aufzutreiben. Weitere 100.000 Dollar kosten die Kostüme, der Proberaum, die Bühnenausstattung und die Depotzahlung, damit das Theater die Reservierung aufrecht hält. Bis 31. Juli braucht die Produktion dann weitere 165.000 Dollar, um endgültig grünes Licht zu bekommen.

»Wir werden das Ziel erreichen«, zeigt sich Villar-Hauser optimistisch. Die Spender bekommen neben dem guten Gefühl, das die Unterstützung zeitgenössischer Kunst verleiht, eine ganze Menge: Sie können den Betrag von der Steuer absetzen und erhalten ein Sponsorenpaket. Für 35.000 Dollar darf man sich »Associate Producer« nennen, mit 20.000 ist man immerhin »Unterstützender Produzent«. Außerdem gibt es zwei Tickets und Einladungen zu allen Partys. Um 7.500 Dollar kriegt man zwei Premieren-Tickets, samt Einladung zur Feier. Wer 1.000 Dollar spendet, darf bei einer Probe dabei sein und bekommt Autogramme von allen Schauspielern.

»Man muss ein bisschen verrückt sein, um sich das anzutun«, räumt die Regisseurin ein. Aber das macht die Faszination New Yorks aus: die größte Ansammlung von Träumern und Verrückten auf diesem Planeten.

48

Zeitreise per Bahn

Wer in Manhattan in einen Pendlerzug Richtung Newark steigt, beginnt eine Zeitreise zurück in die Vergangenheit. Der Weg führt durch Tunnel aus dem Jahre 1910 – und so schauen sie auch aus. Trotzdem explodieren die Passagierzahlen.

Die Kappen der Schaffner sehen aus, als stammten sie aus der Requisite eines Hollywood-Streifens. Die Zeit: die 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Der Ort: New York City, Penn Station. Das Genre: ein Trauerspiel – für alle jene, die täglich auf die Bahn angewiesen sind, um aus dem Westen in die Stadt zu kommen. Zwei Bahntunnel, jeweils eingleisig, führen über diesen Korridor zur Penn Station. Beide wurden 1910 gebaut und seither nicht erweitert. Sturm Sandy hat ihnen 2014 den Rest gegeben. Die North River Tunnel sind permanent beschädigt. Fahrpläne sind jetzt mehr Traum als Wirklichkeit. Mitunter dauert die 20-Kilometer-Fahrt nach Newark drei Stunden.

Alle Versuche, das Nadelöhr zu beseitigen, sind gescheitert, genauso wie die Reparatur der Rolltreppe zwischen Bahnsteig 15 und 16 in den 1970er-Jahren. Amtrak, die staatliche Bahngesellschaft, besitzt die Penn Station; Die städtische MTA (Metropolitan Transportation Authority) und die dem Bundesstaat New



Jersey gehörende NJ Transit nutzen den Bahnhof. Man konnte sich nicht darauf einigen, wer denn die Rolltreppe zu reparieren hätte. Also stand das Ding. Ob die Kosten von 82.000 Dollar im Schlüssel 80:20 oder 82:18 geteilt werden sollten, darüber wurde vier Jahre lang gestritten, Studien in Auftrag gegeben. Als man sich endlich zu einem Kompromiss durchrang, dauerte die Instandsetzung drei Monate. Einen Tag nach der Wiederinbetriebnahme gab die Rolltreppe erneut den Geist auf.

Scheitern hat Tradition

NJ Transit begann im Jahr 1995 die Planung eines neuen Tunnels, nannte es Projekt ARC und scheiterte 2011 am Veto von Gouverneur Chris Christie. Man könne sich den 10-Milliarden- Tunnel nicht leisten, meinte Christie, stampfte die Vorplanungen ein und verscherzte es sich mit den Pendlern. Als er dann auch noch eine Fahrspur auf der George-Washington-Brücke mitten im Stoßverkehr sperren ließ, um sich an politischen Gegnern in Fort Lee zu rächen, erlitt seine Karriere endgültig irreparablen Schaden. Stichwort: Bridgegate.

2016 wurde das Projekt Gateway aus der Taufe gehoben, das als größtes Infrastrukturprojekt der USA gepriesen wurde, ehe das Transportministerium im heurigen Juli ausstieg. Präsident Obama hatte die Hälftefinanzierung zugesagt, Donald Trump will davon nichts mehr wissen.

Pendler sind Unbill gewohnt und trotz des miserablen Zustands, in dem sich der Nord-Ost-Korridor befindet, steigen die Nutzerzahlen rasant an. Der Hauptgrund dafür: Die Bahnverbindung ist mies – aber die Straßenverbindungen über den Holland und Lincoln Tunnel sind noch mieser.

Scherbenhaufen USA

Die Vereinigten Staaten sind die Zerstrittenen Staaten von Amerika geworden. Kann Joe Biden die Wunden heilen?

Wenn erst Trump besiegt sei und der Unselige aus dem öffentlichen Leben verbannt, dann könne man zurückkehren zu dem, was einmal war, sagen viele meiner demokratischen Freunde. Deshalb sei es wichtig, dass Twitter, Facebook und Co. Donald sperren und dass YouTube ihn aus dem digitalen Gedächtnis streiche. Der Ex-Präsident sei ein Symbol für eine Verirrung, stehe für eine Phase, in der man den Weg verloren habe.

Das sei jetzt vorbei, mit Joe Biden kehre man zurück zur Normalität, sagen meist ältere Semester, die ihr gesamtes Erwachsenenleben mit dem Politiker Biden verbracht haben. Er verkörpert das Establishment, 1972 erstmals als Senator gewählt, seither ununterbrochen in Washington, von 2009 bis 2017 als Vizepräsident, jetzt als Präsident.

Er verkörpert die Sehnsucht nach dem, was einmal war, in einer Verklärung der Vergangenheit. Denn Bidens politische Geschichte ist geprägt von opportunistischen Allianzen und verheerenden Reformen. Zu Beginn seiner politischen Karriere verbündete er sich mit dem mächtigen Robert Byrd, dem längst dienenden Senator, einem ehemaligen Mitglied des KluKluxKlan und ein Südstaa-

ten-Demokrat, der vehement gegen die Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre auftrat. Biden versuchte gemeinsam mit Byrd, das »Busing« zu verhindern, die Initiative, die vor allem Kindern aus Schwarzen-Ghettos helfen sollte, eine bessere Bildung zu bekommen. Mehr Diversität sollte erreicht werden, indem Kinder aus benachteiligten Gegenden mit Bussen in »reichere« Schulen gebracht wurden. Biden war dagegen, was ihm während des Vorwahlkampfes der Demokratischen Partei 2019 die Kritik seiner jetzigen Vizepräsidentin Kamala Harris einbrachte: »Ich war das Mädchen im Schulbus«, sagte sie, das die Möglichkeit auf Bildung dem »Busing“-System zu verdanken habe. Dass ihre Eltern wohlhabende Akademiker waren, mag natürlich auch geholfen haben.

Als Präsident Bill Clinton nach den verlorenen Midterm- Wahlen des Jahres 1994 in höchster politischer Not war und die Wiederwahl ein fast aussichtsloses Unterfangen schien, war Joe Biden zur Stelle. Die Partei sollte einen dramatischen Schwenk nach rechts nehmen und das Thema Law&Order für sich besetzen. Mit der Strafrechtsreform des Jahres 1994 wurden die Mindeststrafen für Drogendelikte dramatisch erhöht, mit verheerenden Konsequenzen gerade für die afroamerikanische Bevölkerung, die mit höherer Wahrscheinlichkeit im Gefängnis landet als auf einer Universität. 49,8 Prozent der Strafgefangenen in den USA sitzen wegen Drogendelikten ein, die mit Mindeststrafen belegt sind, im Schnitt 94 Monate lang.

45,9 Prozent der Inhaftierten hat kaum oder keine kriminelle Vergangenheit. Der Bericht der United States Sentencing Commission (USSC) liefert ein verheerendes Bild. Zusammen mit Bill Clinton tat Joe Biden 1994 was gerade politisch opportun war, genauso wie 2002 als er sich als Vorsitzender des Außenpolitischen Komitees des Senats vehement für den Militäreinsatz im Irak aussprach. Afghanistan, Syrien, Libyen – überall propagierte Biden Militäreinsätze als sie populär waren, kaum drehte sich die öffentliche Meinung, drehte sich auch Biden. Der Irakkrieg sei ein Fehler gewesen, betonte Biden in krauser Logik im jetzigen Wahlkampf: Er sei nur dafür gewesen, um ihn zu verhindern. Der Krieg in Libyen habe nur zwei Milliarden USD gekostet und kein Amerikaner sei gestorben und aus Afghanistan solle man sich jetzt noch nicht zurückziehen, es sei nach 19 Jahren militärischer Präsenz viel zu früh.

Biden's Wahlkampf wurde massiv von der Finanzindustrie unterstützt, schließlich hat man dort nicht vergessen, dass es Joe Biden war, der 2005 den »Bankruptcy Abuse Prevention and consumer Protection Act« durch den Kongress brachte. Das Gesetz traf Studenten massiv, die sich für ihr Studium ver-

schuldeten. 2005 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung schulterten Studenten 56 Milliarden Dollar Schulden bei privaten Finanzinstituten, zehn Jahre später waren es 150 Milliarden – und das von Biden mitgetragene Gesetz versperrte den Weg der Schuldenregulierung.

Während seiner gesamten politischen Karriere flirtete Biden intensiv mit der Rüstungs- und Finanzindustrie und seine ersten Nominierungen für Ministerämter deuten nicht darauf hin, dass er im Weißen Haus eine Kehrtwendung machen wird. Aber genau das macht ihn zur berechenbaren Größe und die Republikaner rund um Mitch McConnell arbeiten lieber mit ihm als mit Donald Trump.

Schließlich ist Biden eine Kreatur Washingtons, oft hat er mit Republikanern gestimmt und der Ausgleich mit der Republikanischen Partei wird gelingen. Die Eliten verbünden sich.

Aber die Harmonie am Capitol Hill bedeutet noch lange keine Harmonie im Land. Der Riß geht nicht durch Washington, er klappt zwischen Washington und dem Rest des Landes. Als am 6. Jänner, Dem Tag als der Kongreß die Wahlmänner zählte, fast eine Millionen Trump-Anhänger demonstrierten, und ein paar Gesetzlose das Capitol stürmten, endete das mit einer pauschalen Verunglimpfung der Demonstranten. Das sei der Mob, erklärte Biden, Aufständische, die eingesperrt gehörten. Ein Versuch das Land zu einen, schaut anders aus.

Fast die Hälfte der Bevölkerung glaubt, die Wahlen seien gestohlen worden – und es gibt dafür reichlich Gründe. Jene die Trump 2016 gewählt haben, waren getrieben von dem Gefühl, von den Eliten im Stich gelassen worden zu sein. Die USA haben in Asien eine Mittelklasse geschaffen, dabei aber die eigene geopfert. Die produzierende Industrie ist vielfach abgewandert und die herrschende Philosophie: «Wenn es in China billig Arbeit gibt, dann kaufen wir viel davon», hat ganze Landstriche devastiert. Das Mittlere Einkommen in den USA ist zwar zwischen 1970 und 2018 um 49 Prozent gestiegen, (Pew Report) aber der Großteil des Zuwachses – 40 Prozent - kamen bis zum Jahr 2000. Danach verflachte er Anstieg auf magere 0,3 Prozent im Jahr.

Die Opfer der Globalisierung haben Trump 2016 gewählt, rund 62 Millionen. Vier Jahre später haben 74 Millionen Amerikaner ihm die Stimme gegeben und anstatt Vorwürfe des Wahlbetrugs aufzuklären, den Beschwerden einen Raum zu geben, hat der Supreme Court die Klage, obwohl vorgebracht von 20 Bundesstaaten, nicht gehört. Auch die Versammlung beider Häuser hat am

6. Jänner über einen Antrag, die Vorwürfe zu prüfen, nicht einmal abgestimmt.

Es gibt zwei große Gleichmacher in einer demokratischen Gesellschaft, die Wahlen und den Tod. Beim Urnengang zählt die Stimme des Bettlers gleich viel wie jene des Milliardärs. In der Theorie, aber nicht 2020. Das Land wurde mit 65 Millionen Wahlkarten geflutet und auf die Überprüfung der Identität des Wählers wurde in allen umstrittenen Bundesstaaten verzichtet. Wahlbeobachter wurden zum Teil gewaltsam aus Wahllokalen entfernt, Auszählungsräume blickdicht verbarrikiert, im nachhinein eine Begutachtung der Stimmzettel durch unabhängige Dritte verhindert, die forensische Untersuchung der Wahlmaschinen – trotz Anordnung des Senats in Arizona etwa boykottiert.

Marc Zuckerberg, der Facebook-Gründer, hat sich mit 350 Millionen USD ganze Wahlbehörden gekauft und ihnen vorgegeben, wo sie Wahlkarten sammeln müssen und wieviele Wähler zu registrieren sind. Der Milliardär hat genau soviel für die Wahlen ausgegeben wie der Staat. Hielte ein Entwicklungsland so Wahlen ab, sie würden international niemals anerkannt. Die

Wahlen in den USA waren eine Farce und wer etwas anderes behauptet, hat nicht wirklich hingeschaut. Der Trump-Hass macht blind. Die Eliten versöhnen sich, die Kluft zu den Bürgern wird immer größer. Die Fragen - warum wurde Trump gewählt, woher kommt die Unzufriedenheit, bleiben unbeantwortet. Covid19 und die massiven Einschränkungen durch die Behörden treiben Millionen von Amerikaner in die Armut. Die Selbstmordzahlen explodieren, die Zahl der Drogenabhängigen auch. Die »Deplorable« (Trademark Hilary Clinton) sind ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne Perspektive, von den Institutionen im Stich gelassen und werden bei Demonstrationen als Mob beschimpft.

Der Zorn ist gewaltig und er wächst mit jedem Tag. Washingtons Elite unterschätzen das. Sie sitzen auf einem Pulverfass, und das ist nicht figurative Rede. Die Amerikaner haben 2020 so viele Waffen gekauft wie noch nie: 17 Millionen Gewehre und Pistolen sind zum ohnedies schon reich bestückten Arsenal dazu gekommen. Die Waffen sind da und mit dem Zorn wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sie eingesetzt werden. Das Jahr hat Katastrophal begonnen mit vier Toten am Capitol Hill. Wer verhindern will, dass es viel mehr werden, sollte mit dem Verteufeln Andersdenkender aufhören. Lagerdenken kann man nur überwinden, in dem man nicht in Lagern denkt.

Wir lieben Schwarze - wir hassen Nigger

Heute sitzen in den USA mehr Schwarze in den Gefängnissen, als es vor 200 Jahren Sklaven gab. Warum sich daran unter Präsident Barack Obama nichts geändert hat.

Jody Armour hat eine gewaltige Afrofrisur. Sie ist nicht nur eine Haartracht, sie ist ein Statement, das schreit: »Ich bin ein Schwarzer.« Beim Reden hält er es eher mit den leisen Tönen. Armour ist Sohn eines Schwarzen und einer weißen Mutter, wie Barack Obama, er hat in Harvard Recht studiert, wie Barack Obama, und er lehrt heute an der Universität von Southern California. Wenn er spricht oder schreibt, dann meistens über Rassismus – etwa jenen der schwarzen Mittelklasse, die den sozialen Aufstieg geschafft hat und nun mit ihren weißen Mitbürgern in einen mRefrain einstimmt: »Wir lieben Schwarze, wir hassen Nigger.«

Sie unterscheiden damit zwischen sich, den steuerzahlenden, hart arbeitenden Aufsteigern, und den bösen m»Niggern«, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Jeder dritte Schwarze landet einmal in seinem Leben hinter schwedischen Gardinen. Von 2,3 Millionen Sträflingen, die heute in den USA einsitzen, sind 60 Prozent Schwarze.

In einigen Gegenden von Los Angeles – Watts, South Central – landen neun von zehn Schwarzen im Häfen. »Wir nehmen eine Gruppe, konzentrieren sie in katastrophalen Wohngebieten unter katastrophalen Umständen und wundern uns, dass sie verzweifelte Dinge tun. Wir sind von der Sklaverei nahtlos zum massenhaften Einsperren übergegangen«, klagt Armour.

Und warum hat sich daran unter dem ersten schwarzen mPräsidenten Barack Obama nichts geändert?

Armours Antwort: »Er hat die Lage nicht verbessert, er hat sie verschlechtert. Er hat seinen Amtseid geschworen mit der Attitüde des guten Schwarzen, des Privilegierten, der seine Politik auf die anderen Privilegierten ausgerichtet hat, und er hat dabei die Unterprivilegierten vergessen. Er hat moralisierende Ansprachen geliefert, statt tatsächlicher Hilfen, die den Zirkel der Armut unterbrochen hätten.«

Ein Strafgefangener kostet den Staat zwischen 30.000 und 50.000 Dollar pro Jahr. Das sei reine Geldverschwendung, meint Armour. Wenn ein Bruchteil dieser Gelder in Bildung investiert würde, schäue vieles ganz anders aus.

Mit puritanischem Feuereifer kämpfen die Amerikaner heute gegen Drogen, wie sie früher gegen Alkohol gekämpft haben. Unter Ronald Reagan wurde 1986 ein radikal verschärftes Drogengesetz verabschiedet, das verpflichtende Mindeststrafen einführte, die kein Richter unterschreiten durfte. Die schwarzen Mandatäre im Kongress haben damals brav mitgestimmt, genauso wie bei einer weiteren Verschärfung unter Bill Clinton. Wer heute mit einem Gramm LSD oder 100 Gramm Heroin erwischt wird, geht für fünf Jahre hinter Gitter, ohne Chance auf Begnadigung. Ein Zweittäter fasst ein Minimum von zehn Jahren aus und beim dritten Delikt ist eine lebenslängliche Strafe Pflicht. Kein Pardon!

»Präsident Obama und sein schwarzer Justizminister Eric Holder haben die Strafverfolgung intensiviert«, argumentiert Armour, »und damit nach der Pfeife der reaktionären Puritaner getanz: Sie lieben Schwarze – sie hassen Nigger.«

Breitbart und die Geschichte mit der Kuh

Das rechte Portal macht aus Nachrichten Propaganda mit einem menschenverachtenden Dreh.

Es hat etwas Masochistisches an sich. Ich weiß. Aber am Morgen nach der jüngsten US-Präsidentenwahl habe ich mir verordnet, jeden Tag breitbart.com zu lesen. Schließlich war Steve Bannon, der Wahlkampfleiter, der The Donald zu Mr. President machte, Chef des rechten Nachrichtenportals.

Ich hatte Trump nicht kommen sehen und so dachte ich mir, die von Breitbart verstehen etwas, das mir bisher völlig verborgen geblieben ist. Diese Lesetherapie ist eine wirkliche Übung in Selbstüberwindung, täglich, und ich hoffe, Sie, liebe Leserinnen und Leser, wissen zu schätzen, welche Opfer ich auf mich nehme, um besser zu verstehen, was da in den USA an die Oberfläche gespült wurde. Wie widerwärtig Breitbart ist, zeigt exemplarisch die am 20. März veröffentlichte Geschichte mit der Kuh und mit Jose N. Die Schlagzeile auf breitbart.com lautete: »Sex mit Kuh – Illegaler Einwanderer verhaftet.«

Im Gegensatz zu den rechten Recken verwende ich nicht den vollen Namen des Beschuldigten und auch sein Bild veröffentlichen wir nicht, das hat schon Breitbart gemacht, ganz ohne den bei uns üblichen schwarzen Balken vor den

Augen. Das Nachrichtenportal griff dabei eine zunächst im El Tejano veröffentlichte Meldung auf, derzufolge eine Grenzpatrouille Jose N. bei etwas beobachtet hatte, das aussah wie ein viehischer Liebesakt. Ganz sicher waren die Beamten aber nicht. Jedenfalls wurde Jose angezeigt, bekam vom lokalen Sheriff eine Geldstrafe von 1.500 US-Dollar aufgebremmt und wurde an die Grenzschützer übergeben. El Tejano aus dem Starr County berichtete: »Arrest wegen sexuellen Aktes mit Kuh.«

So weit, so schlüpfzig. Breitbart gab dem Ganzen eine Richtung, die genau in das Propagandaschema passt und outete Jose als illegalen Einwanderer – so, als ob es in der Sache einen Unterschied machte.

Ich kann nur an die große Rede des Bürgerrechtlers Martin Luther King denken, in der er den Tag herbeisehnte, an dem Menschen nicht nach ihrer Hautfarbe und Herkunft beurteilt werden, sondern nach der Stärke ihres Charakters.

Die Hetzer von Breitbart machen genau das Gegenteil und berichten mit Vorliebe von Mord, Totschlag und sonstigen Abartigkeiten, wenn Illegale und Ausländer die Täter sind und stricken weiter an der Mär, dass alles Übel von jenseits der Grenze komme.

tspricht einfach nicht den Tatsachen, dass illegale Einwanderer krimineller als US-Staatsbürger wären. Das belegt die Kriminalstatistik. Illegale werden halb so oft von Gerichten für schuldig befunden wie waschechte US-Amerikaner. Besser als die illegalen Einwanderer schneiden nur die legalen Einwanderer ab: Sie sind die gesetzestreueste Gruppe. Dass sie straffällig werden, ist um 86 Prozent weniger wahrscheinlich als bei Einheimischen. Die Zahlen wurden vom liberalen Cato Institut in einer im März 2017 veröffentlichten Studie präsentiert.

Aber wen interessieren Fakten, wenn es nur mehr um das Verbreiten der eigenen Vorurteile geht und darum, Ereignisse für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren? Die USA ist dabei, zu einer postfaktischen Gesellschaft zu werden, in der man sich aussuchen kann, welche Fake-News man glauben will: die von den rechten Demagogen oder den linken Ideologen.

Alle sind so versessen, das eigene Weltbild zu malen, dass sie verlernt haben, zu sehen, was Sache ist. Und Menschen – Täter wie Opfer – werden zu Kollateralschäden der diversen Propagandafeldzüge. Armes Amerika!

Mit Corona zur Bananenrepublik

Die USA sind dabei, sich zur Lachnummer zu machen.
Die Wahl im Zeichen der Pandemie droht zur Farce zu verkommen.

»Mein Vater hat bisher immer den republikanischen Präsidentschaftskandidaten gewählt. Diesmal wählt er den Demokraten«, sagt der aufgeregte Twitterer. »Das hätte er zu seinen Lebzeiten nie gemacht.« Klingt wie ein Witz, ist es aber nicht. Bei den Kongresswahlen 2018 haben 6.718 registrierte Wählerinnen und Wähler das Kunststück zuwege gebracht, ihre Stimme abzugeben, obwohl sie vor dem Wahltermin verstorben waren. Das nennt man Parteitreu über den Tod hinaus, oder auch einfach: Wahlbetrug!

J. Christian Adams, der Präsident der in Indianapolis beheimateten »Public Interest Legal Foundation« (PILF), schlägt Alarm und präsentiert eine Erhebung, die enorme Probleme offenlegt: 349.773 Verstorbene sollen immer noch in den Wahlverzeichnissen geführt werden, 43.760 Wähler sollen sich an mehr als einer Adresse registriert und bei den Wahlen 2016 auch tatsächlich ihrer Stimme x-fach Gewicht verliehen haben. Wahlen werden in den USA nicht zentral organisiert, jeder Bundesstaat organisiert den Urnengang nach eigenen Regeln. So hat etwa Phil Murphy, der Gouverneur von New Jersey, verfügt, dass im November ausschließlich per Briefwahl abgestimmt wird. In Zeiten der Pan-

demie sei ein Öffnen der Wahllokale nicht möglich, argumentiert er. Also sei Wählen per Brief die einzige Möglichkeit, das Wahlrecht zu sichern. Millionenfach werden also allein in New Jersey Stimmzettel ausgeschickt. Das Problem dabei: Die Behörde weiß eigentlich nicht genau, wohin. Es gibt kein zentrales Melderegister. Einzelne Haushalte werden mit Stimmzetteln geflutet, andere gehen leer aus. Auch beim Einsammeln der Stimmzettel sind Probleme vorprogrammiert. Das ist schon bei unbedeutenden Bezirkswahlen schiefgegangen. Richter Ernest Caposela hat mit seinem Urteil vom 18. August 2020 die Wahlen für den Gemeinderat von Paterson, New Jersey, aufgehoben. Der Grund: In einem einsamen Briefkasten fanden sich hunderte Stimmzettel. Vier Männer wurden wegen Wahlbetrugs angezeigt.

In Paterson wurden zudem 2.300 weitere Stimmen für ungültig erklärt, weil die Unterschrift auf dem Stimmzettel nicht der bei den Behörden hinterlegten entsprach. Das Chaos in Paterson ist ein schrecklicher Vorbote für die Präsidentschaftswahl im November. J. Christian Adams von PILF dazu: »Viele Bundesstaaten sind unvorbereitet und nicht in der Lage, die dramatisch ausgeweitete Briefwahl organisatorisch abzuwickeln.«

In neun Bundesstaaten werden automatisch Stimmzettel an alle registrierten Wählerinnen und Wähler ausgeschickt, darunter auch Kalifornien, Washington, Oregon. In anderen – wie Michigan, Maryland, Illinois – werden Anträge auf Stimmzettel an alle Registrierten geschickt. Bei der Wahl im Jahr 2000 saßen die Wahlkommissionen in Florida und versuchten herauszufinden, wo nun die Maschinen tatsächlich ihr Markert hinterlassen haben. Letztlich musste der Verfassungsgerichtshof zwischen Al Gore und George W. Bush entscheiden.

Gut möglich, dass wir diesen November ähnliche Bilder serviert bekommen – von streitenden Wahlhelfern, die sich nicht einigen können, ob die Unterschrift auf dem Wahlzettel jener im Archiv entspricht. Josh Mendelsohn, Chef von Hawkfish, einem vom Milliardär und ehemaligen New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg finanzierten Thinktank, warnt vor einem Horrorszenario. In einem Interview mit Axios erklärt er: »In der Wahlnacht könnte Donald Trump einen riesigen Triumph feiern, eine Woche später, wenn alle Stimmen ausgezählt sind, dreht sich das Bild und Joe Biden ist Präsident.« Dann beginnt die Schlacht, hoffentlich nur eine juristische. Beide Parteien haben sich mit Legionen von Rechtsanwälten aufmunitioniert, um das Ergebnis in jedem noch so kleinen Wahlbezirk anzufechten. Gut möglich, dass es Wochen oder Monate dauert, bis ein Sieger feststeht. Dann kommt nach der Pandemie das Chaos.

Kassandra unterwegs

Ein Contrarian schwimmt gegen den Strom, folgt nicht dem Zug der Lemminge. David A. Stockman beschreibt sich selbst so und liefert eine brillante Analyse, wie es zu Trumps Amerika kommen konnte: eine Tragödie mit vorhersehbarem Ausgang.

Zu Zeiten Ronald Reagans war der blutjunge David A. Stockman Budgetchef und hat erste Reihe fußfrei mitbekommen, wie die Konservativen ihre Liebe zu Schulden entdeckt haben. Unter dem heute in den Heiligenstatus erhobenen Reagan explodierten die Schulden, und Stockman zog sich zurück. Seither gefällt er sich in der Rolle der Kassandra – oder des »Contrarian«.

Reagans Misere war ein Mailüfterl im Vergleich zu dem, was sich jetzt ereignet. Das schreibt Stockman in seinem jüngsten Buch: »Trumped!« Untertitel frei übersetzt: »Eine Nation am Rande des Ruins ... und wie sie ein Comeback feiern kann«. Für Stockman ist Trump die Rache des kleinen Mannes an Wall Street und Washingtoner Eliten, sein Wahlsieg das Ergebnis einer völlig fehlgeleiteten Geldpolitik, an deren Anfang Alan Greenspan, der frühere Chef der Notenbank FED, stand. Als er 1987 antrat, betrug der gesamte Schuldenstand der privaten Haushalte und der öffentlichen Hand 11 Milliarden US-Dollar. Heute liegt er bei 53 Milliarden. Dazwischen lag die Ära des billigen Geldes, in der

Konsum auf Pump Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen sollte. Das Vehikel trug den technokratischen Titel MEW für »Mortgage Equity Withdrawal«. Mit anderen Worten: Das Eigenheim wurde zur permanent sprudelnden Geldquelle, höhere Kreditlinien ersetzten höhere Einkommen, und alle taten so, als wäre das dritte Auto, der nächste Urlaub im Fünf-Sterne-Resort und der kinoleinwandgroße Flatscreen verdient und nicht geborgt.

2008 krachte das Fantasiegebilde, und seither spüren Amerikaner, was sinkende Realeinkommen sind. 126 Millionen US-Bürger befinden sich heute im besten Arbeitsalter zwischen 25 und 54 Jahren. Nur 77,1 Millionen davon sind Vollzeitbeschäftigte. Die Gehälter sinken, die staatlichen Transferzahlungen steigen aber dramatisch. »Wenn die Transferzahlungen fast so hoch sind wie die Erwerbseinkommen, hat man ein System am Rande des Abgrunds«, sagt Stockman. »Das Sozialversicherungssystem ist bankrott, die 1,5 Milliarden Dollar schwere Studentenkreditblase platzt«, sagt Stockman. Die Tage, an denen die USA sich in jeden globalen Konflikt einmischen konnte, sind vorbei. Einer Pleite-Nation fehlen dazu die Mittel. »Das Imperium verdient es, von einem Außenseiter der ignoranten Sorte außer Dienst gestellt zu werden«, schreibt Stockman. Er ist aber nicht so optimistisch, in Trump einen Erneuerer zu sehen. Vielmehr sei er eine »disruptive figure«, einer, der deutlich macht, wie kaputt das System tatsächlich ist. Andere wachen dann vielleicht auf, die wirklich in der Lage sind, dem Land eine neue Richtung zu geben.

»Aber das wird erst möglich sein, wenn dieses Land wirklich am Ende angelangt ist und den Offenbarungseid leisten muss.«

Trumpland oder der falsche Film

Am Vorabend der Wahl fragt mich meine Frau, ob ich glaube, dass The Donald eine Chance hat und im Brustton der Überzeugung antworte ich: »Niemals«!

Einer der keine Muslime mehr in ein Land lassen will, das seit seiner Gründung offensiv mit Religionsfreiheit geworben hat, einer, der nicht nur Terroristen sondern gleich deren gesamte Familie umbringen lassen will, einer der Millionen Latinos deportieren will, einer der damit prahlt, Frauen sexuell zu belästigen, kann niemals Präsident der USA werden.

Wenige Stunden später war er gewählt und mein Bild von den USA auf den Kopf gestellt. »Er ist das Spiegelbild der Amerikaner« sagt mein Freund Tuvia Tenenbom, der gerade sein neues Buch »Allein unter Amerikanern« bei Suhrkamp veröffentlicht hat. Ein halbes Jahr reiste er durch das Land, besuchte Indi- aner Reservate, Slums, Washingtoner Insiderzirkel, die Southside von Chicago, die Quaker in Philadelphia und vieles mehr. Sein Resume: Laut, angeberisch, asozial, waffennarrisch, rassistisch, ziemlich hässlich – wie der Donald halt.

Wenn mehr als die Hälfte der Amerikaner ein Monster wählen, dann sind sie monströs. Das ist die Spiegelbildtheorie von Tuvia. Eine Andere Sichtweise hat der Blogger und Dilbert-Erfinder Scott Adams formuliert: »Eine Möglich-

keit ist zu akzeptieren, wenn die Hälfte der Wähler Trump nicht als Monster sieht, ist er vielleicht keines.«

Während der zweiten Amtszeit von Ronald Reagan habe ich in den USA studiert und war damals unglaublich überrascht, wie sehr in Washington Ronald Reagan verehrt wurde. In Wien hat man geglaubt, dass er nicht mit Messer und Gabel essen kann. Opfer der eigenen Vorurteile zu werden, ist nie ganz auszuschließen. Vielleicht ist ja Trump der Idiot auch eine Illusion und in Wirklichkeit verfolgte er eine geniale Strategie. Zuerst hat er mit einer Reihe von skandalösen Äußerungen die volle Aufmerksamkeit der Medien auf sich gelenkt. Die meisten waren entrüstet, aber sie haben ihm endlos Sendezeit gegeben. Rund zwei Milliarden war diese Präsenz wert, aber er hat nicht dafür zahlen müssen. Das machte ihn zur Hauptfigur in dem Stück Namens Vorwahlen. Gerade wir Österreicher kennen das. Haider's Aufstieg in den 80er und 90er Jahren wäre ohne die permanent entrüsteten Medieneiferer nie möglich gewesen. Sie waren Steigbügelhalter, aus lauter hehren moralischen Motiven versteht sich.

Trump richtete seine Angriffe gezielt gegen Minderheiten - Muslime, Latinos - , die in republikanischen Vorwahlen kaum eine Rolle spielen. Und die Weißen mobilisierte er mit der Vision von wiedererwachter Größe. Als ihn die Meinungsforscher als Gewinner auswiesen, nutzte er die so verliehene Autorität, um seine 17 Mitbewerber zu demontieren. Jeb Bush zuerst. Schwach, ohne Energie, wiederholte Trump immer wieder, sei der Spross der Präsidenten-Dynastie, niemals in der Lage dem von ihm gewählten Leitmotiv »Make America great again« gerecht zu werden. Mit Marco Rubio, dem Senator aus Florida trieb er das gleiche Spiel. Die Punze »Little Marco« saß. Der Pastorensohn Ted Cruz lüge, kaum habe er die Bibel abgelegt. Lying Ted!

Von dem Fox-News Moderator Bill O'Reilly darauf angesprochen, dass 80 Prozent der Latinos in ablehnten und er so nie gegen Clinton gewinnen könne, meinte Trump. »Jetzt muss ich noch die restlichen Gegner im Vorwahlkampf loswerden. Ich muss tun, was ich tun muss. Um Hillary kümmere ich mich dann später.«

Das tat er auch. Die ehemalige First Lady, Senatorin und Außenministerin bekam den Spitznamen »crooked Hillary«, die Hinterfotzige. Er holte sie vom hohen Ross und bewies, dass er ein Meister der Schlammschlacht ist. Präsident Obama hat Trump im Wahlkampf vorgeworfen, er wisse nicht, wovon er rede. Nur langsam dämmert den Demokraten jetzt: Er hatte eine klare Strategie, um in das Amt zu kommen und es steht fest: Die Präsidentschaft Trump wird ein wilder Ritt. Bitte anschnallen!

USA & Corona: 5 Gewinner, 5 Verlierer

Rund eine Million Bauarbeiter haben in den USA während der Coronakrise ihren Job verloren. Jedes dritte Projekt wurde gestoppt. Das Virus bringt eine Zeitenwende und es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die neue Normalität danach klare Gewinner und Verlierer kennt.

Selbst in den schwer betroffenen Bundesstaaten des Nordostens der USA werden die Baustellen wieder eröffnet. Seit 18. Mai darf in New Jersey wieder gebaut werden, auch im Bundesstaat New York, mit Ausnahme von New York City und Long Island, geht es wieder los.

Aber die Realität nach Corona schaut völlig anders aus und es gibt unerwartete Gewinner:

1.) Die Bauarbeiter

Mit Corona ist nämlich die Baustellensicherheit in den Mittelpunkt gerückt. Zehntausende Unfälle auf Baustellen und rund 1000 Tote pro Jahr gehörten zum Geschäft. Enge Zeitpläne, hoher Kostendruck allein bestimmten die Szene, jetzt ist die Sicherheit im Mittelpunkt. Mike Benike von Benike Constructi-

on etwa betont: »Die Terminpläne der Zukunft werden anders ausschauen. Wir werden mehr Zeit brauchen, weil wir nicht viele Leute gleichzeitig auf der Baustellen haben können.« Sauberer und sicherer werden die Baustellen sein müssen, sind sich Experten einig.

2.) Die Gewerkschaften

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1947, waren 87 Prozent der Bauarbeiter in den USA gewerkschaftlich organisiert. 2018 waren es nur mehr 12,8 Prozent.

Der Abstieg schien unaufhaltsam – bis Corona. In New York haben Gewerkschafter erreicht, dass als unsicher eingestufte Baustellen tatsächlich gestoppt wurden und auch in Massachusetts haben Gewerkschafter einen Walkout organisiert und dafür Applaus geerntet.

Mark Erlich von der Harvard University sieht das als Zeitenwende: »Mitglieder der Gewerkschaft haben in den letzten Wochen gesehen, wie wichtig es ist, organisiert zu sein. Damit gewinnen die Gewerkschaften eine neue Anziehungskraft und sind besser gerüstet für die kommenden Konflikte mit den Arbeitgebern.« Der Rotstift wird angesetzt werden, das sei sicher, aber die organisierten Arbeiter reden mit.

3.) Die modulare Bauweise

Weil Sicherheit ein zentrales Thema wird, erleben Vorfertigung und modulare Bauweisen einen neuen Boom. Was immer im kontrollierten Umfeld einer Fabrik erzeugt werden kann, wird dorthin verlagert. Joe Natarrelli von Marcum LLP's dazu: »Für die Gesundheit der Belegschaft ist das ein enormer Vorteil.«

4.) Die Infrastruktur

Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen sind in den USA in einem bedauernswerten Zustand. Seit Jahren wird von einem notwendigen Infrastrukturpaket geredet. Weil aber die Konjunktur ohnedies brummte, wurden Entscheidungen auf die lange Bank geschoben.

Jetzt ist die Zeit reif und Investitionen in Infrastruktur sind fixer Bestandteil jeder Debatte über das vierte Corona-Hilfspaket. Die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern sind tief und es scheint in wenigen Bereichen Raum für Kompromisse zu geben. Nur bei der Infrastruktur sind sich beide Parteien einig. Das heißt aber noch nicht, dass die Entscheidungen noch vor den Wahlen im November fallen.

5.) Der Industriebau

Die Coronakrise hat deutlich gemacht, dass Globalisierung nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Dass Lieferketten durch unerwartete Ereignisse unterbrochen werden können, hat sich auf dramatische Weise gezeigt. Die USA, bisher Großmeister des Outsourcings, leiten eine Trendumkehr ein und holen die Versorgungsketten zurück ins Land. Die Re-Industrialisierung der USA steht am Programm und dazu werden neue Fabriksbauten gebraucht.

Keith Prather von Pionier IQ dazu: »Die US-Lieferketten haben viele Schwachstellen, deshalb glauben wir, dass viele Industrien zurückgeholt werden. Unsere Produktionskapazitäten werden deutlich wachsen, aber auch Mexiko wird profitieren.«

Die Entwicklung schafft auch Verlierer:

1.) China

Rund ein Drittel aller in den USA verwendeten Baustoffe wurden bisher aus China importiert. In Washington fordert man offen eine Entkoppelung. Die kommunistische mFührung in Peking steht am Pranger und Trump-Berater Peter Navarro spricht vom Handels- und Propagandakrieg.

Die US-Stahlindustrie ist billigen Importen aus China zum Opfer gefallen und das führte dazu, dass Produktionen zum Stillstand kamen. Bauherren gehen jetzt dazu über, in Ausschreibungen detaillierte Aufstellungen der Lieferantketten zu verlangen und Versorgungssicherheit steht dabei ganz oben auf der Prioritätenliste. Chinesische Zulieferer werden massiv Marktanteile verlieren.

2.) Bauherren

Bauen wird teurer. Mehr Sicherheit, längere Bauzeiten und teurere Baumaterialien werden in den Bilanzen deutliche Spuren hinterlassen. Aber im Moment scheint man bereit, diesen Preis zu zahlen.

3.) Büroimmobilien

Auf den Errichter und Betreiber von Büroimmobilien kommen schwere Zeiten zu. Was in Zeiten von Corona eine Notwendigkeit war, wird fixer Bestandteil der Unternehmensorganisation: das Homeoffice.

Eine Gartner-Studie hat festgestellt, dass drei Viertel aller amerikanischen Firmen einen Teil ihrer Mitarbeiter permanent von daheim aus arbeiten lassen wollen. »Die Finanzchefs stehen immer unter Druck, Kosten zu reduzieren, und sie sehen jetzt die Möglichkeit, das durch Telearbeit zu tun«, heißt es in

der Gartner-Studie. Die Nachfrage nach Bürofläche sinkt damit deutlich. Aber auch das Konzept der Büros wird sich verändern. Offene Büros weichen Modellen mit vielen privaten Räumen, der sozialen Distanz wegen.

4.) Bauarbeiter

Sie sind Gewinner dieser Krise, weil mehr auf die Sicherheit auf der Baustelle geschaut wird, gleichzeitig sind sie auch Verlierer. Modulare Bauweisen mit hohen Vorfertigungsgraden in der Fabrik schaffen die Voraussetzung für einen hohen Grad an Automatisierung – mit dem Ergebnis: Insgesamt wird die Zahl der Beschäftigten in der Branche sinken.

5.) Die US-Bundesstaaten

Bau und Erhaltung von Straßen ist Aufgabe der Bundesstaaten. Finanziert wird durch die Gas-Tax, eine Steuer auf Treibstoff.

Der Ölpreis ist im Keller und damit auch der Preis an der Zapfsäule. In Zeiten der Quarantäne ist der Verbrauch von Treibstoff nahezu halbiert worden. Niedriger Preis und niedriger Verbrauch schlagen unmittelbar auf die Budgets der Bundesstaaten durch. Die Kassen sind leer und sie fallen als Träger von Verkehrsinfrastrukturbauten aus.

Steuern nur für kleine Leute

Jeff Bezos, Elon Musk, Warren Buffett haben eines gemeinsam. Kunstvoll manövrieren sie ihr Einkommen am Fiskus vorbei und schaffen mitunter, was den kleinen Angestellten nie gelingen wird: Sie zahlen (fast) keine Einkommenssteuer.

2007 und 2011 hat Amazon-Chef Jeff Bezos es geschafft, 2018 Tesla-Gründer Elon Musk. Sie haben NULL Einkommenssteuer gezahlt, gar nichts, niente. Wenn die Steuerzahlungen dann einmal nicht ganz auf Null sind, dann pendeln sie zumindest an der Nulllinie.

Das Vermögen von Bezos wuchs von 2014 bis 2018 um rund 99 Milliarden US-Dollar. Tatsächlich bezahlt hat er 973 Millionen an Steuern, also eine effektive Rate von 0,98 Prozent. In seinen Steuererklärungen in während dieser Zeit wies er ein Einkommen von 4,2 Milliarden US-Dollar aus.

Warren Buffett, der regelmäßig mit Bill Gates, Carlos Slim & Co um die Position des reichsten Mannes der Welt rittert, war da noch um einiges geschickter als Bezos. Er drückte zwischen 2014 und 2018 seine effektive Steuerrate auf 0,10 Prozent.

ProPublica dazu: »Pro 100 Dollar Vermögenzuwachs zahlte Buffett rund 10 Cent an Steuern.«

In Wahrheit hat das wenig damit zu tun, dass Bezos, Buffett & Co besonders geschickte Steuerberater haben – die haben sie natürlich auch. Sie profitieren von einer simplen Regel, die fast allen Steuersystemen gemein ist: Vermögenzuwächse gelten nicht als Einkommen, zumindest nicht, solange sie noch gehalten und nicht verkauft werden.

Das Center on Budget and Policy Priorities in Washington D.C. sieht darin den Hund begraben: »Der entscheidende Vorteil reicher Haushalte ist, dass ein Großteil ihres Einkommens nicht in der jährlichen Steuererklärung aufscheint. Es gilt schlicht nicht als versteuerbar.«

Freiwillige Steuer

Steuern aus Kapitalerträgen aus Aktien, Immobilien, Investitionen seien freiwillig, argumentiert der »linke« Think Tank. Schließlich könne der Besitzer den für ihn günstigsten Zeitpunkt wählen, an dem er Gewinne lukriert und damit auf den Radar des Fiskus kommt. Die Proponenten einer Vermögenssteuer orten darin die zentrale Ungerechtigkeit: »Die arbeitende, lohnabhängige Bevölkerung hat diesen Vorteil nicht. Vor jeder Gehaltsauszahlung wird die Steuer schon abgezogen.« Die viel zitierten »kleinen Leute« werden also zu den Zahlmeistern eines Systems, das seit Jahrzehnten in den politischen Reden nichts anderes tut, als von Gerechtigkeit zu schwafeln.

Nach mehr als sechs Jahrzehnten des wohlfahrtsstaatlichen Gefasels explodieren die Vermögen der Superreichen und die Lohnempfänger*innen nehmen de facto Reallohneinbußen hin. Das Center on Budget and Policy Priorities folgt dem ausgeleiterten Pfad derer, die das Heil darin sehen, möglichst vielen möglichst viel abzunehmen, um dann »die wirklich wichtigen Dinge zu finanzieren und die finanziellen Bedürfnisse der Nation zu stillen.«

Die wichtigen Dinge

Für die Washingtoner Eliten ist das zentrale Thema heute, den Rassismus zu bekämpfen und dafür müssten die Ressourcen bereit gestellt werden. Ausgerechnet einer der führenden schwarzen Intellektuellen, Tom Sowell, argumentiert scharf dagegen. Sowell ist emeritierter Professor am Hoover Institut in Stanford, und legt den Finger in die offene Wunde derer, die so argumentieren: »Die Bürokratie hat nicht die leiseste Ahnung, was die wirklich wichtigen Din-

ge sind.« Als Beleg dafür führt er an, dass der von Präsident Lyndon B. Johnson angestoßene New Deal, der gerade der schwarzen Bevölkerung helfen sollte, aus den Ghettos zu kommen, in Wirklichkeit die Situation nur verschlimmert habe.

»Jeder, der ernsthaft an Fakten interessiert ist, muss nur die Entwicklung der schwarzen Bevölkerung in den ersten 100 Jahren nach Abschaffung der Sklaverei mit den ersten Jahrzehnten der massiven wohlfahrtsstaatlichen Eingriffe seit 1960 anschauen«, argumentiert Tom Sowell. Nach allen Parametern sei es nur bergab gegangen: Die Kriminalitätsrate steigt, heute sitzen mehr Schwarze in Gefängnissen, als es je Sklaven gab. Der Großteil der schwarzen Kinder wachse ohne Vater auf, anders als noch in den 1950er- Jahren. Den Herausforderungen der Zivilisation ausnehmen – wie Arbeit, Verhaltensregeln, persönliche Verantwortung und all die anderen grundlegenden Dinge, die von den intellektuellen Eliten so verachtet werden – ohne ruinöse Konsequenzen für den einzelnen und die gesamte Gesellschaft zu provozieren«, schreibt Sowell.

Perversion eines Systems

Er ist damit ein einsamer Rufer in einer Zeit, in der in Washington nach neuen Einnahmequellen gesucht wird, um all die Segnungen, die sich Eliten ausdenken, auch finanzieren zu können. Bezos, Buffett, Musk und Co personifizieren die Perversion eines Systems, das seit Ewigkeiten das Gegenteil von dem produziert, was es als Ziel propagiert. Der Reichtum einiger weniger explodiert, die Kosten für die sozialen Experimente trägt der kleine Steuerzahler.

Das ist das Ergebnis von sechs Jahrzehnten Wohlfahrtsstaat in den USA. Natürlich bezweifelt Thomas Sowell, dass die Antwort auf das Versagen des Wohlfahrtsstaates mehr Wohlfahrtsstaat sein kann. Das Experiment ist gescheitert und warum sollte die Wiederholung glücken, auch wenn sie von denen finanziert wird, die Wellenreiter eines verkorksten System sind.

Gleiches für alle

Vielleicht sollte man das Argument auf den Kopf stellen und sagen, was für Warren Buffett gilt, sollte ebenso für alle gelten: Runter mit dem effektiven Steuersatz auf 0,10 Prozent. Dann bliebe den kleinen Steuerzahler*innen genug im Lohnsäckel, um seine eigenen Experimente zu machen, statt jene der Eliten zu finanzieren. Nur so eine Anregung.

57

Methusalem aus Omaha

Warren Buffet ist 90, sein Vize Charlie Munger 97. Beide leiten den Industriegiganten Berkshire Hathaway seit mehr als fünf Jahrzehnten und beweisen: Erfolg hält jung.

Im diesjährigen Brief Warren Buffets an die Aktionäre seiner Holding Berkshire Hathaway wird die Investment-Legende ein wenig sentimental und erzählt davon, wie er Anfang der Achtzigerjahre den Nebraska Furniture Mart von den Gründern gekauft hatte, aber darauf bestand, dass die Familie Blumkin weiterhin das Geschäft leitete. Auf ihr Know-how wollte er nicht verzichten.

In Jahrzehnten denken

Rose Blumkin war 1915 als russische Immigrantin nach Nebraska gekommen, hielt sich mit diversen Jobs über Wasser, bis sie 1936 rund 2.500 US-Dollar erspart hatte und damit ein Möbelgeschäft gründete. Es legte mitten in der Depression und dann während des Zweiten Weltkrieges einen zähen Start hin.

Nach zehn Jahren im Geschäft betrug das Barvermögen gerade einmal 50 US-Dollar, der Firmenwert lag bei 72.264 US-Dollar. In gekämpft hatte, aus dem Krieg zurück und stieg mit ins Geschäft ein – und Mutter und Sohn schafften ein kleines Handelswunder. Die drei größten Möbeleinkaufszentren der USA

gehen auf sie zurück. Rose Blumkin war bis zu ihrem 103. Lebensjahr täglich im Geschäft, ehe sie »unverständlich früh in Pension ging«, schreibt Buffet in seinem Aktionärsbrief und fügt hinzu: »Aus meiner und Charlies Sicht.«

Berkshire Hathaway denkt in Jahrzehnten und hat mit den hektischen Deals an der Wall Street nichts zu tun. Das ganze System Buffets baut auf Langfristigkeit auf. »Warren wollte immer Entscheidungen, die langfristig Erfolg maximieren«, schreibt sein Vize Charlie Munger. »Dazu braucht er Manager, die lange genug dabei sind, um die Konsequenzen ihres Tuns noch zu erleben... Vergleichen Sie das mit den typischen Großkonzernen mit ihrer massiven Bürokratie, deren Chefs im Alter von 59 bestellt werden und dann gezwungen werden, mit einem festgelegten Alter in Pension zu gehen.« Nicht so im Reich Warren Buffets. Wenig Fluktuation und Chefs, die ewig an der Spitze ihrer dezentral geführten Einheiten bleiben. Für Langfristigkeit verzichtet Buffet sogar auf Dividendenzahlungen: Der Stromkonzern BHE ist seit 21

Jahren in seinem Besitz und hat noch nie für eine Gewinnausschüttung gesorgt. »Die Stromnetze unseres Landes müssen massiv umgebaut werden und die Kosten dafür sind atemberaubend. Die Gewinne von BHE werden über Jahrzehnte hinaus reinvestiert werden müssen«, schreibt Buffet im Aktionärsbrief. »Wir nehmen diese Herausforderung an und glauben, dass diese zusätzlichen Investitionen sich schlussendlich lohnen werden.«

In ein paar Jahrzehnten kommen dann die Ausschüttungen, so wie bei der Eisenbahngesellschaft BNSF, die Buffet 2010 gekauft hat: »Die Geschichte der amerikanischen Eisenbahnen ist faszinierend. Nach rund 150 Jahren frenetischen Bauens, Schiebereien, Pleiten, Reorganisationen und Fusionen, ist die Industrie endlich vor ein paar Jahrzehnten reif geworden«, erklärt Buffet – und wer einen entsprechend langen Atem hat, genießt die Früchte des langen Aufbaus. Seit 2010 hat die Bahngesellschaft BNSF 41,8 Milliarden US-Dollar Dividende an Berkshire Hathaway ausbezahlt.

Warren Buffet hat wegen seiner erstaunlichen Fähigkeit, Entwicklungen vorherzusehen, den Spitznamen Orakel von Omaha bekommen. Jetzt ist er der Methusalem aus Omaha – für die nächsten 879 Jahre.

58

Facebook & CO weiten Zensur aus

Liberele applaudierten, als Facebook, Twitter und Co. Konservative von den Plattformen, verbannten. Jetzt ist die Zensur auch beim Hochadel der Demokraten angekommen.

Robert F. Kennedy Jr. wird von Facebook ausgesperrt.

Der Sohn des im Juni 1968 ermordeten Senators Robert F. Kennedy und Neffe von John F. Kennedy hat etwas mit Donald J. Trump gemeinsam. Die Zensurbehörde von Facebook hat seinen Account gesperrt. Der offizielle Grund: Er habe wiederholt die Unwahrheit über Covid-19-Impfstoffe verbreitet.

Der Rechtsanwalt und Umweltaktivist hatte zuletzt Big Pharma ins Visier genommen und die Methodik kritisiert, die zu den jetzt zugelassenen Impfstoffen geführt habe. »Jeder wollte, dass ein Impfstoff so rasch wie möglich auf den Markt kommt. Deshalb wurden bisher übliche Testregeln über den Haufen geworfen. Die Zulassungsverfahren wurden so konzipiert, dass sie zu einem Erfolg führen mussten«, hat Kennedy immer wieder erklärt, bis er dann auf der schwarzen Liste landete.

Die Zensurbehörde macht damit nicht einmal vor einer amerikanischen Dynastie halt, die über Jahrzehnte die Politik geprägt hat. Kritik an Impfstoffen ist nicht mehr erlaubt, nicht einmal mehr für einen Kennedy. Robert Jr. lebt

in Los Angeles, ist Rechtsanwalt und hat sich als Umweltaktivist und Kämpfer für Menschenrechte einen Namen gemacht. Seine philanthropische Ader hatte er entdeckt, nachdem er 1982 auf einem Flughafen in South Dakota mit Heroin erwischt worden war und zu 1.500 Stunden Sozialarbeit verurteilt wurde. Bei Riverkeeper, einer Organisation, die sich für die Erhaltung des Hudson Rivers einsetzt, diente er die Strafe ab und tat das mit so viel Einsatz, dass er zum Leiter der Rechtsabteilung gemacht wurde. Gewässerschutz wurde seine Lebensaufgabe.

In den vergangenen Jahren geriet er immer wieder in Konflikt mit Pharmakonzernen, weil er Zusammenhänge zwischen Impfungen und Autismus behauptete, was ihm prompt auf Wikipedia den Eintrag verschaffte, ein Anhänger von Verschwörungstheorien zu sein.

Die Macht, jeden mundtot zu machen, wird auch von unerwarteter Seite kritisiert. »Ich würde Facebook aufbrechen, klar würden wir dann weniger Geld machen, aber das muss passieren. Instagram, Facebook Messenger, Oculus, Whatsapp – das sollten voneinander unabhängige Firmen sein. Zusammen haben sie zuviel Macht.« Das sagte Benny Thomas, Verantwortlicher für Facebooks Globale Planung, in einem internen Meeting. Bekannt geworden ist es, weil eine Videoaufzeichnung der Aufdeckungsplattform Project Veritas zugespielt wurde. Und die zitiert Thomas weiter: »Kein König in der Geschichte hat je über zwei Milliarden Menschen geherrscht, aber Mark Zuckerberg macht das – und er ist erst 36.« In Washington beschäftigt sich der Unterausschuss für Kartellrecht intensiv mit der unheimlichen Macht der Schattenregierung aus dem Silicon Valley, hat im Herbst einen 450 Seiten-Bericht veröffentlicht und am 12. März ein Hearing veranstaltet, zu dem neben Vertretern traditioneller Verlagshäuser auch der in Brasilien lebende Journalist Glenn Greenwald eingeladen wurde. Seine Analyse brachte ihn zu dieser Schlussfolgerung: »Diese immense Macht in der Hand einiger weniger Milliardäre, die außerhalb jedes demokratischen Prozesses agieren... Ist untragbar.«

59

1776 - 2020: RIP USA

Die USA, wie wir sie kannten, sind nicht mehr. Ein Nachruf.

Die Weltgeschichte hat einen feinen Sinn für Dramaturgie. Wie die besten Drehbuchautoren schafft sie Momente, in denen die ganze Spannung kulminiert und sich entlädt und danach nichts mehr ist wie es früher war.

Nehmen wir 1989. Die kommunistischen Regime, von denen viele glaubten, sie bestünden ewig, kollabierten, eines nach dem anderen. Die CSSR, DDR, UdSSR brachen in sich zusammen innerhalb weniger Monate und die westliche Welt feierte einen Triumph, einen Sieg der Freiheit, der die Welt in eine völlig neue Bahn lenken sollte.

Besser hätte der Autor Weltgeschichte nicht planen können und wie die Giganten Hollywood es immer machen, beinhaltet 1989 schon Hinweise auf den neuen Konflikt, der da kommen sollte. Viele Ideale, die Bürger im Ostblock motivierten, gegen die totalitären Regime auszutreten, waren in der am 4. Juli 1776 unterzeichneten Unabhängigkeitserklärung der britischen Kolonie in Amerika festgeschrieben. Die Gründerväter Washington, Jefferson, Hamilton, Madison, Franklin und Co, formulierten den Grundsatz, dass »alle Menschen gleichberechtigt geschaffen sind» und dass sie das Recht haben, ihre Führung zu wählen und nur zu dem Zweck, das Glück und den Wohlstand der Bevölkerung zu be-

förden. Tun sie das nicht, die Regierenden, dann darf, ja muss man sie austauschen. Dieser festgeschriebene Grundsatz des Jahres 1776 hat es erlaubt King George loszuwerden und die Vereinigten Staaten sind mit der Kraft dieser Idee von abhängigen Kolonien zur führenden Weltmacht aufgestiegen.

Freie Wahlen, freie Rede, freies Leben in Verfolgung des eigenen Glücks, das war die simple Formel des Erfolgs, so simpel, dass man sie als selbstverständlich zu betrachten begann – bis zum Jahr 2020. Im Zeichen der Pandemie sind alle Freiheiten verloren. Keine Erwerbsfreiheit, keine Bewegungsfreiheit, keine Freiheit in den eigenen vier Wänden – und konsequent wie Drehbuchautor Weltgeschichte nun einmal ist, entsorgt er die freie Rede und die freien Wahlen schnell bevor das Jahr zu Ende geht

1776 und 1989 waren die Triumph-Jahre der Freiheit, 2020 gehört den Autokraten. Mit COVID19 hat man das Wahlrecht gleicher Bürger weggepackt, Wahlkarten ersetzt Wähler. 65 Millionen Stück wurden in den USA an die Haushalte geschickt und dann gezählt, ohne zu überprüfen, ob hinter dem eingesandten Stimmzettel eine real existierende Person steht oder nur ein Unterschriftenautomat.

Bisher konnte man darüber streiten, ob Demokratie in den USA eine Illusion ist oder ob nicht doch die Oligarchen im Hintergrund alle Fäden ziehen. Jetzt weiss man mit Sicherheit: es ist eine Farce. Wer den besseren Drucker hat, gewinnt! Es passt perfekt ins Bild, dass man im Jahr 2020 über den Untergang der Demokratie nicht einmal schreiben darf. Die Zensur von Twitter, Facebook & Co schlägt zu und ist die ultimativen Gedankenpolizei: löschen, blocken, sperren – alles was nicht ins «Narrativ» passt, wird unsichtbar gemacht. Meinungsfreiheit ade!

Dabei hatten wir geglaubt, dass mit dem Internet und mit den sozialen Medien die ultimative Demokratisierung der Redefreiheit kommen würde. Jede Meinung – so unsinnig sie auch sein mag – sollte das Licht der Welt erblicken. Wie konnten wir nur so falsch liegen. Big-Tech ist der Schlimmste aller Zensoren, manipuliert so perfekt, dass es keiner merkt. Der Algorithmus sorgt dafür.

Der Autor unserer Simulation ist eine wahrer Meister seines Faches und gibt den Totengräbern der Freiheiten die Illusion, sie hätten den Tyrannen besiegt.

Es geht nicht besser.

Aber die Weltgeschichte ist wie Hollywood: Es gibt kein Ende. Die Fortsetzung folgt, demnächst auf der Weltbühne!

60

Beste Feinde

Die Spekulationen rund um die Sprengung der Nordstream-2-Erdgas-Pipeline reißen nicht ab.

In den europäischen Staatskanzleien heißt es, man wisse, wer es war, aber aus Gründen der Staatsräson sage man es nicht. Wer outet schon gerne seine besten Freunde, oder sollten wir sagen: Seine besten Feinde.

Douglas Macgregor, der Militärexperte und ehemaliger Berater von Präsident Donald Trump ist da schon weniger zurückhaltend: »Die Fingerabdrücke der US-Marine sind deutlich erkennbar.«

Und auch Jeffrey Sachs, der Wirtschaftsprofessor der Columbia Universität hat einen sicheren Tipp. »Es waren die USA«. Erstens sei ein Militärhubschrauber der USA über dem Gebiet gekreist, Radaraufzeichnungen belegten das, und zweitens: Präsident Joe Biden hatte Anfang des Jahres in einer Presskonferenz angekündigt, Nordstream 2 werde nie in Betrieb gehen. Als ein Reporterin von Reuters nachfragte, wie er das behaupten könne, schließlich sei das eine Sache zwischen Berlin und Moskau, entgegnete Biden: »Glauben Sie mir, wir haben Mittel und Wege dafür zu sorgen, dass nie Gas durch diese Pipeline fließt.«

»Glauben Sie mir, wir haben Mittel und Wege dafür zu sorgen, dass nie Gas durch diese Pipeline fließt.« Präsident Joe Biden am 7.Februar 2022

In der Publikation »The American Thinker« geht Autor Guy K. Mitchell Jr. ebenfalls auf die Suche nach dem Täter und stellt die Frage: Wer hat ein Motiv? Er schließt die USA als Bombenleger aus: »Es scheint nicht so als hätten die USA etwas wirtschaftlich davon. «

Bei dieser Frage gehen die Meinungen allerdings weit auseinander und ein vom französische Wissenschaftler Emmanuel Todd im Jahr 2001 veröffentlichtes Buch erfreut sich plötzlich wieder reger Nachfrage: »After the Empire: The Breakdown of the American Order« heißt das Werk und Todd vertritt darin die These, dass die alleinige Supermacht USA am Ende der Fahnenstange angelangt sei und zunehmend die dominante Rolle verliere. Um das zu kaschieren, fange Washington an, die eigenen Partner zu kannibalisieren.

Ein Frühwerk von Antony J. Blinken, dem jetzigen US-Außenminister, aus dem Jahr 1987 legt eine ähnliche Fährte. Der beziehungsvolle Titel: »Ally against Ally.« Blinken hat Joe Biden schon in seiner Zeit als Senator und später als Vizepräsident in strategischen außenpolitischen Fragen beraten.

Garland Nixon, der Podcaster und bekennende Linke, hat eine klare Theorie dazu: »Die USA haben erkannt, dass die Finanzindustrie und der reine Dienstleistungssektor zu wenig sind, um gegen China zu bestehen. Sie müssen Re-Industrialisieren. Indem sie Europa, das über Jahrzehnte gut gelebt hat mit billigem russischen Gas, von dieser Quelle abschneiden, ziehen sie der europäischen Industrie den Boden unter den Füßen weg.«

Nixon sagt voraus: Es werde zu einem Massenexodus europäischer Produktionsbetriebe kommen. Welcome to the USA!

In diesem Szenario kämpfen die USA und China um die globale Wirtschaftsdominanz. Europa ist abgemeldet und bleibt zurück als größtes Freiluftmuseum der Welt, in dem man sehen kann, was einmal Großes war und wo man landet, wenn man vergisst, wie diese Größe zustande gekommen ist.

61

Die Selbstgerechten

Europa ist gerade dabei sich selbst zu verstümmeln – und fühlt sich gut dabei. Die Selbstgerechten verlauten, kein Preis sei hoch genug, die Last müsse getragen werden, um den Diktator in Moskau in die Schranken zu weisen. Ja, wir werden kein Erdgas haben, ja es wird ein kalter Winter, ja, die Industrie geht zu Grunde, aber am Ende werden wir die Welt gerettet haben, nicht nur vor Putin, auch vor der Geisel der fossilen Brennstoffe.

Kein Opfer ist groß genug, vor allem wenn es andere zu erbringen haben. Eine ganze Generation junger Ukrainer wird gerade ausgelöscht. Jüngste Berichte beziffern die Zahl der Toten auf ukrainischer Seite auf mittlerweile 191.000. Aber wir müssen weiterkämpfen, heißt es aus Brüssel und aus Washington.

Müssen wir? Nein, natürlich müssen wir nicht, es gibt Alternativen zum Weltbild der Ideologen, die längst jeden Respekt vor Menschenleben verloren haben und sie als bloße Manövriermasse im Spiel der Macht betrachten.

Hätten die Eliten an den Schalthebel der Macht nur einen Funken moralischer Integrität, sie würden alles daran setzen, um dieses Morden zu beenden, nicht dadurch, dass immer mehr Waffen und immer mehr Geld für einen längst

verlorenen Krieg zur Verfügung gestellt werden, sondern indem sie endlich an den Verhandlungstisch zurückkehren. Als zu Beginn des Krieges eine Verhandlungslösung in Istanbul zum Greifen nahe schien, hat der ehemalige britische Premier Boris Johnson dem ukrainischen Präsidenten eine Botschaft übermittelt: »Wenn ihr jetzt den Kampf beendet, gibts kein Geld mehr aus Washington.«

Das war das Ende der Verhandlungen und das Morden ging erst richtig los. Johnson hat sich damit zur finsternen Gestalt der Weltgeschichte gemacht. So wie damals die Verhandlungen zunichte gemacht wurden, könnten sie auch wieder eröffnet werden. Wir - Europa und die USA - erklären. Wenn ihr diesen Krieg nicht beendet, drehen wir den Geldhahn ab!

Warum tut man das nicht? Weil Brüssel und Washington diesen Krieg wollen und sie haben ihn auch gut vorbereitet. Wie man heute weiß, arbeitete die EU-Kommission seit November 2021, also fünf Monate vor Kriegsbeginn an Sanktionspaketen gegen Russland. Alle Energie ging damals in die Vorbereitung des Kampfes, keine in die Verhinderung.

Die einzig plausible Erklärung dafür: NATO und EU träumen von der ewig währenden Erweiterung der eigenen Einfluss- und Machtsphäre. Wie die alten Kreuzritter verbreiten sie ihren Glauben mit dem Schwert. Sie sind die religiösen Eiferer von heute, die endloses Leiden und endlose Schmerzen über die Menschheit bringen, weil ihre gute Sache es wert ist.

Die Selbstgerechten sind die schlimmsten Verbrecher. Sie verstümmeln und fühlen sich gut dabei.

Es wird ein langer, kalter Winter...

62

Wer die Ukraine liebt...

... liefert keine Waffen. Die Kriegshetzer in Washington und Brüssel tun das Gegenteil. Für sie ist die Ukraine nichts anderes als ein Bauernopfer in einem viel größeren Schachspiel. Putin muss Schachmatt gesetzt werden, egal wie viele ukrainische Leben es kostet.

»Der Mann muss weg«, hat der US-Präsident bei seinem Besuch in Washington selbst verlautbart. Das passt perfekt in den Spielplan, den die USA seit Jahrzehnten verfolgt. Zuerst wird ein Dämon kreierte. Saddam Hussein, der Leibgewordene, bedroht mit seinen Massenvernichtungswaffen die Welt. Deshalb muss er vernichtet werden. Washington hat den Irak in die Steinzeit gebombt, mit nach manchen Schätzungen rund einer Millionen Todesopfern.

Aber frei nach Madeleine Albright selig war deren Opfer für ein höheres Ziel absolut gerechtfertigt. Nur: es gab keine Massenvernichtungswaffen im Irak. Die Besetzung des Landes war ein totales Desaster. Jetzt sind die USA in Schimpf und Schande abgezogen, haben nur verbrannte Erde hinterlassen – und das reiht sich in eine lange Liste verheerender Interventionen.

Libyen: Muammar Gaddafi war natürlich auch kein Guter. Ein Diktator, der nichts mit demokratischen Werten zu tun hatte, gab der NATO – so viel zum

Thema Verteidigungspakt – den Freibrief, das Land zu bombardieren und Gaddafi zu exekutieren. Was Hillary Clinton mit den von hysterischem Lachen begleiteten Worten quittierte: »Wir kamen, wir siegten und er starb«.

Wenig später eröffneten Sklavenmärkte in Tripolis und Tuareg wurden verschachert wie ein Stück Fleisch. Seither ist Chaos, aber wer schreibt und redet noch drüber. Die Demokratie hat gesiegt, zumindest einen Nachrichtenzyklus lang.

Syrien: Baschar Al Assad sei nicht akzeptabel, verlautbarte Barack Obama bei jeder Gelegenheit und zeichnete immer wieder rote Linien in den Sand. Die USA kollaborierten mit Al Nusra, Al Quaida und anderen unmöglichen Radikalen. Aber das seien die Gemässigten, hieß es von John McCain, dem verstorbenen Senator aus Arizona, und seinem Kompanion Lindsey Graham - (dem Graham der jetzt ein Attentat auf Putin als Lösung aller Probleme vorschlägt.)

Gemässigt ist nämlich, von dem Washington behauptet, er sei es. Als die Gemässigten dann öffentlich Gefangene enthaupteten und das auch noch auf Twitter posteten, dämmerte selbst den Dumpfsten: Assad ist schlimm, aber im Vergleich zu diesen Barbaren...

Das Interesse an Syrien und Libyen ist längst verschwunden, was geblieben ist, sind die Flüchtlingsströme, als permanente Erinnerung an die Folgen verblendeter Machtpolitik.

Jetzt ist aber Europa das Schlachtfeld und die hysterische Öffentlichkeit jubelt die Freiheitskämpfer, Demokraten und unbeugsamen Kämpfer für den europäischen Wertekatalog...

Stepan Bandera, der Nationalheld der Ukraine war ein Massenmörder, der Polen und Juden zur Schlachtbank führte. Die Azov-Battalione schwingen Hakenkreuze und deren Kommandanten halten jetzt Reden in europäischen Parlamenten. Brüssel schwingt sie mit, die Azov-Fahnen. Man kann sich seine Weggefährten nicht aussuchen, oder?

Wie blind muss man sein, um dieses miese Spiel nicht zu durchschaun. Die Polit- und Medienmaschinerie hat – frei nach Noam Chomsky – tatsächlich den Konsens produziert. Den Konsens, der die Kriegsmaschinerie am Laufen hält und Ukrainer zu Schlachtopfern macht.

Putin ist der Teufel, ein Wahnsinniger, er muss weg – wie Saddam und Muammar und Baschar – und diesmal sind wir bereit nicht nur Leben anderer sondern auch unsere eigene Zukunft zu opfern. Europa steuert auf die größ-

te Krise seit Ende des zweiten Weltkrieges zu und die Verblendeten stimmen Kampfgesänge an. Ein Tragödie braucht einen Bösewicht und Blut muss fließen, viel Blut und am Ende ist die Bühne voller Leichen.

Das Stück könnt von Shakespeare sein...

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.
© Layout & Illustrationen: Alina Eva Flatscher (BM)

Als Grenzgänger zwischen Europa und den USA lebe ich nun schon seit mehr als zehn Jahren den permanenten Perspektivenwechsel und zunehmend fällt es mir schwer den Interpreten der jeweils anderen Seite zu geben.

Die Amerikaner wollen von einem Europäer wissen, was sich am alten Kontinent tut und sie geben offen zu, dass sie selbst nicht einen blassen Schimmer haben, wie die Welt jenseits des Atlantik so tickt. Manchmal habe ich den Verdacht, es interessiert sie auch nicht wirklich, weil sich in ihnen das Konzept des musealen Europas gefestigt hat: Europa ist der Flecken Erde, den man bereist, wenn man sich anschauen will, woher man kommt. Es ist die Vergangenheit. In einem Land das manisch besessen ist von der gestaltbaren Zukunft, ist die Strahlkraft des Historischen begrenzt.

Die Europäer hingegen kennen die USA, behaupten sie zumindest. Schließlich sind sie mit US-Filmen und Fernsehserien aufgewachsen. Diese vermeintliche Nähe gibt ihnen auch das Recht zu kritisieren und das tun sie mit Leidenschaft. Sie haben uns die Wirtschaftskrise eingebrockt, die Amis, sie führen permanent Krieg und außerdem sind sie ignorant und können Austria und Australia nicht auseinander halten, sagen ausgerechnet jene, die mit Sicherheit Kentucky nicht auf der Landkarte ausmachen können.

© Report Media
ISBN 978-3-200-08136-9
www.report.at
25,00 €
30.00 \$